

Deutschtum im Ausland

Zeitschrift des Deutschen Ausland-Instituts Stuttgart

Jahrgang 22

April 1939

Heft 4

Adolf Hitler

Führer des deutschen Volkes

Begründer des Großdeutschen Reiches

Schirmherr Mitteleuropas

Ein Jahr erst ist vergangen seit der Heimkehr der Ostmark, kaum fünf Monate verstrichen seit der Befreiung der Sudetendeutschen — und wiederum haben, während der zweiten Hälfte des Märzmonats 1939, Ereignisse und Umwandlungen im deutschen Raum, der Herzkammer Europas, unser ganzes Volk mit Stolz und Jubel erfüllt, haben alle europäischen Völker aufs tiefste bewegt und erregt und auch die übrige Welt von neuem aufhorchen und ihre Blicke auf den Führer des Reiches richten lassen.

Rufen wir uns noch einmal den Ablauf des Geschehens ganz kurz ins Gedächtnis zurück:

14. März. Der slowakische Landtag erklärt die Slowakei zum selbständigen Staat. Ungarische Truppen rücken in die Karpaten-Ukraine ein. Der tschechische Staatspräsident begibt sich nach Berlin.

15. März. Der Führer nimmt das tschechische Volk unter den Schutz des Deutschen Reiches. Deutsche Truppen besetzen Böhmen und Mähren. Am Abend wird auf der Prager Burg die Standarte des Führers gehißt.

16. März. Ein Erlass des Führers verkündet die Errichtung des Reichsprotectorats Böhmen und Mähren.

22. März. Auf Grund des Staatsvertrags zwischen Deutschland und Litauen wird das Memelgebiet an das Reich zurückgegeben.

23. März. Der Führer fährt mit starken Einheiten der deutschen Kriegsmarine nach Memel und nimmt die Memeldeutschen in das Großdeutsche Reich auf.

In dem zwischen dem Reich und der Slowakei abgeschlossenen Vertrag übernimmt das Deutsche Reich den Schutz der politischen Unabhängigkeit des slowakischen Staates.

Das Abkommen zwischen Deutschland und Rumänien schafft die Grundlage für einen weiteren Ausbau der deutsch-rumänischen Wirtschaftsbeziehungen.

*

Wenn der Führer im Jahre 1938 über zehn Millionen Deutsche aus der Ostmark und dem Sudetenland in das Mutterland heimführte und damit das Großdeutsche Reich schuf, so brachte der März 1939 den Beginn der Neuordnung und Befriedung Mitteleuropas: Der Gründer Großdeutschlands wird zum Schirmherrn auch der anderen Völker.

Das tschechische Volk, das immer wieder in der Geschichte seinen Mangel an staatsbildender und staatserhaltender Kraft bewiesen hat, tritt unter den starken Schutz des Großdeutschen Reiches, das ihm eine seiner Eigenart gemäße autonome Entwicklung seines völkischen Lebens gewährleistet.

Das slowakische Volk erlangt zum ersten Male in der Geschichte mit Hilfe des nationalsozialistischen Deutschland Eigenstaatlichkeit und Unabhängigkeit, die ihm bisher von allen anderen Mächten und sogar vom tschechischen Brudervolk vorenthalten worden sind.

Zwischen Litauen und Deutschland wird der Weg zu freundschaftlichen Beziehungen eröffnet, nachdem das Memelgebiet zum Reich zurückgekehrt ist und Litauen für seine Wirtschaftsbedürfnisse eine Freihafenzone in Memel erhalten hat.

Mit Rumänien, dem größten und reichsten Staat des Südostens, ist ein Wirtschaftsplan eingegangen worden, der wesentlich über die üblichen Handels- und Wirtschaftsverträge hinausgeht; dadurch wird sich — um mit den Worten des Reichswirtschaftsministers Funk zu sprechen — der von der Natur vorgezeichnete Großwirtschaftsraum von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer noch produktiver und für alle beteiligten Länder erfolgreicher ausgestalten lassen.

Ungarn endlich, das bereits durch den Wiener Schiedsspruch der Achsenmächte den überwiegend von Magyaren besiedelten Teil der Slowakei zurück erhalten hatte, konnte nunmehr nach dem endgültigen Zerfall der Tschechoslowakei auch die Karpaten-Ukraine in seinen Staat wieder einfügen.

In welchem Maße diese Umwandlungen und die sich durch sie anbahnenden Entwicklungen die europäische und weltpolitische Stellung des Dritten Reiches gefestigt und die von ihm ausstrahlende Kraft verstärkt haben, das war während der letzten Wochen nicht nur aus dem ohnmächtigen Wutgeschrei der demo-

kratischen Weltpresse und vor allem aus den unausgesetzten Gegenbemühungen der Weltdemokratien, voran Englands, herauszuspüren, sondern dafür seien zwei Tatsachen von weltgeschichtlicher Bedeutung angeführt, die beide mit dem Ende des März zusammenfielen: Der endgültige Zusammenbruch des Bolschewismus in Spanien und der Beitritt des unter Franco siegreichen Spanien zum Antikomintern-Abkommen, dem jetzt vier europäische und zwei ostasiatische Staaten angehören.

*

Höher aber schlägt unser Herz, wenn wir an das denken, was Adolf Hitler als Führer des deutschen Volkes im März 1939 für die Deutschen im Ausland vollbracht hat.

Mit der Einfügung Böhmens und Mährens in das Reich kam die Stunde der Freiheit für die Sudetendeutschen, die im Herbst 1938 draußen vor den Grenzen bleiben mußten: Für Prag, die alte deutsche Kaiserstadt und Sitz der ältesten deutschen Universität, für die beiden Hauptorte des Böhmerwaldvorlandes, Pilsen, die Stadt der Waffenwerke und Brauereien, und das industrie- und gewerbefleißige Budweis, für das im Volkstumskampf bewährte Iglau und die es umgebende Volksinsel, für Mährens geistige und wirtschaftliche Mittelpunkte Brünn und Olmütz und ihr deutsches Umland sowie für Ostrau, die im amerikanischen Tempo emporgewachsene Stadt der Schachttürme und Hochöfen. Wir grüßen die Deutschen dieser Städte und Landstriche als neue Reichsbürger, die jetzt den Gauen Sudetenland, Bayerische Ostmark, Oberdonau und Niederdonau zugeteilt worden sind.

In der Slowakei haben die Führer der deutschen Volksgruppe Schulter an Schulter mit den führenden Männern des slowakischen Volkes für dessen Unabhängigkeit gekämpft. Das Eigenleben dieser deutschen Volksgruppe, das schon während des letzten Winters auf nationalsozialistischer Grundlage aufgebaut wurde, ist heute auch durch die freundschaftlichen Verbindungen, die das Reich und die Slowakei auf außenpolitischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet verknüpfen, endgültig gesichert.

Das Memeldetum ist nach 20 Jahren des Getrenntseins und Leides heimgekehrt ins Reich, und es war sicher für jeden Deutschen des Memelgebiets die erhebendste Stunde seines irdischen Daseins, als am 23. März der Führer im Namen des deutschen Volkes ihnen den Dank für ihr tapferes, mannhaftes und unerschütterliches Ausharren aussprach. Wir sind auch dessen gewiß, daß die kleine, aber völkisch gesunde deutsche Volksgruppe in Litauen auf Grund der nunmehr erfolgten Klärung und Neuordnung der deutsch-litauischen Staatsbeziehungen einer glücklicheren Zeit entgegengehen kann, als es die beiden letzten Jahrzehnte für sie gewesen sind.

Im Südosten werden an dem Ausbau der deutsch-rumänischen Wirtschaftsbeziehungen in gleicher Weise Auslandsdeutsche und Volksdeutsche in

Rumänien zusammen mit Angehörigen des rumänischen Volkes und mit Deutschen aus dem Reich beteiligt sein. Wenngleich die Auswirkungen des neuen Wirtschaftsplanes im einzelnen noch nicht abzuschätzen sind, so ist die eine Annahme doch berechtigt, daß die wirtschaftliche Lage der auslandsdeutschen Stadtkolonien und der volksdeutschen Siedlungsgebiete in Rumänien sich heben und ihr völkisches Leben in Zukunft stärker als bisher gesichert sein wird. Auch Jugoslawien und Ungarn als unmittelbare südöstliche Nachbarn des Großdeutschen Reichs waren und sind in steigendem Umfange in diesen natürlichen Wirtschaftskreislauf miteinbezogen, wie sie durch das breite Band der Donau mit den Ländern stromauf- und stromabwärts für immer verbunden bleiben. Wenn in jüngster Zeit Verbesserungen in der Lage der deutschen Volksgruppe in Jugoslawien zu beobachten und auch in Ungarn wenigstens Ansätze dazu spürbar sind — in Ungarn, dessen Deutschtum nun um die kleine deutsche Gruppe der Karpaten-Ukraine vermehrt worden ist — so darf das als ein Ausfluß der politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten begrüßt werden.

An dem Wiederaufbau des vom bolschewistischen Blutterror und Zerstörungswüten befreiten S p a n i e n werden die alten landeskundigen Spaniendeutschen Hand in Hand mit jüngeren Kräften aus dem Reich hervorragenden Anteil nehmen und dadurch zum Aufblühen eines neuen starken Spaniens und zur Vertiefung der mit dem Blute deutscher Freiwilliger geweihten Freundschaft der beiden Nationen beitragen können.

*

All das verdankt das deutsche Volk, verdanken die Deutschen im Ausland und auch die Völker Europas, die den gewaltigen Umbruch der Zeit verstehen oder doch zu begreifen beginnen, unserem Führer A d o l f H i t l e r. Und Adolf Hitler war es möglich, als Führer seiner Partei und des durch sie geeinten Volkes, als Kanzler des Reiches und als Oberster Befehlshaber der von ihm geschaffenen Wehrmacht, nach zwei Jahrzehnten des inneren Kampfes und Aufbaues, dies alles im 50. Jahre seines Lebens zu verwirklichen.

So ist der Tag, der 20. A p r i l 1939, an dem der Führer sein 50. Lebensjahr vollendet, für unser ganzes Volk der stolze Festtag seiner Geschichte. Der Tag, an dem unser Volk, einig und geschlossen nach innen und nach außen, zusammentritt, um dem Führer zu danken, ihm und damit Deutschland das Gelohnis der Treue und der Pflichterfüllung bis zum Außersten zu erneuern und Gott zu bitten, er möge den Führer auch weiterhin erhalten, damit er sein Werk vollende.

Dieses auszusprechen, halten wir uns verpflichtet, nicht nur als Deutsche, sondern gerade an d i e s e r Stelle auch deswegen, weil unsere Zeitschrift seit ihrem Bestehen für den Volkstumsgeanken und für den Schutz des Deutschtums draußen in der Welt eingetreten ist. Wir fühlen uns als ein Glied in der Kette

derer, die seit anderthalb Jahrhunderten in Wort und Schrift um die Begründung und Gestaltung des vollklichen und völkischen Denkens gerungen haben. Wir wissen heute — und das macht uns bescheiden und stolz zugleich —, daß wir Wegbereiter und Handlanger sein durften und dürfen dem Manne, der sowohl die zwingende Kraft des Wortes besitzt, als auch dank seinem überragenden Genie das Wort in die Tat umzuformen vermag und dadurch erst dem Volkstumsgeanken zum Durchbruch und Siege verhalf.

Wir zu unserem Teil, vom besonderen Arbeitsbereich unserer Zeitschrift her, glauben daher, den Inhalt dieses Heftes, das dem Führer zu seinem 50. Geburtstag gewidmet ist, nicht besser und würdiger gestalten zu können, als daß wir die Dokumente voranstellen, welche sich auf die Rückgliederung Böhmens und Mährens und die Heimkehr des Memelgebiets ins Großdeutsche Reich beziehen. Ihnen, die in jedem einzelnen Wort Geist und Tat des Führers widerspiegeln, lassen wir in einer weitausholenden Aberschau Stimmen der Männer folgen, die vom letzten Drittel des 18. Jahrhunderts an Träger des geistigen Ringens um Volkstum, Volk und Reich gewesen sind, bis der Nationalsozialismus und das Deutschland Adolf Hitlers die Idee zur Wirklichkeit werden ließen.

Als drittes schließt sich eine Reihe von Erlebnisberichten an über den Freiwilligen Arbeitsdienst und den Landdienst der volksdeutschen Jugend. Gerade in den deutschen Volksgruppen Europas ist es zuerst die Jugend gewesen, die sich für die Gedankengänge des Führers begeisterte, die dann von sich aus durch die freiwillig übernommene Arbeitsdienstpflicht, durch Landeinsatz und Erntehilfe zur Tat schritt, dem Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ lebte und die Achtung vor der Arbeit der Faust sowie die Liebe zur eigenen Scholle pflegte.

So schließt sich der Kreis vom geistigen Ringen und sehnsuchtsvollen Hoffen vergangener Geschlechter über die glückhafte, tatfrohe Gegenwart, die wir unter Führung Adolf Hitlers mitzuleben stolz sind, zu dem glaubensstarken Einsatz deutscher Jugend. Sie ist dem Führer und seinem Volke das sicherste Unterpfand dafür, daß Deutschland ewig lebt.

Hermann Rüdiger

Böhmen — Mähren — Memel

Unlässlich der endgültigen Vereinigung im böhmisch-mährischen Raum hat der Führer am 15. März 1939 folgende

Proklamation an das deutsche Volk

erlassen:

Nachdem erst vor wenigen Monaten Deutschland gezwungen war, seine in geschlossenen Siedlungsgebieten lebenden Volksgenossen gegenüber dem unerträglichen terroristischen Regime der Tschecho-Slowakei in Schutz zu nehmen, zeigten sich in den letzten Wochen steigend erneut gleiche Erscheinungen. Dies muß in einem Raum, in dem so viele Nationalitäten nebeneinander leben, zu unerträglichen Zuständen führen.

Als Reaktion auf diese erneuten Angriffe gegen die Freiheit und das Leben der Volksgruppen haben sich diese nunmehr von Prag losgelöst.

Die Tschecho-Slowakei hat damit aufgehört zu existieren.

Seit Sonntag finden in vielen Orten wüste Exzesse statt, denen nunmehr aber wieder zahlreiche Deutsche zum Opfer fielen. Stündlich mehrten sich die Hilferufe der Betroffenen und Verfolgten. Aus den vollreichen deutschen Sprachinseln, die die Großmut Deutschlands im vergangenen Herbst bei der Tschecho-Slowakei beließ, beginnt wieder ein Strom von Flüchtlingen von um Hab und Gut gebrachten Menschen in das Reich zu fließen.

Eine Fortdauer dieser Zustände muß zu der Zerstörung der letzten Ordnung in einem Gebiet führen, an dem Deutschland lebenswichtig interessiert ist, ja

das selbst über tausend Jahre lang zum Deutschen Reich gehörte.

Um diese Friedensbedrohung nunmehr endgültig zu beseitigen und die Voraussetzungen für die erforderliche Neuordnung in diesem Lebensraum zu schaffen, habe ich mich daher entschlossen, mit dem heutigen Tage deutsche Truppen nach Böhmen und Mähren einmarschieren zu lassen. Sie werden die terroristischen Banden und die sie deckenden tschechischen Streitkräfte entwaffnen, das Leben aller Bedrohten in Schutz nehmen und somit die Grundlagen für die Einführung einer grundsätzlichen Regelung sichern, die dem Sinn einer tausendjährigen Geschichte und den praktischen Bedürfnissen des deutschen und tschechischen Volkes gerecht wird.

Berlin, den 15. März 1939.

gez.: Adolf Hitler.

Unter dem 16. März 1939 unterzeichnete der Führer auf der Prager Burg
den

Erlaß über das Protektorat Böhmen und Mähren.

Ein Jahrtausend lang gehörten zum Lebensraum des deutschen Volkes die böhmisch-mährischen Länder. Gewalt und Unverstand haben sie aus ihrer alten historischen Umgebung willkürlich gerissen und schließlich durch ihre Einfügung in das künstliche Gebilde der Tschecho-Slowakei den Herd einer ständigen Unruhe geschaffen. Von Jahr zu Jahr vergrößerte sich die Gefahr, daß aus diesem Raume heraus — wie schon einmal in der Vergangenheit — eine neue ungeheuerliche Bedrohung des europäischen Friedens kommen würde. Denn dem tschecho-slowakischen Staat und seinen Machthabern war es nicht gelungen, das Zusammenleben der in ihm willkürlich vereinten Völkergruppen vernünftig zu organisieren und damit das Interesse aller Beteiligten an der Aufrechterhaltung ihres gemeinsamen Staates zu erwecken und zu erhalten. Er hat dadurch aber seine innere Lebensunfähigkeit erwiesen und ist deshalb nunmehr auch der tatsächlichen Auflösung verfallen.

Das Deutsche Reich aber kann in diesen für seine eigene Ruhe und Sicherheit sowohl als für das allgemeine Wohlergehen und den allgemeinen Frieden so entscheidend wichtigen Gebieten keine andauernden Störungen dulden. Früher oder später müßte es als die durch die Geschichte und geographische Lage am stärksten interessierte und in Mitleidenschaft gezogene Macht die schwersten Folgen zu tragen haben. Es entspricht daher dem Gebot der Selbsterhaltung, wenn das Deutsche Reich entschlossen ist, zur Wiederherstellung der Grundlagen einer vernünftigen mitteleuropäischen Ordnung entscheidend einzugreifen und die sich daraus ergebenden Anordnungen zu treffen, denn es hat in seiner tausendjährigen geschichtlichen Vergangenheit bereits bewiesen, daß es dank sowohl der Größe als auch der Eigenschaften des deutschen Volkes allein berufen ist, diese Aufgaben zu lösen.

Erfüllt von dem ernststen Wunsch, den wahren Interessen der in diesem Lebensraum wohnenden Völker zu dienen, das nationale Eigenleben des deutschen und des tschechischen Volkes sicherzustellen, dem Frieden und der sozialen Wohlfahrt aller zu nützen, ordne ich daher namens des Deutschen Reiches als Grundlage für das künftige Zusammenleben der Bewohner dieser Gebiete das Folgende an:

Artikel 1

1. Die von den deutschen Truppen im März 1939 besetzten Landesteile der ehemaligen tschecho-slowakischen Republik gehören von jetzt ab als „Protektorat Böhmen und Mähren“ unter dessen Schutz.

2. Soweit die Verteidigung des Reiches es erfordert, trifft der Führer und Reichskanzler für einzelne Teile dieser Gebiete eine hiervon abweichende Regelung.

Die weiteren Artikel regeln dann im einzelnen die Fragen der Staatsangehörigkeit, der Selbstverwaltung, des „Reichsprotectors in Böhmen und Mähren“, der Wahrnehmung der auswärtigen Angelegenheiten des Protektorats, des militärischen Schutzes und einer Reihe wirtschaftlicher Bestimmungen.

Memelland kehrt heim.

Am 22. März 1939 wurde auf Grund eines deutsch-litauischen Staatsvertrages das Memelland an das Reich zurückgegeben. In dem Vertrag heißt es:

„Der Deutsche Reichskanzler und der Präsident der Republik Litauen haben sich entschlossen, durch einen Staatsvertrag die Wiedervereinigung des Memelgebietes mit dem Deutschen Reich zu regeln, hiermit die zwischen Deutschland und Litauen schwebenden Fragen zu bereinigen und so den Weg für eine freundschaftliche Gestaltung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu eröffnen.

Artikel 1

Das durch den Vertrag von Versailles von Deutschland abgetrennte Memelgebiet wird mit Wirkung vom heutigen Tage wieder mit dem Deutschen Reich vereinigt.

Artikel 2

Das Memelgebiet wird sofort von den litauischen Militär- und Polizeikräften geräumt werden. Die litauische Regierung wird dafür Sorge tragen, daß das Gebiet bei der Räumung in ordnungsmäßigem Zustande belassen wird. Beide Teile werden, soweit erforderlich, Kommissare ernennen, die die Übergabe der nicht in den Händen der autonomen Behörden des Memelgebietes befindlichen Verwaltungen durchzuführen haben. Die Regelung der übrigen sich aus dem Wechsel der Staatshoheit ergebenden Fragen, insbesondere der wirtschaftlichen und finanziellen Fragen, der Beamtenfragen sowie der Staatsangehörigkeitsfragen, bleibt besonderer Vereinbarung vorbehalten.

Artikel 3

Um den Wirtschaftsbedürfnissen Litauens Rechnung zu tragen, wird in Memel für Litauen eine Freihafenzone eingerichtet werden. Die Einzelheiten werden nach den Richtlinien der diesem Vertrag beigefügten Anlage besonders geregelt werden.

*

Am Bord des Panzerschiffes „Deutschland“ unterzeichnete der Führer am 23. März 1939 das „Gesetz über die Wiedervereinigung des Memellandes mit dem Deutschen Reich“. Es bestimmt, daß das Memelgebiet wieder Bestandteil des Deutschen Reiches ist und in das Land Preußen und in die Provinz Ostpreußen eingegliedert wird.

Vom Balkon des Memeler Rathauses hielt der Führer am gleichen Tage folgende Ansprache:

Mit ungeheurem Jubel
begrüßen die Deutschen
in Böhmen, Mähren und
Memelland ihren Führer
Adolf Hitler





Der Führer in Brünn . . .



. . . und in Memel



In Erwartung des Führers

in Brunn . . .



. . . in Memel

Der Führer an die deutsche Wehrmacht:

„Seid Euch bewußt, daß Ihr als Repräsentanten



Der deutsche Truppenarzt leistet erste Hilfe



„Ich erwarte von jedem deutschen Soldaten, daß er sich den Bewohnern des zu besetzenden Gebietes gegenüber nicht als Feind betrachtet, sondern nur als Träger des Willens der deutschen Reichsregierung, in diesem Gebiet eine erträgliche Ordnung herzustellen.“

Großdeutschlands den tschechischen Boden betreten."



Großeinsatz der NS-Volkswohlfahrt



Deutsche bei Deutschen

Der Führer dankt
den Männern, die
den Kampf um das
Deutschtum ihrer
Heimat unter
schwersten Opfern
führten



. . . Dr. Neumann in Memel



. . . deutschen Studenten auf der Prager Burg

Memeldeutsche! Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Im Namen des ganzen deutschen Volkes begrüße ich euch heute und freue mich, euch aufzunehmen in unser Großdeutsches Reich. Ich führe euch damit zurück in jene Heimat, die ihr nicht vergessen habt und die auch euch nie vergessen hat.

Im Namen dieses deutschen Volkes spreche ich euch aber auch den Dank aus für euer tapferes mannhaftes und unerschütterliches Verharren auf eurem Recht und auf eurer Zugehörigkeit zum Deutschen Reich. Ich habe geglaubt, diesem Dank keinen besseren Ausdruck verleihen zu können, als daß ich eurem Führer soeben jenes Abzeichen verlieh, das die besten Kämpfer unseres neuen Deutschen Reiches auf ihrer Brust tragen. Denn daß ihr diesen heutigen Tag feiern könnt, verdankt ihr nicht einem Zufall, sondern einer unermesslichen Arbeit, einem sehr schweren Kampf und sehr harten Opfern. Ihr seid einst von einem Deutschland im Stich gelassen worden, das sich der Schmach und der Schande ergeben hatte. Jetzt seid ihr zurückgekehrt in ein gewaltiges neues Deutschland, das wieder unerschütterliche Ehrbegriffe kennt, das sein Schicksal nicht Fremden anvertrauen will und wird, sondern das bereit und entschlossen ist, sein Schicksal selbst zu meistern und zu gestalten, auch wenn dies einer anderen Welt nicht gefällt. Für dieses neue Deutschland treten heute über 80 Millionen Deutsche ein.

Ihr werdet nun einmünden in diesen großen Strom unseres nationalen Lebens, unserer Arbeit, unseres Hoffens und wenn notwendig auch unseres Opfers.

Ihr werdet das mehr verstehen als andere Deutsche, die das Glück besitzen, im Herzen unseres großen Reiches wohnen zu dürfen. Ihr seid Grenzland, und ihr werdet es empfinden, was es heißt, nicht verlassen zu sein, sondern hinter sich ein gewaltiges Reich, eine große geschlossene Nation zu wissen. So wie ihr Leidtragende der deutschen Ohnmacht und Zersplitterung waret, waren es andere Deutsche auch. Aus Not und Leid ist uns aber jetzt eine neue Gemeinschaft erwachsen. Daß sie niemals mehr zerbrechen soll, das sei unser Wille und unser Entschluß, und daß keine andere Macht der Welt sie jemals brechen oder beugen soll, das sei unser Schwur. Die zwanzig Jahre Elend und Leid sollen uns für alle Zukunft eine Warnung und eine Lehre sein. Was wir von der übrigen Welt zu erwarten haben, wissen wir. Wir haben nicht die Absicht, ihr deshalb ein Leid zuzufügen. Allein das Leid, das sie uns zugefügt hatte, mußte ein Ende finden.

So begrüße ich alte deutsche Volksgenossen als die jüngsten Bürger unseres Großdeutschen Reiches. So wie es in dieser Minute alle Deutschen im ganzen Reich tun, so wollen auch wir unsere Liebe, unsere Anhänglichkeit und unsere Opferbereitschaft, unseren Glauben, unsere Treue und unsere Zuversicht ausdrücken im Kampfruf: Unser Volk und unser Deutsches Reich

Sieg Heil!

Sieg des völkischen Gedankens

Die Welt steht heute einer Tatsache gegenüber, die sie nicht begreifen will und nicht begreifen kann: daß es eine Kraft gibt, die stärker ist als die der Waffen, die mächtiger wirkt als alle heimlichen und dunklen Gegenkräfte, die revolutionierend in unsere Zeit eingegriffen und ihr den entscheidenden und bestimmenden Charakter verliehen hat: die Kraft des Volkstums.

Das Geheimnis des gewaltigen Aufstieges des nationalsozialistischen Deutschlands beruht darin, daß hier erstmals die Kräfte des gesamten Volkes in einer Richtung gemeinsam angelegt und nicht mehr länger gegeneinander ausgespielt wurden. Dem innerpolitischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg des Volkes mußte der außenpolitische zur Seite stehen. Er stand und steht einem Gegner gegenüber, der mit dem Diktat von Versailles sich über das Volkstum hinweggesetzt hatte und der verzweifelt versuchte, seine in Versailles geschaffene recht- und friedlose Ordnung zu erhalten. Diese Versuche führten zu den niederträchtigsten Verfolgungen und Anfeindungen der deutschen Volksgruppen im Ausland, die als Deutsche innersten Anteil nahmen an der Entwicklung des Mutterlandes und die das Gedankengut der nationalsozialistischen Bewegung für den inneren Aufbau und die deutsche Ausrichtung ihrer Volksgruppe als selbstverständlich übernahmen.

Es hatte sich bereits bei der Rückkehr der Saar in das Reich 1935 bestätigt, daß das Volkstum, daß die heimlich wirkenden Bande des Blutes, der gemeinsamen Abstammung, Sprache, Geschichte und Kultur stärker waren als die Gewalt. Erneut fand diese Tatsache ihre Bestätigung, als im Frühjahr und im Herbst des Jahres 1938 und im März 1939 Großdeutschland geschaffen wurde und damit der Gedanke des Volkstums endgültig seinen Durchbruch auch in der Außenpolitik erlebte. Versailles wurde von der Kraft des Volkstums überrannt; sie bildet heute im weitesten Sinne die Grundlage einer neuen europäischen Politik.

Aus einer revolutionären Haltung wurde der Volkstumsgedanke zum herrschenden Prinzip. Es war ein langer und schwerer Weg, den er von seinen ersten Anfängen an wandern mußte, ehe ihn die nationalsozialistische Bewegung zu innen- und außenpolitischer Machtentfaltung brachte — aber es war zugleich ein stolzer Weg, der in Deutschland seinen Anfang nahm und der im Deutschland Adolf Hitlers seine höchste Vollendung und Krönung fand.

Bereits die ersten Stimmen, die dem Volke wieder die gebührende Achtung erwiesen haben wollen, sind Stimmen, die nur zu verstehen sind als eine Auflehnung, als ein Gegensatz des völkischen Empfindens gegen ein ausschließlich vom Staat geregeltes Leben und Denken. Die herrschende Staatslehre des 18. Jahrhunderts sah in den „Untertanen“ des Staates keine Volksgenossen, die über die Bande des Staates hinaus zusammengehören, sondern sie sah nur

Einzelwesen, deren Summe erst die Bevölkerung ausmachte. Viele recht fleißige Untertanen zu haben — das war der Sinn der staatlichen Populationspolitik, der es gleich war, woher nun diese Untertanen kamen.

Gegen dies oberflächliche Denken, dessen höchste Vollendung der Grundsatz der allgemeinen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bedeutete, entstand in Deutschland eine Gegenbewegung, die das Volkstum als lebendig wirkende politische Kraft zu erkennen sucht. Noch klingt bei Friedrich Karl von Moser mit tiefer Erbitterung in seiner Schrift „Vom deutschen Nationalgeist“ (1765) die Feststellung durch:

„Wir kennen uns selbst nicht mehr. Wir sind uns selbst nicht mehr. Wir sind uns untereinander Fremde geworden. Unser Geist ist von uns gewichen . . . Vaterland wird ein toter Name, dessen man nur noch ehrenhalber Erwähnung tut, wie in den Leichenpredigten der Ahnen, deren Güter und Titel man ererbet hat.“

Und noch lange später klagt Wieland im „Neuen Teutschen Merkur“ 1793:

„In meiner Kindheit wurde mir zwar vieles von Pflichten gegen Gott, den Nächsten und mich selbst, von Pflichten gegen Eltern und Lehrer, auch wohl beiläufig ein Wort von Pflichten gegen die Obrigkeit, gegen Ihre Römisch-Kaiserliche Majestät als das allerhöchste Reichs-Oberhaupt, und insonderheit gegen Herren Bürgermeister und Rat der löbl. Reichsstadt N. N., meiner lieben Vaterstadt, vorgesagt; aber von der Pflicht, ein deutscher Patriot zu sein, war so wenig die Rede, daß ich mich nicht entsinnen kann, das Wort Teutsch oder Deutsch jemals ehrenhalber nennen gehört zu haben, wohl aber mich noch ganz lebhaft erinnere, daß in meinen Schuljahren das Prädikat deutscher Michel eines von denen war, womit belegt zu werden einem jungen Allemannier nur um einen Grad weniger schimpflich war, als den Schul-Esel zu tragen.“

Auch Justus Moser, der Osnabrücker Staatsmann, der aus seiner täglichen politischen Arbeit die Verbindung zum „gemeinen Volk“ nicht verloren hat, stellt sich erst die Frage:

„Wo finden wir die Nation? An den Höfen? Dies wird niemand behaupten. In den Städten sind verfehlte und verdorbene Kopien; in der Armee abgerichtete Maschinen; auf dem Lande unterdrückte Bauern. Die Zeit, wo jeder Franke oder Sachse paterna rura (das ist sein allodial-freies, von keinem Lehns- oder Gutsherren abhängendes Erbgut) bauete und in eigener Person verteidigte, wo er von seinem Hofe zur gemeinen Landesversammlung kam, und der Mensch, der keinen solchen Hof besaß, und wenn er auch der reichste Krämer gewesen wäre, zur Klasse der Armen und ungeehrten Leute gehörte, diese Zeit war imstande, uns eine Nation zu zeigen. Allein die gegenwärtige ist es nicht.“

In seiner „Osnabrückischen Landesgeschichte“ (1768) aber heißt es:

„Die Geschichte von Deutschland hat meines Ermessens eine ganz neue Wendung zu hoffen, wenn wir die gemeinen Landeigen-

tümer, als die wahren Bestandteile der Nation, durch alle ihre Veränderungen verfolgen, aus ihnen den Körper bilden, und die großen und kleinen Bedienten dieser Nation als böse oder gute Zufälle des Körpers betrachten.“

Als einer der ersten seiner Zeit sieht er über den kleinen Horizont der engeren Heimat hinaus und begreift die Größe des deutschen Volkes. Er fühlt den Mangel einer eigenen Geschichte, weiß aber zugleich, „daß wir nur dann eine brauchbare und sachliche Geschichte unseres Vaterlandes erhalten werden,“ wenn sich der Historiker turmhoch über seine Zeit zu erheben vermag.

Aber die Zeit Mörsers ist seinen großen Gedanken, die aus der praktischen politischen Tagesarbeit und Erfahrung kommen, noch nicht aufgeschlossen genug. So bleibt sein Weckruf ungehört, und wenn sein Wirken auch nicht völlig der Vergangenheit anheimgefallen ist, so bauen doch seine Nachfolger auf anderen Grundlagen auf. Denn in den folgenden Jahren werden immer wieder Gedanken lebendig über den „Deutschen Patriotismus“, die zwar verworren und uneinheitlich in sich sind, die aber doch zeigen, daß die Frage nach dem Volkstum lebendig geworden ist und daß sie allenthalben nach ihrer Formung ringt.

So heißt es in einer Schrift aus dem Jahre 1795: „Über den Patriotismus“:

„... Es ist mit dem Patriotismus deutscher Nation eine ganz eigne Sache. Es gehört mehr dazu als zu dem Patriotismus anderer Nationen. Der Deutsche hat zwei Vaterländer zu lieben: — den ganzen großen, aus so vielen einzelnen Gliedern zusammengesetzten Staatskörper; — und dann auch das kleinere deutsche Land, das er eben bewohnt. Er ist erst ein Deutscher; — und dann ein Brandenburger, oder ein Sachse, oder ein Österreicher, oder ein Hannoveraner usw. Im ersten Falle kann man ihm wohl ohne Bedenken den Patriotismus geradezu absprechen.“

Zur gleichen Zeit aber, in der diese politischen Gedanken doch schon an die Öffentlichkeit treten, macht sich eine Bewegung geltend, die, völlig unpolitisch, im Gefühl, die Natur belauschen und erkennen zu wollen, noch belastet mit den Elementen der Rousseauschen Lehren, den Versuch macht, den wirklichen Volksgeist, den fremde Vorbilder angeblich schon fast völlig verschüttet haben, zu entdecken. Herder ist der große Lehrer dieser Periode. Die Befürchtung, daß „die Reste aller lebendigen Volksdenkart mit beschleunigtem letzten Sturze in den Abgrund der Vergessenheit hinabrollen“, beflügelt ihn zu der Aufforderung, „daß man sich nach den Resten der Volkslieder, wie sie jetzt leben, umtue und zusehe und sammle“. Im Volkslied allein glaubt er den wahren Geist des Volkstums erkennen zu können, denn die Poesie war „die Blume der Eigenheit des Volkes, seiner Sprache und seines Landes, seiner Geschäfte und Vorurteile, seiner Leidenschaften und Ummaßungen, seiner Musik und Seele“. Er selbst hat es einmal zum Ausdruck gebracht, was ihn treibt, Lieder der Völker zu sammeln:

„Alle unpolizierten Nationen sind singend, und wie denn auch nun ihr Gesang sei, er ist meistens ein Sammelplatz all ihrer Wissenschaft, Religion, Bewegung der Seele, Merkwürdigkeiten der Vorwelt, Freuden und Leiden ihres Lebens. Die Natur hat ihnen einen Trost gegeben, den schwerlich menschliche Künsteleien dürften ersetzen können, Freiheitsliebe, Liebe des Müßigganges oder des Saumels und, wohin alles gewissermaßen zusammenfließt, Gesang. Natur hat den Menschen frei, lustig, singend gemacht; Kunst und Zunft macht ihn eingeschlossen, mißtrauisch, stumm . . .

In den wenigen guten Reisebeschreibungen, die wir haben, sind eben die interessantesten Kapitel für den Menschenfucher. Von Denkart und Sitten der Nation! Von Leidenschaft und Vergnügen! Von Wissenschaft und Sprachel!, meistens auf Lieder treffend und nur auf Lieder. Bücher, Künste, Städte, gemachte Gesellschaftsdenkart haben sie noch nicht, und so sich ihre Naturdenkart offenbart, konnte bloß sein, was ihnen Gott gegeben hatte: Sprache, Ton, Bewegung, Schilderung, Proportion, Tanz: und was alles also allein zusammenband — Lied . . .

Ein Volk schildern, heißt eigentlich nichts als die Sitten und Denkart desselben, so möglich, durch sich selbst zeigen, da man aber nicht alles zeigen oder aufzeichnen kann, eben das ausmerken, was — nicht am lärmendsten ist, am meisten in die Augen fällt — sondern am tiefsten sitzt, gleichsam Geburts-Stamina des Volks enthält und am innigsten charakterisiert. Wer die Kunst hat, sich da hinein zu setzen, am tiefsten zu dringen, am leichtesten zu zeichnen, sich und andere ganz damit zu familiarisieren, der ist Volkskennner und -zeichner, das andere sind Farbenreiber und Schmierer!“

Aber aus dem ersten Sammeln, das sich auf die Lieder aller Völker erstrecken will, wird auch bei Herder langsam der Gedanke wach, einmal die Gesänge und Lieder des eigenen Volkes kennen zu lernen und wieder aus der Versenkung hervorzuholen. So heißt es schon 1777 bei ihm:

„Und doch bleibt immer und ewig, daß der Teil von Literatur, der sich aufs Volk bezieht, volksmäßig sein muß, oder er ist klassische Luftblase. Doch bleibt immer und ewig, daß, wenn wir kein Volk haben, wir kein Publikum, keine Nation, keine Sprache und Dichtkunst haben, die unser sei, die in uns lebe und wirke. Da schreiben wir denn nun ewig für Stubengelehrte und ekle Rezensenten, aus deren Munde und Magen wir's denn zurückempfangen, machen Romanzen, Oden, Heldengebichte, Kirchen- und Küchenlieder, wie sie niemand versteht, niemand will, niemand fühlet. Unfre klassische Literatur ist Paradiesvogel, so bunt, so artig, ganz Flug, ganz Höhe und — ohne Fuß auf die deutsche Erde.

Großes Reich, Reich von zehn Völkern, Deutschland! Du hast keinen Shakespeare, hast du auch keine Gesänge deiner Vorfahren, deren du dich rühmen könntest? Schweizer, Schwaben, Franken, Bayern, Westfäler, Sachsen, Wenden, Preußen, ihr habt allesamt nichts? Die Stimme eurer Väter ist verklungen und schweigt im Staube? Volk von tapferer Sitte, von edler Tugend und Sprache, du hast keine Abdrücke deiner Seele die Zeiten hinunter?

Kein Zweifel! Sie sind gewesen, sie sind vielleicht noch da; nur sie liegen unter Schlamm, sind verkannt und verachtet

... Das Licht der sogenannten Kultur will jedes Winkelnchen erleuchten, und Sachen der Art liegen nur im Winkel. Legt also Hand an, meine Brüder, und zeigt unserer Nation, was sie ist und nicht ist, wie sie dachte und fühlte, oder wie sie denkt und fühlt.“

Es ist Herders Tragik gewesen, daß er den eigentlichen Zugang zum Volkstum nicht gefunden hat. Wohl stellt er Symptome fest, die zu ihrem Teil das Volkstum charakterisieren können. Wohl betonte er mit Recht, daß gerade im Lied des Volkes manches lebendig wird, das im Alltagsleben verschüttet und zugedeckt ist. Aber zu den Quellen des Volkstums selbst blieb ihm der Weg versperrt, und so ist sein Arbeiten immer nur von der Hoffnung getragen, daß die Zukunft einmal die Erfüllung seiner großen Pläne bringen möge. Aus diesem Hoffen entsteht die „Idee zum ersten Patriotischen Institut“, in der es heißt:

„Nach unserer deutschen Verfassung sind also alle Bemühungen ruhmwürdig, die nicht nur Licht verbreiten, sondern auch Licht zu vereinigen suchen, daß eine gemeinsame Flamme werde. Alle Bemühungen, die dahin zwecken, daß die sämtlichen Völker und Provinzen Deutschlands sich in ihren besten Köpfen, in ihren tätigsten Gliedern einander kennen, verstehen und in ihren Arbeiten fürs Wohl des Ganzen helfen und beistehen lernen, damit allenthalben nur ein Gesetz der Vernunft und Billigkeit regiere und jede blinde Parteilichkeit entkräftet werde, sind unsterbliche Wohltaten für die gesamte Nation, die sich mit jedem Schritte mehr belohnen und tausendfache Früchte hervorbringen müssen.“

Die Hinwendung zur Wirklichkeit findet eher schon Gottfried August Bürger — ohne aber auch hier eine nähere Definition dessen zu finden, was unter „Volk“ verstanden werden soll.

„... der Geist der Popularität, das ist, der Anschaulichkeit und des Lebens für unser ganzes gebildetes Volk. Volk! nicht Pöbel! ... Popularität eines poetischen Werkes ist das Siegel seiner Vollkommenheit... Diese Erklärung mag nun noch immer, wie vorhin, den Juden ein Argernis und den Griechen eine Torheit sein, so kann ich doch nicht aufhören, die Poesie für eine Kunst zu halten, die zwar von Gelehrten, aber nicht für Gelehrte, als solche, sondern für das Volk ausgeübt werden muß. In den Begriff des Volkes aber müssen nur diejenigen Merkmale aufgenommen werden, worin ungefähr alle, oder doch die ansehnlichsten Klassen übereinkommen.“

Aber dennoch bricht es auch aus ihm heraus und er bekennt:

„... Deutsche sind wir! Deutsche, die nicht Griechische, nicht Römische, nicht Allerweltsgeschichte in Deutscher Zunge, sondern in Deutscher Zunge Deutsche Gedichte, verdäulich und nährend für's ganze Volk machen sollen...“

Niemand hat die Arbeit und das Wollen jener ersten Entdecker des Volkstumsgebankens gültiger und richtiger umschrieben als Ernst Moriz Arndt:

„... In den 1780er Jahren, gerade einige Jahre vor dem Ausbruche der Revolution, um die Zeit, als der große Friedrich sein unglückliches Vaterland verließ, was war in dem deutschen Volke, was belebte es, was zog es zusammen? Es war ein junges, schöneres Leben, was seine besseren Schriftsteller angezündet hatten, ein allgemein werdendes Gefühl von dem, was in dem Volke liege, und was es wert sei; und daher eine gewisse Annäherung und Hinneigung aller zu allen, wenigstens durch den Sinn; mehr vielleicht, als es je vorher gewesen war. Man fing an, auf den Namen Deutscher, auf deutsche Kunst und Sitte stolz zu werden, und dieser Stolz hätte gewiß ein heiliges, unsichtbares Band um das ganze Volk geschlungen und es endlich zur Einheit der Gesinnung zusammengezogen, wäre nicht die Französische Revolution dazwischen gekommen.“

Gerade die Französische Revolution gibt aber den entscheidenden Anstoß für die Neuprägung des Volkstumsgebildens. Man sieht sich plötzlich in einer Abwehrstellung gegen den mächtiger werdenden französischen Geist, der nicht nur Europa mit seinen Waffen und Heeren überrannte, sondern der gleichzeitig auch die herkömmlichen Vorstellungen des damaligen Deutschlands von Grund auf verwarf und beseitigte. Schiller findet die Worte, die „Deutsche Größe“ als eine sittliche, im Volk lebende Größe zu verstehen:

„Darf der Deutsche in diesem Augenblicke, wo er ruhmlos aus einem tränenvollen Kriege geht, wo zwei übermütige Völker ihren Fuß auf seinen Nacken setzen und der Sieger sein Geschick bestimmt — darf er sich fühlen? darf er sich seines Namens rühmen und freun? darf er sein Haupt erheben und mit Selbstgefühl auftreten in der Völker Reihe? Ja, er darf's! Er geht unglücklich aus dem Kampf, aber das, was seinen Wert ausmacht, hat er nicht verloren. Deutsches Reich und deutsche Nation sind zweierlei Dinge. Die Majestät des Deutschen ruhte nie auf dem Haupt seiner Fürsten. Abgesondert von dem politischen hat der Deutsche sich einen eigenen Wert gegründet, und wenn auch das Imperium unterginge, so bliebe die deutsche Würde unangefochten. Sie ist eine sittliche Größe, sie wohnt in der Kultur und im Charakter der Nation, der von ihren politischen Schicksalen unabhängig ist. — Dieses Reich blüht in Deutschland, es ist in vollem Wachsen, und mitten unter den gotischen Ruinen einer alten barbarischen Verfassung bildet sich das Lebendige aus...“

In seinen Vorlesungen vor den jungen Studenten umschreibt Friedrich Schlegel den neuen deutschen Begriff der Nation:

„Eine Nation ist gleichsam eine große allumfassende Familie, wo mehrere Familien und Stämme durch Einheit der Verfassung, Sitten, Gebräuche, der Sprache, des allgemeinen Interesses zu einem gemeinschaftlichen Ganzen verbunden sind, nur daß diese Verbindung des größeren Umfangs wegen nicht von der intensiven Stärke und Innigkeit sein kann wie in der Familie.

Der Begriff der Nation bezeichnet, daß alle Mitglieder gleichsam nur Ein Individuum bilden sollen.

Damit dieses statt haben kann, müssen sie wenigstens alle von der nämlichen Abstammung sein, je älter, reiner und unvermischter der Stamm, desto mehr Sitten, und je mehr Sitten und wahre Beharrlichkeit und Anhänglichkeit an diese, desto mehr wird es eine Nation sein.

Die Einheit der Sprache ist hier von der größten Wichtigkeit, sie ist das unverwerfliche Zeugnis der gemeinschaftlichen Abstammung, das innigste und natürlichste Verbindungsmittel, und wird zusammengenommen mit der Gleichheit der Sitten das festeste dauerhafteste Band sein, das die Nation für viele Jahrhunderte in unauflöslicher Einheit zusammenhält...

Sprache, Sitten, Gewohnheiten und Geseze sollen in ihrer ursprünglichen Reinheit und Kraft, Würde und Bedeutung erhalten werden. Nur dann wird wahre Achtung, Treue und Anhänglichkeit und mit diesen wahre Vaterlandsliebe statt haben können."

Und Adam Müller antwortet auf die Frage „Was ist das Volk?“ mit den Worten:

„Auf die Frage: was ist das Volk?“ antworten sie: das Bündel ephemere Wesen mit Köpfen, zwei Händen und zwei Füßen, welches in diesem Einen gegenwärtigen, armeligen Augenblick auf der Erdoberfläche, die man Frankreich nennt, mit allen äußeren Symptomen des Lebens neben einander steht, sitzt, liegt; — anstatt zu antworten: ein Volk ist die erhabene Gemeinschaft einer langen Reihe von vergangenen, jetzt lebenden und noch kommenden Geschlechtern, die alle in einem großen innigen Verbande zu Leben und Tod zusammenhängen, von denen jedes einzelne, und in jedem einzelnen Geschlechte wieder jedes einzelne menschliche Individuum, den gemeinfamen Bund verbürgt, und mit einer gesamten Existenz wieder von ihm verbürgt wird; welche schöne und unsterbliche Gemeinschaft sich den Augen und den Sinnen darstellt in gemeinschaftlicher Sprache, in gemeinschaftlichen Sitten und Gesezen, in tausend segensreichen Instituten, in vielen zu noch besonderer Verknötung, ja Verkettung der Zeiten besonders ausgezeichneten, lange blühenden Familien."

Fichte wieder gibt in seinen Vorlesungen seinen Studenten einen neuen Begriff des Deutschen:

„Und so trete denn endlich in seiner vollendeten Klarheit heraus, was wir in unserer bisherigen Schilderung unter Deutschen verstanden haben... In der Nation, die bis auf diesen Tag sich das Volk schlechtweg oder Deutsche nennt, ist in der neuen Zeit wenigstens bis jetzt Ursprüngliches an den Tag hervorgebrochen, und Schöpferkraft des Neuen hat sich gezeigt; jetzt wird endlich dieser Nation durch eine in sich selbst klar gewordene Erkenntnis, was sie bisher ohne deutliches Bewußtsein durch die Natur ward, und wozu sie von derselben bestimmt ist; und es wird ihr der Auftrag gemacht, nach diesem klaren Begriffe und mit besonnener und freier Kunst, vollendet und ganz, sich selbst zu dem zu machen, was sie sein soll, den Bund zu erneuern und ihren Kreis zu schließen."

Noch niemals ist ein Volk fester zur Einheit zusammengewachsen, als wenn es vor der Gefahr der Vernichtung und des Zusammenbruches steht, wenn Fremde sein Land überfluten, fremde Soldaten seine Ernten vernichten, seine Steuern erheben und seine Söhne zum Kriegsdienst pressen. Das starre System der deutschen Staaten und Länder war dem ungehemmten und durch veraltete Vorstellungen unbeschwerten Vorstoß des Korfen erlegen.

Rückblickend auf diese große Zeit schrieb Görres 1814 im „Rheinischen Merkur“:

„Als in der jüngst verflossenen Zeit Deutschland in tiefer Erniedrigung gelegen, als die Fürsten dienten, als der Adel nach fremden Ehren lief, die Geislichkeit mit ihren Grundsätzen unterhandelte, die Gelehrten den eingebrachten Gößen opferten, ist das Volk allein, das im weiten Sinne wieder den Kern aller Stände in sich begreift und nur den Pöbel aller Art von seinem Begriff ausschließt, sich selber treu geblieben und hat sein eigenes Wesen und seine angestammte Gesinnung sorgsam und wohl gehütet.“

Aus dem Volk brach der Widerstand gegen die Fremdherrschaft auf; aus dem Volk setzten die ersten Versuche einer Empörung, einer Abwehr der französischen Unterdrückung ein. Und in dieser Zeit sind Männer aufgestanden, die dem Gedanken des Volkstums seine politische Form verleihen, die offenbaren, daß das Volkstum nicht nur in seiner Sprache und in seinen Liedern, in seiner Dichtung und seinem Denken sich zu erkennen gibt, sondern daß die Nation sowohl aus den gegenwärtig Lebenden, als auch aus den toten Ahnen und den zukünftigen Enkeln bestehe, daß es sei „das Gewebe langer Zeit und mächtiger Kräfte“.

Es ist bezeichnend, daß die Männer, die die Stimme des Volkes leiten, Männer sind, die selbst aus dem Volk stammen und die daher, wie kaum ein anderer, sein Leben und Denken verstehen und auch wiedergeben. Arndt, Sahn, Görres sind die Führer ihrer Zeit, die das deutsche Volk für seine Größe begeistern, sind die Männer, die es anfeuern und aufrütteln zu höchstem politischen Bewußtsein.

Aus dem Zusammenbruch des preußischen Staates und aus dem Sieg des Korfen schöpft Ernst Moritz Arndt die Kraft und den Glauben an eine neue Auferstehung des deutschen Volkes. In seiner „Hoffnungsrede vom Jahre 1810“ klingt dieser Glaube an:

„Jedes Volk hat sein Zeitalter, selbst die Zeiten haben ihre Zeit. Wer sich selbst verläßt, der wird verlassen; das Volk, das an sich selbst verzweifelt, an dem verzweifelt die Welt, und die Geschichte schweigt auf ewig von ihm. Unser Volk ist in einem jeglichen von uns — darum laßt uns wacker sein.“

Aus dem gleichen Geiste entsteht auch sein „Katechismus für den deutschen Krieger- und Wehrmann“, dessen herrliche und starke Worte ein unvergängliches Vermächtnis über Zeiten und Geschlechter sind.

Aberwunden sind alle Versuche, das Volk in seinen Liedern und Gesängen zu erkennen. Arndt kennt nur noch den politischen Sinn im Worte „Volksthum“.

Mit zwingenden Worten zieht Arndt die Folgerungen aus der Arbeit der früheren Jahre, jetzt, als es gilt, das Vaterland zu verteidigen. Er erinnert in seinen Aufrufen an die Blutbände, die die Deutschen verbinden und vereinen:

„Auf, deutsche Menschen, auf, deutsches Volk, einst so ehrwürdiges, tapferes und gepriesenes Volk, auf! Fühlet die große, zu lange vergessene Brüderschaft, fühlet die heiligen und unzerreißlichen Bände desselben Blutes, derselben Sprache, derselben Sitten und Weisen, welche die Fremden haben zerreißen wollen; fühlet und ahnet jene Unendliche und Erhabene, was im Schoß der Tage verborgen schlummert, jene lichten und mächtigen Geister, die erst aus einzelnen Meteoren herausblitzen, die euch aber bald aus allen Sonnen und Sternen leuchten werden; fühlet die neue werdende Geburt der Zeiten, den höheren, frischeren Atem des geistigen Lebens und lasset euch nicht länger durch das Richtige und Kleine betören und verwirren. Nicht mehr Katholiken und Protestanten, nicht mehr Preußen und Österreicher, Sachsen und Bayern, Schlesier und Hannoveraner, nicht mehr verschiedenen Glaubens, verschiedener Gesinnung und verschiedenen Willens — Deutsche seid, eins seid, wollet eins sein durch Liebe und Treue, und kein Teufel wird euch besiegen.“

Und da Volk und Heimat zusammengehören, kann er es wagen, in der gleichen Zeit in seiner Streitschrift „Der Rhein Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze“ nicht nur jeden zur Verteidigung aufzufordern, sondern auch in unmißverständlichen Worten Front zu machen gegen jene, die nun darangehen, den Volksgedanken wieder zu verwässern, ihm seine innere Kraft und seinen hohen Schwung zu nehmen und Gefahr laufen, wieder in das kosmopolitische Fahrwasser zurückzufallen:

„Was Gott in dem gewaltigen und geheimen Laufe der Zeiten will, ist uns nicht verborgen, ist uns keine Minute ein Geheimnis. Wir sollen unsere Liebe und unser Leben, das, wodurch wir Menschen sind, das, wodurch wir den ehrwürdigen Namen eines Volkes verdienen, bis in den Tod verteidigen und jene leeren und eiteln Toren nicht hören, die uns zu Schutt predigen möchten, weil ihre Seelen nichts als morscher und fauler Schutt sind. Sener Kosmopolitismus, den man uns anpreist, ist nicht von Gott, sondern von Tyrannen und Despoten, welche alle Völker und Länder zu einem großen Schutthausen, ja Misthausen der Knechtschaft machen möchten und welchen es daher gefällt, wenn man die Menge darauf hinweist, daß es für das Ganze wohlthätig sein möchte, wenn dieses oder jenes Volk sich gutmütig in Schutt verwandeln lassen wollte.“

1810 erscheint Friedrich Ludwig Jahn's „Deutsches Volksthum“. Es entstand als ein Buch für die junge deutsche Mannschaft, entstand aus dem Erlebnis der Gegenwart als ein bewußtpolitisches Werk. So ist seine Antwort auf die Frage „Was ist Volk?“ auch eine rein politische Antwort:

„Was Einzelheiten sammelt, sie zu Mengen häuft, diese zu Ganzen verknüpft, solche steigend zu immer Größern verbindet, zu Sonnenreichen und Welten eint, bis alle sämtlich das große All bilden — diese Einigungskraft kann in der höchsten und größten und umfassendsten Menschengesellschaft, im Volke, nicht anders genannt werden als — Volksthum. Es ist das Gemeinsame des Volkes, sein inwohnendes Wesen, sein Regen und Leben, seine Wiedererzeugungskraft, seine Fortpflanzungsfähigkeit. Dadurch waltet in allen Volksgliedern ein volkstümliches Denken und Fühlen, Lieben und Hassen, Frohsinn und Trauern, Leiden und Handeln, Entbehren und Genießen, Hoffen und Sehnen, Ahnen und Glauben. Das bringt alle die einzelnen Menschen des Volks, ohne daß ihre Freiheit und Selbständigkeit untergeht, sondern gerade noch mehr gestärkt wird, in der Viel- und Allverbindung mit den übrigen zu einer schönverbundenen Gemeinde.“

„Hier wird von Volk gleich Volksthum gebildet, von diesem kommen wir auf dem natürlichsten Wege zu volkstümlich und dann auf Volkstümlichkeit. Bei dem eingeschwärzten Trägersbehef fehlt das wichtigste Stufenwort, und das folgende ist nicht, wie es sein müßte, aus der Urquelle abgeleitet, sondern erst aus einem jüngerem Abfluß. Endlich sind jene Einschwärzungen bei weitem nicht so scharf bestimmt, abgegrenzt kurz und weiterbildsam, als diese einheimischen Runstwürter.“

Nicht der äußere umgelegte Staatsverband macht das Volk; Menschen lassen sich nicht wie Heringe in Tonnen pöbeln, nicht in Völkierzwinger einherden, wie Xerxes' Krieger in die Maphorde der Zehntausende. Zusammen sein müssen gibt keinen wahren Verein. Das Sineinanderhineinleben, das stille vertrauliche Sichaneinandergewöhnen, das mit Wechselliebe Sichlebendeinverleiben bildet das Volk und bewahrt und erhält es durch Volksthum. So paart sich der Jugend Feuer mit gereifter Mannskraft und des Alters reicher Erfahrung. So ist ein echtes Volk, durchdrungen vom Machtgefühl seines eigenen Volkstums, eine menschliche Meisterschöpfung, die selbst wieder Schöpfungskraft äußert und so im ewigen Kreistanz das Schaffende und Erschaffene einigt.“

Arndt findet Worte, die in ihrer Auswirkung ihrer Zeit weit vorausseilen:

„Gegen sein Vaterland und gegen sein Volk hat der Mensch frühere und unverbrüchlichere Pflichten als gegen die Fürsten. Denn die Fürsten sind nur Diener und Verwalter des Vaterlandes und des Volkes, sie sind nur für das Vaterland und das Volk da, nicht ist ein Land und ein Volk, damit Fürsten seien.“

Sie sind Zeichen einer neuen Zeit, einer Zeit, die wieder anknüpfte an die Größe und politische Bedeutung des alten Reiches! „Was müssen die Deutschen jetzt tun?“ — so lautet wieder die Frage, und Arndt entwirft nun in großen Zügen ein Bild des neuen Deutschlands, das nach der Vertreibung der Franzosen entstehen soll:

„Die Zeit ist gekommen, wo du durch unbeschreibliche Plagen und Drangsale, durch unnennbare und unerhörte Greuel und Schanden erkennen solltest, daß nur Eintracht dich retten kann, wie Zwietracht dich verdorben hat. Vertilgt sei auf ewig der Haß, verstummt der Spott, erloschen jede Fehde und jeder Groll, welchen den einen Deutschen gegen den anderen entzweiet, welche die deutschen Schwerter mit Bruderblut gefärbt haben! Von der Nordsee bis zu den Karpaten, von der Ostsee bis zu den Alpen, von der Weichsel bis zur Schelde muß ein Glaube, eine Liebe, ein Mut und eine Begeisterung das ganze deutsche Volk wieder in brüderlicher Gemeinschaft versammeln.“

Schien in den Jahren des Krieges gegen Napoleon das deutsche Volk zu einer starken Einheit zusammenengewachsen, so werden doch alle politischen Erfolge und Aussichten wieder zunichte gemacht durch das kleindeutsche Denken der nächsten Jahre, durch die Mächte der Beharrung, die widerstehenden alten Kräfte. Die Träger des nationalen Gedankens mußten schweigen, die Reaktion siegte und baute an Stelle eines großen Deutschen Reiches wieder die alte Zeit auf.

Vergebens schien das Werk der großen Rufer des Volkes! Als 1817 die deutschen Studenten auf der Wartburg zusammenkamen, rief ihnen der Professor Fries die Worte zu:

„Und so verbündet euch, daß im Geiste Eins und Einig werde das Deutsche Vaterland; daß es in regem Gemeingeist gedeihe zum öffentlichen Leben. Hier ist euer Dienst an dem Geist der Wahrheit!

Wenn aber eines Volkes Geist zu echtem Gemeingeist gediehen wäre: so würde in diesem Volke Gerechtigkeit, Keuschheit und sich aufopfernde Vaterlandsliebe herrschen, dabei aber würde in diesem Volke jedem Geschäfte der öffentlichen Angelegenheiten das Leben von unten aus dem Volke kommen.“

Dieser jungen deutschen Begeisterung widerseht sich die alte Front des staatlichen Denkens, die gerade in Hegel ihren Wortführer findet:

„... Ein Heerführer dieser Seichtigkeit, die sich Philosophieren nennt, hat sich nicht entblödet, bei einer feierlichen, berüchtigt gewordenen Gelegenheit in einer Rede über den Gegenstand von Staat und Staatsverfassung die Vorstellung zu geben: in dem Volke, in welchem echter Gemeingeist herrsche, würde jedem Geschäft der öffentlichen Angelegenheit das Leben von unten aus dem Volke kommen, würden jedem einzelnen Werke der Volksbildung und des vollstümlichen Dienstes sich lebendige Gesellschaften weihen, durch die heilige Kette der Freundschaft unverbrüchlich vereinigt' u. dgl. — Dies ist der Haupt Sinn der Seichtigkeit, die Wissenschaft statt auf die Entwicklung des Gedankens und Begriffs, vielmehr auf die unmittelbare Wahrnehmung und zufällige Einbildung zu stellen, ebenso die reiche Gliederung des Sittlichen in sich, welche der Staat ist, die Architektonik seiner Vernünftigkeit ... diesen gebildeten Bau in dem Brei des Herzens, der Freundschaft und der Begeisterung zusammenfließen zu lassen ... Mit dem einfachen Hausmittel, auf das Gefühl das zu stellen,

was die und zwar mehrtausendjährige Arbeit der Vernunft und ihres Verstandes ist, ist freilich alle die Mühe der von dem denkenden Begriffe geleiteten Vernunftseinsicht und Erkenntnis erspart . . .“

*

Aber trotz des Metternichschen Systems lebt lebendig in Deutschland der Gedanke eines großen starken Deutschen Reiches, eines Reiches, das alle Deutschen umfassen soll. Es geht um Großdeutschland. Die besten Männer, die Deutschland hat, finden sich in der Paulskirche in Frankfurt in den Märztagen des Jahres 1848 — und es ist wahrlich nicht ihre Schuld, daß die mit innerer Begeisterung und unerhörter seelischen Bewegung vorgetragenen Gedanken eines großdeutschen Reiches zerflatterten wie Nebelschwaden vor der aufsteigenden Sonne! U h l a n d führt in der Nationalversammlung aus:

„Wir sind hierher gesandt, die deutsche Einheit zu gründen; wir sind nicht gesandt, um große Gebiete und zahlreiche Bevölkerungen von Deutschland abzulösen, Gebiete, welche durch Jahrhunderte deutsches Reichsland waren, welche auch in den trüben Tagen des Deutschen Bundes deutsches Bundesland waren . . .“ „ . . . Jetzt will man uns statt der wahren Einigung den innigen Anschluß Österreichs im Wege eines völkerrechtlichen Bündnisses anbieten! Ein solches Bündnis, meine Herren, ist die Bruderkand zum Abschied! Mag immerhin Österreich den Beruf haben, eine Laterne für den Osten zu sein, es hat einen näheren, höheren Beruf: eine Pulsader zu sein im Herzen Deutschlands.“

Und Graf D e y m sieht vor sich schon das neue Riesenreich:

„Das Deutschland, das wir gründen sollen, ist ein mitteleuropäischer Riesenstaat. So haben es unsere Altvordern aufgefaßt und wir sollten Deutschland in engere Grenzen einschließen? Das deutsche Werk eines Jahrtausends wollen Sie opfern, bloß um die Fassade ihres Gebäudes ganz regelrecht zu machen! . . . Unser Zweck aber ist, ein Riesenreich von 70, und wo möglich von 80 oder 100 Millionen zu gründen, und die Standarte Hermanns in diesem Reich aufzupflanzen, und dazustehen, gerüstet gegen Osten und gegen Westen, gegen die slawischen und lateinischen Völker, die Seeherrschaft den Engländern abzurufen, das größte, mächtigste Volk auf diesem Erdenrund zu werden; das ist Deutschlands Zukunft. Da verschwinden die kleinlichen Debatten über den Verfassungszuschnitt!“

Und nicht zuletzt sei jener Brief des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. an den Reichsverweser Erzherzog Johann vom 18. Nov. 1848 erwähnt, der zeigt, daß auch in Preußen der Gedanke des Reiches vorherrschte:

„Mein ganzes ehrliches Streben geht, wie Sie wissen, auf die Konso-
lidierung der Einheit Deutschlands — aber ganz Deutschlands. Ohne Österreich, Tirol, Vorarlberg, Steier, Kärnten, Krain und Littoral, ohne Böhmen und Mähren ist Deutschland nicht Deutschland. In der Paulskirche wird eine Fraktion gefährlich, die, um Preußen an die Spitze Deutschlands zu bringen, keine

Inquität scheut — in der Absicht, das mächtige Österreich aus dem zukünftigen Reich hinauszumafregeln. Im Gottes willen, teuerster Erzherzog, halten Sie fest und leiden Sie das nicht! — Oh! Österreich muß Karls des Großen Krone erblich haben und Preußen erblich das Schwert von Deutschland. Das ist mein felsenfestes Bekenntnis . . .“

Mit dem Zusammenbruch der Frankfurter Nationalversammlung und ihrem unrühmlichen Ende 1849 scheint der Volkstumsgedanke innerhalb der Reichsgrenzen wieder an Bedeutung zu verlieren und in Vergessenheit zu geraten; nur ganz selten wagt es noch einmal eine Stimme, den Gedanken des deutschen Volkstums in die Auseinandersetzungen der Zeit zu werfen. Aber sie findet kein Echo mehr — zu tief war die Enttäuschung im gesamten deutschen Volk, als daß der Glaube an die Erstehung des großdeutschen Reiches, daß der Glaube an das Volkstum und seine Kraft wieder jene politische Bedeutung gewinnen sollte, die ihn in den Jahren seit der Befreiung vom französischen Joch bis zur Frankfurter Nationalversammlung befeelt hatte.

*

Es ist nun eine merkwürdige Fügung des Schicksals, daß der Gedanke, der innerhalb der kleindeutschen Reichsgrenzen an Werbekraft verloren hat, außerhalb der Grenzen Deutschlands, in der Ostmark, in den deutschen Teilen Österreichs, in den deutschen Volksgruppen seine Auferstehung findet. Fast als sei er mit der Auswanderung der alten Achtundvierziger auch aus Deutschland ausgezogen, erhebt er sein Haupt in den volksdeutschen Gebieten und wird dadurch draußen lebendig und lebenskräftig erhalten. 1849 fällt als erster Blutzug der Deutschen im Ausland für den Gedanken des Volkstums unter den Mauern der Klausenburger Festung der Siebenbürger Pfarrer Stephan Ludwig Roth.

Nur wenige Monate später, im Oktober 1849, richten die Banater Schwaben jene Petition von Bogarosch an den Kaiser nach Wien, in der sie die kaiserliche Majestät bitten, wenn es ihr gefalle,

„den Serben zur Wahrung ihrer Nationalität einen Wojwoden, den Rumänen einen Kapitan, den Slovenen (Slowaken) Oberungarns ein eigens Oberhaupt zu geben, so wagen auch wir demütigst Gefertigte im Namen aller deutschen Gemeinden kniefällig zu bitten: Allerhöchstdieselben möge auch uns, etwa unter dem Namen eines deutschen Grafen, nach dem Vorbild des Sachsegrafen in Siebenbürgen, ein unmittelbares Oberhaupt einzusetzen geruhen. Nicht der Wunsch nach nationaler Selbständigkeit, nicht separatistische Tendenzen sind es, die uns unsere untertänige Bitte abdrängen. Nochmals wiederholen wir es: wir wollen Untertanen eines großen Staates sein, in dem nicht Ungarn, nicht Böhmen, nicht Polen oder Serben, in dem es nur glückliche, auf ihre allgemeine Nationalität stolze Östreicher gäbe, und nur in dem Falle, als die Nationalität jedes ein-

zelnen Volksstammes konsolidiert würde, bitten wir um allergnädigste Berücksichtigung auch der unsrigen. Auch wir mögen uns dann des Glückes erfreuen, ein unmittelbares Oberhaupt zu haben, unter dessen Schutz unsere Angelegenheiten, Gerichtspflege und öffentliche Verwaltung in deutscher Sprache und nach deutscher Sitte behandelt, gepflogen und geleitet werden.“

Und das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit mit dem ganzen deutschen Volk kommt in den Sätzen zum Ausdruck:

„In Frieden und bester Eintracht mit allen Völkerstämmen durchlebten wir, unbekümmert um Weltereignisse und Regierungsformen, mit unserer Lage völlig zufrieden, beinahe ein Sätulum, Arbeit nur war unser Element, das Stückchen Feld, das wir bebauten, unsere Welt, das einzige Ziel, nach welchem wir gemeinschaftlich strebten, war: fleißige Bauern und treuehorsaamste Untertanen zu sein. So kam das verhängnisvolle Jahr 1848, wo der laute Ruf nach Gleichberechtigung aller Nationalitäten auch uns aus dem Schlummer politischer Untätigkeit erweckte und uns nun erst wahrnehmen ließ, daß es für uns als Stammverwandte der großen deutschen Nation drückend und betrübend sei, sehen zu müssen, wie der deutsche Volksstamm, welcher im ganzen Ungarnlande zerstreut Millionen, hier aber in dieser Gegend an eng beisammen wohnenden dritthalbhunderttausend Köpfe zählt, nicht mit den übrigen als gleichberechtigte Nation, sondern bloß als eine schutzlose Waise im Hause einer anderen Nationalitätsfraktion betrachtet werde.“

1869 erscheint Karl Schirrens „Livländische Antwort“, die den dreisten Vorwürfen und Angriffen gegen das Deutschtum im baltischen Raume ein hartes „bis hierher und nicht weiter“ entgegenstellt.

Wieder wenige Jahre später setzt der Kampf ein um die völkische Erhaltung des ungarländischen Deutschtums, den wenige Männer beginnen und der um die Jahrhundertwende seinen Höhepunkt erreicht. Die Deutschen geben ihr Volkstum nicht freiwillig her; zu stark ist bereits das Wissen um die deutsche Zusammengehörigkeit in der Monarchie. Das „Deutsche Tagblatt für Ungarn“ schreibt 1900:

„Alles, was den Deutschen in Ungarn auszeichnet, wurzelt in seiner völkischen Eigenart. Wir können unserem Vaterlande von wahren Nutzen nur als die sein, die wir sind und bleiben wollen: als Deutsche. Die Deutschen in Ungarn haben vollen Anspruch auf nationale Geltung.“

Die Siebenbürger Sachsen hatten auf dem Landtag von 1841 ihre Zugehörigkeit zum deutschen Volk betont und sich damals entgegennehmen lassen müssen, sie hielten sich wohl für Deutsche — allein das Reich werde nie für ihren Schutz eintreten.

*

Die kämpfenden Volksgruppen haben ihre Stellung im wesentlichen allein gehalten und allein gesichert. Hinter ihnen stand kein mächtiges Deutschland, das sich ihrer Bedeutung bewußt gewesen wäre. Das kaiserliche Deutschland lebte

seinen imperialen Träumen. Der Volkstumsgedanke hatte hier jede politische Bedeutung verloren. Nur wenige Kräfte regten sich, die einmal den gesamtdeutschen Gedanken bewahrten, zum anderen die Verbindung zu den deutschen Volksgenossen jenseits der Grenzen hielten und pflegten.

Mit den Fragen der Deutschen im Ausland beschäftigt sich — nachdem Schözer 1791 mit einer gewissen Entdeckerfreude seine „Kritischen Sammlungen zur Geschichte der Deutschen in Siebenbürgen“ veröffentlicht hatte — wohl nur selten ein Deutscher. Erst Friedrich List erkannte die Bedeutung der deutschen Auswanderung; zugleich aber sah er es „allmählich zur Ehrensache der Nation geworden“, daß man „die Deutschen in fremden Weltteilen nicht mehr als Ausgeschiedene“ betrachte. Phantastische Ideen bewegten jene deutschen Kreise, die 1839 zur Gründung der „Deutschen Kolonialgesellschaft für Neuzeeland“ schritten oder 1844 dem „Verein zum Schutz deutscher Einwanderer in Texas“ beitraten. 1845 erschien ein kleines Heftlein: „Die Verbreitung des deutschen Volkes über die Erde“; 1847 bis 1850 folgte das dreibändige Sammelwerk „Germania. Archiv zur Kenntnis des deutschen Elementes in allen Ländern der Erde.“ Erstmals in dieser Zeit entstand eine Karte der „Verbreitung der Deutschen in Europa“.

Aber alle diese Bestrebungen blieben doch im wesentlichen die Arbeit einiger Sonderlinge und Phantasten. Erst Jahre später, nachdem die Volksgruppen draußen im stärksten Kampfe standen, erfolgten die ersten Versuche auf organisatorischer Grundlage, die Gedanken der Zusammengehörigkeit aller Deutschen zu predigen und durch die Tat zu verwirklichen.

•

Im Mai 1880 wurde der erste Aufruf zur Gründung des „Deutschen Schulvereins“ in Wien erlassen, der mit den Worten begann:

„Tausende und Tausende von Kindern deutscher Eltern an unseren Sprachgrenzen und in Gebieten von gemischtsprachiger Bevölkerung wachsen ohne deutsche Schule auf und gehen so dem deutschen Volk verloren. Dieser Vorgang, ebenso traurig für die dadurch Betroffenen als beschämend für jeden Deutschen, vollzieht sich sowohl in Böhmen und Mähren als in Tirol und Krain.

In vielen Gemeinden wehren sich noch die deutschen Minoritäten, aber ohne hinreichende eigene Geldmittel; verlassen und preisgegeben von ihren eigenen Stammesgenossen, sind sie gezwungen, den hoffnungslosen Kampf aufzugeben, ihre Kinder die Muttersprache vergessen und sie zu Slawen oder Welschen werden zu lassen.

Da haben wir Deutschen, ohne Unterschied der Partei, die Pflicht zu helfen nicht durch unwürdige Klagen und erfolglose Proteste, sondern durch frische Taten.“

Dem „Deutschen Schulverein“ tritt 1889 in Graz der „Schulverein Südmärk“ zur Seite, aus dessen Gründungsaufwurf ebenfalls die Sorge um

die Sicherung des Bestandes der Deutschen Österreichs herausklingt, wenn es dort heißt:

„Es ist ein schwerer Kampf, den wir zu bestehen haben, um so schwerer, deshalb, weil wir keine Hilfe zu erhoffen haben, wenn wir uns nicht selber helfen.

In der wichtigen Erkenntnis dessen haben die Deutschen in der bedrohten Nordmark unseres Reiches — Böhmen und Mähren — Volksvereine gebildet, die Volkwerke gegen die immer ungestümer drängende slawische Hochflut sein sollen.

Nicht besser als die Lage im Norden ist die unsere hier im Süden. Es gibt hier wie dort denselben Kampf, den Kampf um den Bestand des deutschen Volkes in der Ostmark; denn unsere Gegner begnügen sich nicht damit, das zu erhalten, was sie haben, sondern sie wollen immer mehr dazu erwerben, uns immer mehr zurückdrängen und schließlich unterjochen.“

Beiden Verbänden kommt für die Deutschthumsarbeit, für die Erweckung und Erhaltung des Geistes völkischer Pflichterfüllung hohe Bedeutung zu. Ihnen entsteht ein Helfer im Reichsgebiet, als 1880 der „Allgemeine Deutsche Schulverein“ (später VDL) gegründet wird und mit seinen Ortsgruppen sehr bald ein dichtes Netz über ganz Deutschland legt.

Schließlich muß Erwähnung finden der Alldeutsche Verband, der als eine bewußt politische Bewegung Front machte gegen die entdeutschte Monarchie, der aber doch nicht die innere Kraft und Geschlossenheit aufbrachte, als eine deutsche Weltanschauung das gesamte Deutschthum mitzureißen.

*

Das erwachende deutsche Gewissen, das sich in der Arbeit der Verbände bemerkbar machte, erregte frühzeitig schon das Mißtrauen der fremden Völker. Ein Sturm der Entrüstung gegen die Schularbeit bewegt das Jahr 1882, so daß der Sachsenbischof Friedrich Teutsch später rückblickend auf die Kämpfe, die um den Schulverein entbrannten, schreiben konnte:

„Wie brauste im Jahre 1882 das Hochgefühl nationaler Erhebung durch die sächsischen Gaue, als unser Volk, herausgefordert durch die „Schulvereinsdemonstrationen“ in Ungarn, zu Tausenden und aber Tausenden erklärte: Es sei deutsch und wolle deutsch bleiben; Volkstreue und Staatstreue stünden auch hier in keinem Gegensatz zueinander. Wie der Frühlingssturm, der das Land durchfliegt, fuhr die Begeisterung durch alle Gemeinden, wir wurden des Segens inne, den wir an unserer Nationalität und Sprache haben, uns graut auch nur vor dem Gedanken — so hieß es in einer jener Resolutionen — ‚daß wir oder unsere Nachkommen jemals diese Güter aufzugeben verächtlich genug sein könnten‘.“

Das Gefühl, Deutscher zu sein, bricht in jener Zeit, da der verstärkte magyarische Druck beginnt, urplötzlich in dem Deutschthum durch. Es galt keine Erklärungen mehr zu suchen für das Volksthum oder für das Deutschthum. So

wie in der Zeit der Entdeckung des Volkstums sich der Gedanke, daß es überhaupt Volkstümer gibt, gegen die jeden Unterschied verwischende und verleugnende Theorie vom Untertanen widersetzte, so, wie in den Jahren des Zusammenbruchs urplötzlich aus der Abwehrstellung gegen Napoleon das Bewußtsein des deutschen Volkes wach wurde, so loderte urplötzlich auch im Deutschtum der Donaumonarchie das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit gewaltig und stark empor. Es reicht weit über die Grenzen der Monarchie und sieht schon die Verbindung mit dem Deutschtum im Reich, wenn bei einer Rundgebung der Satz ausgerufen werden kann: „Es gilt, den alten Bund mit unseren Volksgenossen in der teureren Heimat zu erneuern“.

So erlebt aus dem Kampf um die Erhaltung des Volkes der völkische Gedanke jenseits der Reichsgrenzen erneut seine Prägung, während er im Reich zunehmend verklacht und bald vergessen und verschollen ist. War es 1848 die Ernüchterung eines Volkes, das große Träume geträumt und geahnt hatte und das, plötzlich erwachend, sich einer völlig anders gearteten Wirklichkeit gegenüber sah, so war es nach 1871, nach der Gründung des Reiches, der gewaltige machtpolitische und wirtschaftspolitische Aufstieg, den Deutschland nahm und der, vom Staatlichen ausgehend, jedes völkische Denken vergaß. Nur aus diesem rein staatlichen Denken heraus ist jene Polemik zu verstehen, die 1913 in Chile über die Frage, wer eigentlich „Deutscher“ sei, entstand und in deren Verlauf man den in Chile geborenen Nachkommen deutscher Einwanderer das Recht absprechen wollte, sich Deutsche zu nennen und ihnen riet, „unter Teutonen, Teutochilenen, Germanen, Deutschländern u. ä. m. sich etwas ihnen Wohlgefälliges auszusuchen“, Deutscher aber sei nur der Reichsdeutsche allein!

*

Zu den wenigen deutschen Männern, die nach dem Zusammenbruch der politischen Anschauung des deutschen Volkes nach 1848 sich nicht zur Ruhe setzten, sondern ihrer Arbeit eine neue Richtung zu verleihen suchten, gehört W. S. Riehl. War die Wissenschaft von der Volkskunde im wesentlichen bei der Sammlung und Niederschrift des alten Volksgutes gelandet, so sucht Riehl die Gegenwart, das tatsächliche Volksleben zu erfassen, um aus dem Verständnis der Wirklichkeit heraus die Grundlagen einer neuen deutschen Sozialpolitik zu zeichnen. Politisch ist seine Fragestellung:

„Das Studium des Volkes sollte aller Staatsweisheit Anfang sein und nicht das Studium staatsrechtlicher Systeme. Die Staatsmänner früherer Jahrhunderte reichen gewiß durchschnittlich in gründlicher Schule den unsrigen das Wasser nicht, schauten aber alltäglich frischeren Auges in das leibhaftige Volksleben und führten darum ihr Regiment mindestens mit einer praktischen Sicherheit, die jetzt gar selten geworden ist. Die „Wissenschaft vom Volke“ gehört zu den noch nicht existierenden

Hilfswissenschaften der Staatswissenschaften. Ist das nicht seltsam? Das Volk ist der Stoff, an welchem das formbildende Talent des Politikers sich erproben, das Volksleben das natürliche Element, dem er als Künstler Maß und Ordnung setzen soll. Wie läßt sich da eine Wissenschaft der Politik denken, die nicht begänne mit der Naturgeschichte des Volkes?"

Aber Riehls politische Lehre vom Volk fand in seiner Zeit keine Anerkennung; als „Dilettanten“ bezeichnete ihn Treitschke und hat ihm damit jede wissenschaftliche Befähigung abgesprochen. So ist er einer der verkannten Großen seiner Zeit — einer, dessen volkspolitische Gedanken erst heute wieder Achtung und Anerkennung gefunden haben. Die spätere wissenschaftliche Volkskunde entfernt sich mehr und mehr von der Volkswirklichkeit, bis sie sich schließlich im Gewirr theoretischer Auseinandersetzungen völlig verliert.

Von keiner Seite her entfacht, sinkt die Flamme des Volkstums in sich zusammen; der Kampf der Volksgruppen im Ausland um ihre Lebensrechte bleibt in weiten Kreisen des Deutschtums unverstanden und ungehört; das Bewußtsein einer großen Gemeinsamkeit scheint untergegangen.

*

Der Weltkrieg bringt die entscheidende Wendung.

Überblickt man heute die zahllosen Berichte über die Erlebnisse deutscher Soldaten an allen Fronten, so kehren oftmals jene Schilderungen wieder, in denen das Zusammentreffen reichsdeutscher Soldaten mit Volksdeutschen offenbar wird. Immer sind diese ersten Begegnungen ein tiefes Erlebnis auf beiden Seiten; ein Erlebnis, das die Soldaten und die Volksdeutschen lange bewegt, an dem sie zu denken haben. Die einen stellen erstaunt und verwundert fest, daß sie irgendwo im Kriegsgebiet deutsche Antworten erhalten, daß es deutsche Menschen sind, die deutsche Städte und Dörfer bewohnen — die anderen, die um die Zugehörigkeit zu diesen Männern aus dem Mutterland nicht nur wußten, sondern um sie gekämpft und gerungen hatten, glauben das Hochziel ihres Lebens vor sich zu haben.

Tragisch wird das völkische Kriegserlebnis dort, wo „Deutsche auf beiden Seiten“ stehen. Ibrügger zeichnet in seinem gleichnamigen Roman eine solche Szene:

„Die Amerikaner stürmen eine Batteriestellung. Nachdem man ihnen die letzten Handgranaten entgegengeschleudert und die Geschütze unbrauchbar gemacht hat, will sich die Bedienung ergeben. Die erste Sturmwelle der Amerikaner dringt in die Stellung ein. Einer der Deutschen versucht noch im letzten Augenblick zu entkommen. Aber ein hünenhafter Amerikaner verbaut ihm den Weg und will ihm mit seinem Bajonett zu Leibe. Einen Augenblick stehen sie sich gegenüber, der deutsche Artillerist und der Yankee mit seinem von der Aufregung des Kampfes wildverzerrten Gesicht.

„Hands up!“ schreit der Amerikaner den Deutschen an. Langsam will dieser die Arme hochheben. Aber er kommt nicht soweit. Denn plötzlich sinkt dem Amerikaner das Gewehr herunter. Seine wilden Gesichtszüge nehmen einen

ganz eigenartigen Ausdruck an. Er tritt nahe an den Deutschen heran und blickt fragend in dessen pulbergeschwärztes Gesicht.

„Bist du nicht ... bist du nicht Klaus Igesen?“ fragte der Amerikaner zögernd den Deutschen.

„Ja, der bin ich.“

„Kennst du mich auch noch?“

„Ja, du bist Friedrich Hansen.“

Der Amerikaner reicht dem Deutschen die Hand. Nachbarstinder aus einem Dorfe Ostfrieslands stehen sich gegenüber. — Der Deutschamerikaner Friedrich Hansen war 1907 nach Amerika ausgewandert und hatte einige Jahre vor dem Kriege die amerikanische Staatsbürgerschaft erworben. —

Das Problem der Deutschamerikaner fängt an, uns Kopfzerbrechen zu machen. Sind die ehemaligen Deutschen, die heute bei den Amerikanern gegen uns kämpfen, lauter Lumpen und Verräter? Gab es denn im deutschen Vaterland keinen Platz und keine Existenzmöglichkeiten für sie, wo wir doch schon vor dem Kriege Hunderttausende von Polen und Italienern in Deutschland beschäftigten? Das sind Fragen, auf die wir vorläufig keine klare Antwort wissen.“

*

Mit dem Ende des Krieges scheint das Schicksal Deutschlands besiegelt. Der Staat bricht zusammen, in Berlin schreit ein Scheidemann, das Volk habe auf der ganzen Linie gesiegt. In Wien fällt ein Staat auseinander, der schon lange keine tragende Idee mehr besaß.

Besiegelt?

Wohl ist der Staat zusammengebrochen, die Führung geflohen, die neue Regierung unfähig und bolschewisiert. Aber als der Staat kapitulierte, kämpfte das Volk weiter. Der beste Teil des Volkes, jene Männer, die noch draußen in den Gräben standen oder die gerade zurückgekehrt waren, nahmen den Kampf wieder auf — nicht mehr für einen Kaiser, nicht mehr für einen Staat, die beide nicht mehr existierten, sondern für ihr Volk, für Deutschland. Die Bedrohungen des deutschen Volkes abzuwehren, hielten sie die Front — gemeinsam mit den bedrohten Volksgenossen im Baltikum oder in Oberschlesien, in Kärnten oder in Nordschleswig, in Ost- und Westpreußen oder in Eupen-Malmédy. Es ging ihnen in diesem freiwilligen Kampf darum, den deutschen Besitz an Volk und Boden zu retten, es ging ihnen im Reich und in Deutschösterreich darum, endlich das völkische Reich aller Deutschen zu errichten. Bereits am 21. Oktober 1918 waren die deutschen Abgeordneten des österreich-ungarischen Reichsrats zusammengetreten und hatten in einem Beschlusantrag „die Gewalt über das ganze deutsche Siedlungsgebiet, insbesondere auch in den Sudetenländern“, gefordert. Am 30. Oktober 1918 traten sie als „Provisorische Nationalversammlung für Deutschösterreich“ zusammen. Das Deutsche Reich wurde damals ersucht, den Schutz Deutschösterreichs durch reichsdeutsche Truppen zu übernehmen.

Im Aufruf der Provisorischen Nationalversammlung vom 12. Nov. 1918 hieß es:

„Deutschösterreicher!

Wir sind nun ein Volk, sind eines Stammes und einer Sprache, vereinigt nicht durch den Zwang, sondern durch den freien Entschluß Aller.“

In der Sitzung des gleichen Tages wird der Zusammenschluß Deutschösterreichs mit dem Reich zum Gesetz erhoben. Der denkwürdige Artikel 2 lautet klar und einfach:

„Deutschösterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik.“

Und mit tiefer innerer Anteilnahme verfolgt Deutschösterreich den Zutritt der Nationalversammlung in Weimar, die sie mit den Worten grüßt:

„Der großdeutsche Gedanke ist bei uns Deutschen hier in diesem Lande nicht erstorben und war niemals, niemals verstorben. Wie ein leuchtender Stern aus dunklem Nebel winkt uns die frohe Hoffnung der Verwirklichung unseres Sehnsuchtsstraumes entgegen, in all den Kummer und alle Sorge, die uns jetzt umgibt, die Hoffnung auf die Wiedervereinigung mit unserem alten Mutterlande. Mit wogender Begeisterung begrüßen wir daher die deutschen Brüder draußen im Reich. Wir jubeln ihnen zu. Das deutsche Volk, in seiner Gesamtheit untrennbar vereint, nicht mehr geschieden durch die Eifersucht der Herrschenden, soll und muß auch für uns wieder zur Heimat werden.“

Noch im Jahre 1918 werden die Grenzen Deutschösterreichs festgelegt.

Zugleich gilt auch die Sorge den deutschen Volksinseln, die nun plötzlich vom Gesamtdeutschtum losgelöst sind und fremden Staaten zugehören sollen. Die Nationalversammlung sah vor, daß

„die in den Siedlungsgebieten anderer Nationen eingeschlossenen, allein oder überwiegend von Deutschen bewohnten oder verwalteten Sprachinseln, Städte, Gemeinden und Ortschaften der im Reichsräte vertretenen Königreiche und Länder bleiben bis zur verfassungs- und völkerrechtlichen Sicherstellung ihrer politischen und nationalen Rechte einstweilen unter der Hoheit des Staates Deutschösterreichs und bilden dessen zeitweiligen Rechtsbereich.“

Deutschösterreich bestand, bis seine Grenzländer besetzt wurden und der Nationalversammlung nichts blieb als ein ohnmächtiger Protest gegen die Besetzung und ein Appell an das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Im Mai 1919 wurde seitens der Friedenskonferenz von St. Germain die Bezeichnung Deutschösterreich nicht anerkannt. Nach der Annahme des Diktats muß Deutschösterreich seinen Namen ändern: mit Gesetz vom 21. Oktober 1919 wird das Gesetz vom 12. November 1918, das die Bestimmung enthielt, Deutschösterreich sei ein Bestandteil des Deutschen Reiches, wieder aufgehoben.

Österreichs eigene tragische Geschichte nimmt ihren Lauf.

Gegen den bolschewistischen Versuch, alles zu zerstören, setzt sich auch im Reichsgebiet das Volk durch. Die Volksabstimmungen an den Grenzen des Reiches werden zu einem einzigartigen Abstimmungssieg in Nord und Süd, in Ost und West. Hätten nicht Gewalt und Unterdrückung die neuen Grenzen diktiert, der freie Volkswille hätte andere Grenzen gezogen.

Deutschlands und Österreichs Bestand gewährleistet in den Jahren 1918—1921 allein die Treue des Volkes. Ohne staatliche Lenkung und Führung hat das Volk Deutschland gerettet, haben die deutschen Bauern und Bürger, Arbeiter und Soldaten Ordnung und Ruhe im Innern geschaffen und an den Grenzen die größten Rechtlosigkeiten zurückgewiesen.

Mag in den folgenden Jahren auch in den deutschen Ländern die Regierung über den tatsächlichen Willen des Volkes, das verlogene und gemeine jüdische Hezer aufzureiben drohten, triumphiert haben: das Volk war erwacht und ließ sich nichterneut wie vor über hundert Jahren sein Recht aus den Händen schlagen. Zu groß war das Erlebnis des Krieges für jeden Deutschen diesseits oder jenseits der Grenzen, als daß die Frontkameradschaft nach einem vierjährigen Ringen auseinanderfallen konnte; zu stark gingen jeden Deutschen die Gebietsabtretungen an den Grenzen an; zu tief empfand man mit denen, die nun plötzlich fremde Staatsbürger geworden waren. Ein „Deutschtum im Ausland“ wuchs vor den Augen der Lebenden, zwang ihnen das Verständnis für die Fragen des Volkstums ab. So wächst der Gedanke der Volksgemeinschaft aller Deutschen — nicht als eine romantische nebelhafte Vorstellung, sondern langsam und sicher als mächtige Bewegung.

Mit brennenden Augen hat das Deutschtum im Ausland von Anbeginn an die Bewegung Adolf Hitlers verfolgt. Keine Partei der Novemberrepublik konnte einem Deutschen von draußen Mut und Zuversicht geben, weil sie alle nur auf bestimmten konfessionellen, klassenkämpferischen oder ständischen „Grundfäsen“ aufbauten. Allein die nationalsozialistische Bewegung war eine völkische Bewegung, die keine größere Aufgabe kannte, als die, das Volk auf die Dauer zu schützen und zu erhalten, es zur höchsten Kraftentfaltung zu führen. Es ist daher kein Wunder, daß unter den treuesten Gefolgsmännern des Führers von Anbeginn an sich Männer finden, die den Kampf um das Volkstum draußen mitgekämpft und mitgeführt haben — in Ägypten und in Argentinien, im Sudetenland und in Oberschlesien, im Elsaß und im Baltikum, in Böhmen und Mähren.

Eine Bewegung, deren erster Programmpunkt lautet:

„Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu einem Groß-Deutschland“, mußte das Vertrauen jedes Deutschen gewinnen.

*

Der 30. Januar 1933 bedeutet den entscheidenden Wendepunkt in der deutschen Geschichte, der unser ganzes Denken löst von dem starren Begriff des Staates, der es endlich wieder hinführt an die Quellen, die allein eine gerechte Ordnung gewährleisten: die des Volkstums. Erstmals in der deutschen Geschichte verleiht die nationalsozialistische Bewegung dem Volkstumsgedanken ein politisches Gewicht. Erstmals wird er nicht nur erwogen und besprochen, ist er nicht Gegenstand irgendwelcher Auseinandersetzungen, sondern alleiniger und ausschließlicher Maßstab für das politische Handeln des Staates. Erstmals zeichnete die nationalsozialistische Bewegung auch klar und unabänderlich die Grundvoraussetzungen auf, die das Volkstum bedingen: **nicht allein Sprache und Kultur, sondern vor allem das Blut, die Rasse kennzeichnen das Volkstum.**

In dieser Erkenntnis liegt der Wendepunkt der Volkstumslehre: man hatte unter „Volkstum“ bisher im wesentlichen die Sprach- und Kulturgemeinschaft verstanden, so schuf der Nationalsozialismus die Grundlagen einer neuen Anschauung.

Die nationalsozialistische Auffassung vom Volkstum gab auch dem Staat eine völlig neue Aufgabe. Er wird ein Mittel zum Zweck.

„Sein Zweck liegt in der Erhaltung und Förderung einer Gemeinschaft physisch und seelisch gleichartiger Lebewesen. Diese Erhaltung selber umfaßt erstlich den rassemäßigen Bestand und gestattet dadurch die freie Entwicklung aller in dieser Rasse schlummernden Kräfte. Von ihnen wird wieder ein Teil in erster Linie der Erhaltung des physischen Lebens dienen und nur der andere der Förderung einer geistigen Weiterentwicklung. Tatsächlich schafft aber immer der eine die Voraussetzung für das andere...“

Wir, als Arier, vermögen uns unter einem Staat also nur den lebendigen Organismus eines Volkstums vorzustellen, der die Erhaltung dieses Volkstums nicht nur sichert, sondern es auch durch die Weiterbildung seiner geistigen und ideellen Fähigkeiten zur höchsten Freiheit führt.“

Mit diesen Worten des Führers wird die Aufgabe des Staates klar und bestimmt umrissen.

Erhaltung und Schutz des Volkstums und der Rasse sind auch seit der Machtergreifung die Leitlinien der nationalsozialistischen Staatsführung gewesen. Der Marschweg ist durch das Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei vorgeschrieben:

Punkt 4. Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf die Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.

Die Maßnahmen der nationalsozialistischen Regierung auf gesetzgeberischem Wege sind der stolze Beweis für die Erfüllung des Programms der nationalsozialistischen Bewegung. Sie gelten in der ersten Zeit nach der Machtergreifung zunächst der Sicherung der Einheit von Volk und Staat. Mit dem Verbot der marxistischen Parteien wird endgültig dem Gedanken des Klassenkampfes in Deutschland seine Stütze genommen. Das Verbot der Errichtung von Parteien unterbindet für alle Zeiten eine erneute Aufspaltung des Volkes in Klassen und Interessengemeinschaften. Weitere Gesetze dokumentieren die enge Verbindung zwischen der nationalsozialistischen Bewegung und der deutschen Staatsführung.

War mit diesem Gesetzgebungswerk, das hier nur angedeutet werden kann, die Sicherung dafür geschaffen, daß die Einheit des deutschen Volkes niemals wieder in Frage gestellt werden kann, so stehen ihm — als wesentlichste Garantien der politischen Einheit — jene Gesetze zur Seite, die die innere Einheit und Reinheit des Volkes, seine rassische und blutmäßige Zusammensetzung, gewährleisten.

Auf dem Reichsparteitag der Freiheit im September 1935 beschloß der Deutsche Reichstag in Nürnberg das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“, das mit den Worten eingeführt wird:

„Durchdrungen von der Erkenntnis, daß die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des deutschen Volkes ist und beseelt von dem unbeugsamen Willen, die deutsche Nation für alle Zukunft zu sichern, hat der Reichstag einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird . . .“

Mit diesem Gesetz, das die Rassenmischung zwischen Juden und Deutschen verbietet und unter Strafe stellt, wird die Gewähr für die Reinerhaltung des deutschen Blutes gegeben und wird die Gefahr einer fortschreitenden Zersetzung des deutschen Volkes durch die Mischung mit Angehörigen einer minderwertigen Rasse endgültig beseitigt.

Mit diesen großen und weittragenden Maßnahmen des nationalsozialistischen Staates war zunächst innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches das deutsche Volk gesichert und gerüstet.

Das Echo der machtvollen politischen Entwicklung des Dritten Reiches unter der Führung Adolf Hitlers konnte nicht ausbleiben. Einmal wurden von dem Gedankengut der nationalsozialistischen Weltanschauung, von dem Bekenntnis zur Volksgemeinschaft auf rassischer Grundlage, von dem Willen zur Einheit alle Deutschen der ganzen Welt angesprochen. In einem gewaltigen Erneuerungsprozeß bekannten sie sich zu den Grundlagen der nationalsozialistischen Weltanschauung und stellten damit ihrerseits der Ideenwelt von Versailles, die in ihnen ja nichts sehen wollte als „Angehörige einer rassischen,

sprachlichen oder konfessionellen Minderheit innerhalb eines fremden Staatsvolkes“, ihre neue Forderung auf Anerkennung als Volksgruppe gegenüber.

Aber die deutschen Volksgruppen hinaus fand aber das vom Nationalsozialismus vertretene völkische Prinzip auch bei den nicht deutschen Volksgruppen und Völkern Beachtung und Anerkennung. Die Tatsache, daß der nationalsozialistische Staat seinen Volksgruppen Achtung und Sicherung ihres Volkstums zusagte und gewährte, daß er die Entnationalisierung grundsätzlich aus Liebe zum eigenen Volk und in der Achtung vor dem Eigenwert des fremden verwarf, fand dort besonderen Widerhall, wo gerade das Volkstum sich im schärfsten Kampfe um die Erhaltung der eigenen Art befand.

In zahlreichen Reden wurde Deutschlands grundsätzliche Stellungnahme zum Volksgedanken herausgearbeitet. In seiner großen Rede vor dem Deutschen Reichstag am 20. Februar 1938 erklärte der Führer vor aller Welt, daß zu den Interessen des Deutschen Reiches auch der Schutz jener Volksgenossen gehöre, die aus eigenem nicht in der Lage seien, sich an den Grenzen des Reiches das Recht einer allgemeinen menschlichen, politischen und weltanschaulichen Freiheit zu sichern.

Und in der gleichen Rede führte er weiter aus:

„Wir wissen genau, daß es eine alle befriedigende Grenzführung in Europa kaum gibt, allein, um so wichtiger wäre es, unnötige Quälereien von nationalen Minoritäten zu vermeiden, um nicht zum Leid des politischen Getrenntseins auch noch das Leid der Verfolgung wegen der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Volkstum hinzuzufügen. Daß es möglich ist, bei einem guten Willen hier Wege des Ausgleichs bzw. der Entspannung zu finden, ist erwiesen worden.“

Den Worten folgte die Tat.

Der Friede von München und der Schiedsspruch von Wien bedeuten die grundsätzliche Anerkennung des Volkstumsgedankens auch auf dem Gebiete der Außenpolitik.

Der Beschluß des Führers vom März 1939, Böhmen und Mähren wieder in das Reich zurückzugliedern, das tschechische Volk in seinen Schutz zu nehmen und die Schutzherrschaft über den slowakischen Staat auszuüben, bedeutet in keiner Weise eine Abwendung von dem einmal als richtig erkannten Gedanken des Volkstums! Denn es handelt sich hier — namentlich bei dem Schutz des tschechischen Volkes — nicht um die Einverleibung eines fremden Volkes. Die hohe Achtung, die wir Deutschen für unser eigenes Volk fordern, die Sorge um die Reinerhaltung unseres Blutes und unserer Art und zugleich die Achtung vor dem fremden Volkstum schalten jeden Gedanken an eine gewaltsame Aufsaugung restlos aus. Spätere Geschlechter werden feststellen, daß allein mit der Unterstellung unter den Schutz des Reiches das tschechische Volk sein Leben rettete, denn die zunehmende Bolschewisierung hätte dem nationalen Tschechentum das Grab gegraben!

In der Anerkennung des Volkstums und der Volkstumsrechte liegt der einzig gangbare Weg zu einer politischen Neuordnung Europas. Ohne einen Tropfen Blut weder eines deutschen Volksgenossen noch eines fremden Volksgehörigen auf das Spiel zu setzen, hat Deutschland den ersten Schritt auf diesem Wege getan: auf dem Wege einer v ö l l i s c h e n Neuordnung Europas.

Deutschland hat damit dem Gedanken des Volkstums, der vor über 150 Jahren von Deutschen zuerst geprägt wurde, seine Durchsetzung verschafft. So wie dieser Gedanke revolutionären Ursprungs war und in jahrzehntelanger Entwicklung seine Formung fand, so ist er auch in seiner politischen Verwirklichung durch Adolf Hitler ein revolutionärer Akt geworden, der eine veraltete Zwangsordnung stürmisch beseitigt und durch eine neue, von den natürlichen Gegebenheiten ausgehende Ordnung ersetzt.

So führt der Führer eine Bewegung zum Sieg, die im Schoße des deutschen Volkes entsprungen ist und die berufen ist, Europa und der Welt den Frieden zu bringen.

Der Gedanke des Volkstums hat gesiegt!

Die Zusammenstellung der Dokumente und den verbindenden Text besorgte Oskar Hartung,
Schriftleiter in der Presseabteilung des Deutschen Auslands-Instituts.

Der sudetendeutsche Arbeitsdienst

Von Werner Pohl, ehemaligem organisatorischen Leiter des sudetendeutschen Arbeitsdienstes

Als das Sudetendeutschtum noch unter der Zwangsherrschaft der nun endgültig zerfallenen tschecho-slowakischen Republik leben mußte, war es gezwungen, seine völkischen Belange unter den größten Opfern selbst wahrzunehmen. Mit Stolz beobachtete es die Einrichtungen und Errungenschaften des sich mächtig entwickelnden Dritten Reiches unter der Führung Adolf Hitlers und war gleichzeitig von den größten Sorgen erfüllt, mit den eigenen schwachen Kräften nicht Schritt halten zu können und so in der Entfaltung der kulturellen, geistigen und wirtschaftlichen Kräfte zurückbleiben zu müssen. Kam noch dazu, daß die Tschechen trachteten, jede Regung des völkischen Sudetendeutschtums, die nach einer Nacheiferung der Einrichtungen und Schöpfungen des Dritten Reiches ausfah, mit allen Mitteln zu verhindern.

Es war daher selbstverständlich, daß das Sudetendeutschtum in dem Bestreben, der allgemeinen Entwicklung des deutschen Volkes nicht nachzuhinken, auch alles daran setzte, dem Gedanken des Arbeitsdienstes im Sudetenraum zur praktischen Verwirklichung zu verhelfen. Diese Erziehungsschule des Nationalsozialismus konnte das Sudetendeutschtum auf keinen Fall missen. Gerade aber hier wurden von seiten der Tschechen die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Dies aus der allgemeinen Ablehnung des tschechischen Volkes heraus, dem Gedanken des Arbeitsdienstes gegenüber, den man als eine faschistische Einrichtung haßte, die den demokratischen Grundsätzen und der ungehemmten Entfaltung der einzelnen Persönlichkeit zuwiderlief. Obendrein war man auf seiten des tschechischen Volkes von dem Gedanken erfaßt, daß der Reichsarbeitsdienst eine getarnt „militaristische“ Organisation sei, die sich gegen den Bestand der tschecho-slowakischen Republik richte. Es wurden daher Versuchen der Sudetendeutschen auf dem Gebiete des Arbeitsdienstes die Tendenz unterstellt, in diese angeblich militärischen Ziele des Reichsarbeitsdienstes einbezogen zu sein. Die sudetendeutschen Arbeitslager wurden daher ebenfalls als eine Bedrohung der tschecho-slowakischen Republik angesehen, die man mit der größten Sorgfalt bewachen mußte, um eventuelle Gefahren im Keime ersticken zu können. — Als ein Zeichen dieser Einstellung tschechischer Kreise sei nur erwähnt, daß allen Ernstes in der tschechischen Presse die Behauptung aufgestellt wurde, in Warthenberg, dem Sitz des Schulungslagers des sudetendeutschen Arbeitsdienstes, werde von den Arbeitsmännern ein Flugplatz gebaut. — Der Flugplatz war jedoch in Wirklichkeit ein harmloser Turnplatz für die später zu errichtende Jugenderziehungsstätte. — Die Behinderung der Arbeitslager war auf der Tagesordnung: Verbot des gemeinsamen Ausmarsches mit Spaten, des Singens von Liedern beim Marschieren, sogar das Morgenturnen mußte in einem Lager in einem anderthalb Meter breiten Gang abgehalten werden, da es im Freien durchgeführt die Ruhe und Ordnung gestört hätte. Es kamen Verbote der Abhaltung von öffentlichen Veranstaltungen der Lager hinzu; ja, wo man nur einen einigermaßen passenden Grund fand, wurde auch zur Auflösung von Lagern geschritten.

Zu diesen Widerständen, die sich aus der ablehnenden Haltung des Tschechentums ergaben, kamen die Angriffe aus den Reihen der sudetendeutschen Marginalisten hinzu, die sehr wohl wußten, daß die sudetendeutschen Arbeitslager keinen militärischen Zwecken dienten, die aber

auch andererseits mit voller Klarheit erkannten, daß die Erziehung im Arbeitsdienst den Boden für marxistische, klassenkämpferische Verbeugung in der sudetendeutschen Jugend entzog. Sie waren daher bemüht, durch Angriffe in den marxistischen Zeitungen den sudetendeutschen Arbeitsdienst bei den tschechischen Behörden anzuschwärzen und ihn bei jeder Gelegenheit zu denunzieren.

Es mußte daher beim Aufbau des sudetendeutschen Arbeitsdienstes mit größter Vorsicht vorgegangen werden, um nicht Anlaß zum Einschreiten der tschechischen Behörden zu geben und auch nach außen hin nicht den Anschein zu erwecken, daß der sudetendeutsche Arbeitsdienst von demselben Geiste erfüllt war wie der Reichsarbeitsdienst und daß dieser allein Vorbild und Richtschnur war. — In dieser Hinsicht kam die trostlose wirtschaftliche und soziale Lage des Sudetendeutschtums zu Hilfe. Der Arbeitsdienst konnte als eine soziale Maßnahme aufgezo-gen werden, die der Aufgabe diene, jugendliche Arbeitslose von der Straße abziehen und ihnen soziale Hilfe zu bringen. Es wurde dadurch den tschechischen Machthabern erschwert, gegen die Arbeitslager vorzugehen, da dann eine entsprechende Propaganda entfaltet worden wäre, die Tschechen hätten die Bemühungen der Sudetendeutschen verhindert, sich selbst Abhilfe in der trostlosen sozialen Lage zu verschaffen.

Daß jedoch dem sudetendeutschen Arbeitsdienst von vornherein die große, erzieherische Aufgabe voranleuchtete, ist schon allein durch die Tatsache erhärtet, daß am Anfang des Aufbaues des sudetendeutschen Arbeitsdienstes die Errichtung des Schulungslagers in Wartenberg am Roll in Nordböhmen stand. Das Schulungslager diente dem Zwecke, von vornherein eine einheitlich ausgerichtete Führerschaft heranzubilden, die Garant dafür war, daß sämtliche Arbeitslager in ein und demselben Geiste geführt wurden, daß die Erziehung in allen Arbeitslagern nach einheitlichen Richtlinien erfolgte. Es wurde so von vornherein auch verhindert, daß lokale Maßnahmen getroffen wurden, entweder von Gemeinden, die nur dem Zwecke gedient hätten, sich der jugendlichen Arbeitslosen der betreffenden Gemeinden zu entledigen, oder von irgendwelchen Organisationen, die Arbeitslager aus organisationsegoistischen Beweggründen errichtet hätten, zur Sicherstellung ihres jugendlichen Nachwuchses u. dgl. Es gab nur den einen einheitlich geführten sudetendeutschen Arbeitsdienst. Die Tatsache, daß dem Turnverbande die Aufgabe oblag, die erzieherische Betreuung des sudetendeutschen Arbeitsdienstes zu gewährleisten, bildete die Garantie dafür, daß die Erziehung im sudetendeutschen Arbeitsdienst nach nationalsozialistischen Grundsätzen durchgeführt wurde. Der Turnverband war ja der Erziehungsverband des Sudetendeutschtums. — Als sein Beauftragter wurde Theo Hauck als mann-schaftlicher Führer des sudetendeutschen Arbeitsdienstes herausgestellt und ihm gleichzeitig die Führung des Schulungslagers Wartenberg übertragen. In seinen Händen lag daher die gesamte erzieherische und mann-schaftliche Ausrichtung.

Leicht war die Aufgabe nicht, und es mußte mit größter Umsicht vorgegangen werden, um im Schulungslager die Schriften über den Reichsarbeitsdienst und die Grundfragen nationalsozialistischer Erziehung zu verwenden. Mit großer Mühe wurden diese Behelfe aus dem Reiche beschafft und konnten natürlich nicht im Schulungslager untergebracht werden, wo sie jederzeit dem Zugriff der tschechischen Behörden ausgesetzt gewesen wären, die ja ein sehr wachsames Auge auf das Schulungslager gelenkt hatten. Mit um so größerem Eifer und Idealismus wurde jedoch an die Bewältigung der Aufgaben herangegangen.

Am Begeisterung und Idealismus hat es in der sudetendeutschen Jugend für die Idee des Arbeitsdienstes nicht gemangelt. Was aber einer machtvollen Entwicklung des sudetendeutschen Arbeitsdienstes noch hindernd entgegenstand, waren nicht allein die Widerstände von seiten der Tschechen und Marxisten, sondern war vor allem auch in dem Fehlen entsprechender finanzieller Mittel begründet. — Vom Staate waren keinerlei Zuschüsse zu erwarten, da ja dieser, wie aus den vorangegangenen Betrachtungen hervorgeht, durchaus nicht an einem nationalistischen sudetendeutschen Arbeitsdienst interessiert war. — Aus dem Altreiche war eine Unterstützung unter den damals obwaltenden Umständen äußerst schwierig. So war das Sudetendeutschtum vollkommen auf sich selbst angewiesen. Da ihm aber trotz seiner schlechten wirtschaftlichen Lage zu viele Aufgaben gestellt waren, die es selbst bewältigen mußte, und ja obendrein auch noch die Steuerleistung an den tschechischen Staat dazu kam, aus der das Sudetendeutschtum selbst die geringsten Vorteile zog, konnten daher nur beschränkte Mittel aufgebracht werden. Es verhinderte dies von vornherein eine großzügige Planung, die der Aufgabe des Arbeitsdienstes entsprochen hätte. Man mußte sich mit lokalen Maßnahmen begnügen, die zum großen Teile örtlich finanziell sichergestellt werden konnten. Zuschüsse konnten nur in geringem Ausmaße gewährt werden.

Die Aufgabe des organisatorischen Aufbaues und der wirtschaftlichen Sicherstellung oblag dem „Bund der Deutschen“, der zum Teil Mittel aus der „Sudetendeutschen Volkshilfe“ abzweigte mit der Begründung, daß der Arbeitsdienst sozialen Zwecken diene. — Da der Turnverband der eine Träger des Arbeitsdienstes war, ist es auch erklärlich, daß ein Großteil der Arbeitsvorhaben Turnplätze oder anderweitige Anlagen für die Leibeserziehung bildeten. Dem Turnplatz oblag ja im Sudetendeutschtum auch eine größere Aufgabe als lediglich Stätte der Ausübung von Leibesübungen zu sein. Die Turnstätte war der Mittelpunkt der mannschaftlichen Erziehung und vielfach überhaupt Brennpunkt des völkischen Lebens. — Dazu kamen Wegebauten, Bachregulierungen, geschichtliche Ausgrabungen u. dgl. Arbeitsvorhaben, die mancherorts auch durch die Gemeinden finanziell sichergestellt werden konnten. — Leider stand nur ein ganz geringer Teil der Gemeinden für den Gedanken des Arbeitsdienstes zur Verfügung, da ja durch die dauernde Verhinderung neuer Wahlen die meisten Gemeinden noch unter marxistischer oder schwarzer Leitung standen.

Trotz dieser Schwierigkeiten war jedoch die Anzahl der durchgeführten Arbeitslager von Jahr zu Jahr im Steigen begriffen. Wurden im ersten Jahre des Aufbaues des sudetendeutschen Arbeitsdienstes, im Jahre 1935, erst 21 Lager gezählt, so betrug die Anzahl der Lager im Jahre 1936 bereits 29, im Jahre 1937 bereits 43, und diese Zahl war Mitte des Jahres 1938 schon bei weitem überschritten. — Auch aus dem Anwachsen der geleisteten Arbeitsstunden ist die stetige Entwicklung des sudetendeutschen Arbeitsdienstes erkennbar. Betrug sie im Jahre 1935 erst 210 595, so stieg sie im Jahre 1936 auf 257 030, im folgenden Jahre auf 362 750. — Der Wert der geleisteten Arbeit betrug im Jahre 1937 bereits Re 1 192 250. — In Anbetracht dessen, daß dies eine Leistung vollkommen aus eigener Kraft war, ist sie um so höher einzuschätzen. Durch die Beschränkung, die aus dem Fehlen genügender finanzieller Mittel und dem daraus hervorgehenden kleinen Ausmaße der einzelnen Bauvorhaben sich ergab, konnten auch die einzelnen Lager nur von bescheidener Größe sein. Im Durchschnitt betrug die Belegschaft 30 bis 40 Mann, so daß jährlich unge-

fähr 1200 sudetendeutsche Jugendliche im sudetendeutschen Arbeitsdienst erfasst wurden.

Der Bereitwilligkeit der sudetendeutschen Jugend, sich in die Reihen des Arbeitsdienstes einzugliedern, stand auch die Sachlage hindernd im Wege, daß diejenigen, die sich in einer Anstellung befanden, diese nicht aufgeben konnten, um in den Arbeitsdienst zu gehen, da aus der wirtschaftlichen Notlage heraus, in der sich das Sudetendeutschtum befand, jeder froh sein mußte, überhaupt eine Anstellung zu haben. Trotzdem wurde im Jahre 1938, als der sudetendeutsche Arbeitsdienst auf einer gesicherten organisatorischen Unterlage aufgebaut war, daran gegangen, planmäßig die gesamte Jugend, wenn auch nur für kurze Zeit, im Arbeitsdienst zu erfassen. Der Turnverband machte es seinen Jugendlichen zur Pflicht, wenigstens einige Wochen Arbeitsdienst geleistet zu haben. Mit Unterstützung der wirtschaftlichen Organisationen der Sudetendeutschen Partei wurden mit den Unternehmern Verhandlungen gepflogen, ihren Angestellten Sonderurlaub zu r A b l e i s t u n g d e s A r b e i t s d i e n s t e s zu gewähren.

War man in den Jahren 1935 bis 1937 daran gegangen, die Voraussetzungen für den männlichen Arbeitsdienst zu schaffen, so ging man im Jahre 1938 daran, auch den w e i b l i c h e n Arbeitsdienst aufzuziehen. — Im Jahre 1937 waren einige Versuchslager durchgeführt worden, um Erfahrungen zu sammeln. Genau so wie beim männlichen Arbeitsdienst sollte auch beim weiblichen in einem Schulungslager die Heranbildung der Führerinnen erfolgen. Das Schulungslager wurde im zeitigen Frühjahr 1938 ebenfalls in Wartenberg durchgeführt. Die Begeisterung in der weiblichen Jugend übertraf alle Erwartungen. Innerhalb kurzer Zeit hatten sich über 1500 Mädchen gemeldet, die ihre Arbeitsdienstzeit ableisten wollten. Der Einsatz der weiblichen Arbeitslager erfolgte naturgemäß auf dem Lande. Der Widerhall bei den Bauern war sehr groß, und in kurzer Zeit reichten die in Wartenberg herangebildeten Führerinnen nicht mehr aus, um alle die zahlreich gemeldeten Einsatzmöglichkeiten zu übernehmen.

Aber nicht nur allein der weibliche Arbeitsdienst wurde auf dem Lande eingesetzt, sondern auch der männliche Arbeitsdienst in Landarbeitsdienstlagern. Wegen des großen Mangels an landwirtschaftlichen Arbeitskräften wurde auch dieses Bemühen von der Bauernschaft sehr begrüßt, und die Nachfragen nach Errichtung von Landarbeitsdienstlagern, die als Erntehilfe eingesetzt wurden, mehrten sich in rascher Weise.

So nahm der sudetendeutsche Arbeitsdienst im Sommer 1938 eine verheißungsvolle Entwicklung. Die Voraussetzungen schienen geschaffen, um die sudetendeutsche Jugend für einige Wochen in dieser Erziehungsschule des Nationalsozialismus zu erfassen. Da kam die Mobilisierung der tschechischen Armee im Mai 1938 und dann die Septemberkrise dazwischen. Die Arbeitslager mußten ihre Tätigkeit aufgeben, verschiedentlich wurde die Einrichtung der Lager, so vor allem des Schulungslagers in Wartenberg, von den tschechischen Soldaten vernichtet. Durch die befreiende Tat des Führers wurde dann aber die Möglichkeit geschaffen, die sudetendeutsche Jugend in ihrer Gesamtheit in die Reihen des Reichsarbeitsdienstes einzugliedern. Bald werden die Arbeitslager des RAD in allen Gebieten des Sudetendeutschtums zu arbeiten beginnen, und die Fahne mit dem Spaten und den gekreuzten Ähren wird auch über der sudetendeutschen Landschaft wehen. So wird ein Traum erfüllt sein, dem der beste Teil der sudetendeutschen Jugend durch Jahre hindurch nachgegangen ist

und seine ganze Kraft darin gesetzt hat, in den gegebenen Möglichkeiten an der Verwirklichung der Erfassung der Jugend im Arbeitsdienst zu arbeiten.

Wenn wir daher noch einmal zurückschauend die Entwicklung des sudetendeutschen Arbeitsdienstes betrachten, so sei an das Wort einer Berliner Zeitung erinnert, die im Frühjahr 1938 vom sudetendeutschen Arbeitsdienst als „einer vorbildlichen Leistung des Selbstbehauptungswillens des Sudetendeutchtums“ sprach. Von diesem Blickpunkt aus muß auch der sudetendeutsche Arbeitsdienst gewertet werden. Er war mit ein Ausdruck des Willens der sudetendeutschen Bevölkerung, aus eigener Kraft heraus sich die Einrichtungen zu schaffen, die ihr vom tschechischen Staate vorenthalten wurden, die aber zur Entfaltung der völkischen Kräfte nötig waren. Wenn die Entwicklung über einen gewissen Rahmen nicht hinauskommen konnte, so lag dies in den beschränkten Möglichkeiten und den vielerlei Schwierigkeiten begründet, die sich einer umfassenderen Entfaltung entgegenstellten. Der Einsatz der sudetendeutschen Jugend im sudetendeutschen Arbeitsdienst wird aber stets ein Ruhmesblatt in der Geschichte des Behauptungskampfes des Sudetendeutchtums während der tschechischen Willkürherrschaft bilden.

Arbeitsdienst in der deutschen Volksgruppe in Polen

In Polen machen es die scharfen Gesetze des polnischen Staates der deutschen Volksgruppe unmöglich, einen Arbeitsdienst aufzuziehen. Versuche, die in dieser Richtung von den jungen Kräften der Volksgruppenführung unternommen wurden, konnten daher nicht ausgebaut werden, obwohl auch hier der Boden innerhalb der Volksgruppe durchaus vorbereitet war und die Möglichkeit dankbar begrüßt worden wäre, in gemeinschaftlicher Arbeit in Landwirtschaft und anderen Wirtschaftszweigen das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Deutschen über Standes- und Gebietsgrenzen hinweg zu festigen.

Wie übermäßig streng der polnische Staat in diesen Dingen vorgeht, zeigt das Beispiel von Kemsau, das noch in frischer Erinnerung ist. Damals — im Sommer 1937 — hatten etwa zwanzig junge Deutsche auf dem Restgut Kemsau bei Tuchel ein kleines Arbeitslager aufgezo-gen. Tagsüber wurde Bodenarbeit geleistet, wobei es sich vor allem um die Umwandlung des übermäßig großen Parks in einen Gemüsegarten handelte. Die Freizeit wurde der Erholung, Aussprachen über brennende Fragen der Zeit und dem Kameradschaftsleben gewidmet. Obwohl die Erlaubnis für die Arbeit eingeholt worden war, wurden die Teilnehmer eines Tages verhaftet, wegen Heheimbündelei und militärischer Übungen unter Anklage gestellt und zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt.

Die Einstellung des polnischen Staates zum Arbeitsdienst volksdeutscher Gruppen zeugt — wie man sieht — von einer völligen Verständnislosigkeit für die Not und das Wollen der deutschen Jugend. Disziplin der Arbeit und des Lagerlebens, das geschlossene Auftreten zum Mittagessen und das gemeinsame Lieber-singen haben nach deutscher Auffassung nichts mit militärischen Übungen zu tun. Polen aber sieht in einer solchen Erziehung zur Gemeinschaft schon einen Angriff auf das Staatsgebäude. Es leuchtet ein, daß unter diesen Umständen von einem Arbeitsdienst der Volksgruppe in Polen im deutschen Sinn nicht die Rede sein kann. Hoffnungsvolle Ansätze wurden durch das Vorgehen der polnischen Behörden behindert und zerschlagen. Gd.

Freiwilliger Arbeitsdienst bei der deutschen Volksgruppe in Südslawien

Der Freiwillige Arbeitsdienst als Dienst an der Volksgemeinschaft ist auch vom Deutschtum Südslawiens, insbesondere von seiner Jugend, freudig aufgegriffen worden. Äußere Schwierigkeiten und solche, die in der Volksgruppe selbst lagen, haben aber einen Einsatz auf breiterer Grundlage bisher unmöglich gemacht. Mit der zu erwartenden Besserung der rechtlichen Lage und einer größeren Bewegungsfreiheit sowie nach der vollzogenen Einigung innerhalb der Volksgruppe wird von deren Führung in Zukunft dem Arbeitsdienst der Jugend die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

An einigen guten Ansätzen hat es bisher nicht gefehlt; diese Beispiele finden mehr und mehr Nachahmungen. So sind eine ganze Reihe von Heimen, Sportplätze und andere gemeinnützigen Einrichtungen durch die Ortsgemeinschaften in der Form des freiwilligen Arbeitsdienstes aufgebaut worden. Waren einmal die Mittel für das Baumaterial durch Spenden im Ort und auswärts aufgebracht, so schritt man zum Aufbau. Ein jeder hatte seine Aufgabe. Die Bauern fuhren den Sand, die Ziegel und den Kies. Die Maurer und Zimmerleute bauten dann unter der Mithilfe vor allem der Jugend auf. Zum „Buschenstecken“ waren alle versammelt, um die Arbeit zu feiern. War das Heim dann sauber hergerichtet, wurde es feierlich seiner Bestimmung übergeben. Das anschließende Gemeinschaftsfest vereinigte wieder alle, die am Aufbau mitgeholfen haben. So wurden Heime aufgebaut: in Nasicka, Breznica, Neudorf, Cačinci, Velimirovac, ein Kinderhort in Bojlovica usw.

Bei den Sportplätzen war es die Turnerschaft, besonders deren Jungmannschaft, die die Arbeit leisteten. Gerade der Aufbau von Sportplätzen kann mit sehr geringen Mitteln durchgeführt werden. Solche Sportplätze hat z. B. die Turnerschaft in Franztal und Ruma aufgebaut. Jetzt baut Ruma an einer Sporthalle.

Eine noch viel zu wenig erschöpfte Möglichkeit liegt in den öffentlichen Arbeiten, die die Gemeinde allen ihren Bewohnern als Pflichtarbeit anordnen kann. Ist die Gemeindeverwaltung in den Händen volksbewusster Männer, die mit dem Geist der Zeit Schritt halten, kann die Gemeinde leicht einen freiwilligen Arbeitsdienst durchführen. Ein Betätigungsfeld wird sich überall finden, sind doch oft unsere Wege, die Kanalisation oder sonstige Einrichtungen, in einem unvorstellbaren Zustand. Die vielen Gemeinden mit deutscher Mehrheit könnten sich so leicht Abhilfe schaffen, wie ein Beispiel in Franzfeld, im Banat, zeigt, wo die gesamte Dorfjugend einen Dorfgraben ausgehoben hat und damit die Abwässerung des ganzen Dorfes regelte. Auch der Ahnenfriedhof wurde dort auf diese Weise hergerichtet. Die Jugend will so durch Taten und nicht mit Worten ihr Bekenntnis zur Volksgemeinschaft ablegen.

Mögen auch die aufgezählten Beispiele des Freiwilligen Arbeitsdienstes, gemessen mit den Leistungen anderer Volksgruppen, ganz unbedeutend erscheinen, so ist zumindest der erste Schritt getan. Nach der Zusammenfassung der gesamten Jugendarbeit im Schwäbisch-Deutschen Kulturbund wird der Freiwillige Arbeitsdienst in allen seinen Formen aufgebaut werden.

Der deutsche Landdienst in Estland

Von Arved v. Taube, Leiter des Amtes für Jugend- und Volkstumsarbeit der Deutschen Kulturverwaltung in Estland

Auch die deutsche Volksgruppe in Estland hat die Idee des Arbeitsdienstes aus dem Reich übernommen, jedoch den Landdienst in seinen Formen den örtlichen Gegebenheiten angepaßt. Für die Herausbildung dieser Formen sind vor allen Dingen die Siedlungsweise und die soziale Gliederung der Volksgruppe bestimmend gewesen. Zur Zeit findet der Landdienst in Estland in drei Formen statt: 1. das geschlossene Arbeitslager von je einem Monat Dauer; 2. der sog. „Sonntagslanddienst“ und 3. der sog. „Einzellanddienst“.

Die älteste Form des Landdienstes ist das geschlossene Arbeitslager. Ein solches wurde erstmalig im Sommer 1933 veranstaltet. Im darauffolgenden Jahre wurde bereits die Leitung des Landdienstes seitens des Amtes für Jugend- und Volkstumsarbeit bei der Deutschen Kulturverwaltung übernommen und das bisher größte Arbeitslager mit einer Belegschaft von rund dreißig Mann in der Bauernsiedlung Heimtal durchgeführt. Die Belegschaften bestanden von Anfang an zu einem sehr großen Teil aus Studenten, für Schüler wurden meist besondere Arbeitslager eingerichtet. Da die Einführung einer Dienstpflicht nicht möglich war, kam eine Erfassung werktätiger Jugend in den Lagern kaum in Frage. Infolge der Besserung der Wirtschaftskonjunktur und staatlicher Verordnungen, die eine Zusammenfassung von Schülern und Erwachsenen in gemeinsamen Lagern unmöglich machten, haben die Arbeitslager in den letzten Jahren eine fast rein studentische Belegschaft gehabt, die meist nicht größer war als zehn Mann, da auf den Stammhöfen die Unterbringung und Verpflegung größerer Gruppen meist auf Schwierigkeiten stößt. Die Arbeitslager, die in den Sommermonaten stattfanden, befaßten sich vorwiegend mit Entwässerungs- und Bodenverbesserungsarbeiten auf deutschen Stammhöfen oder in der Bauernsiedlung und konnten allein weder die steigende Nachfrage der deutschen Landwirte nach Arbeitskräften befriedigen, noch war in ihnen ein stärkerer Arbeitseinsatz der werktätigen Jugend möglich. Es bildete sich daher schon seit dem Herbst 1933 eine zweite Form des Landdienstes, der sog. „Sonntagslanddienst“ der werktätigen Jugend der Städte heraus. Dieser entstand vor allem als Erziehungsmittel der völkischen Jungmannschaft, die sich in diesen Jahren herausgebildet hatte, und wurde bald von den völkischen Gliederungen pflichtmäßig durchgeführt, erwies sich aber bald auch für die in der näheren Umgebung der Städte liegenden deutschen Höfe als eine spürbare wirtschaftliche Hilfe. Träger dieser Arbeit waren von Anfang an die „Selbsthilfe“ und die ihr angeschlossenen Formationen.

Da jedoch durch diese Art des Landdienstes nur die in der näheren Umgebung der Städte liegenden Höfe erreicht werden konnten, erwies sich die Einführung noch einer dritten Form des Landdienstes als notwendig, die wohl dem Landdienst, wie er heute von der HJ. im Reich durchgeführt wird, am ähnlichsten ist — des sog. Einzellanddienstes, bei dem die Dienstwilligen einzeln auf deutschen Höfen arbeiten. Diese Art des Landdienstes ist vor allem von der Mädelchaft aufgebaut worden, da die Nachfrage nach Helferinnen in den ländlichen Haushalten außerordentlich groß ist.

Die sich ergebenden Diagramme veranschaulichen die Entwicklung der drei Formen des Landdienstes in Estland:

Landdienst lager.

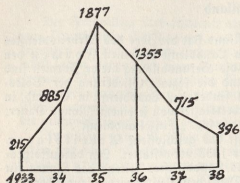


Diagramm 1

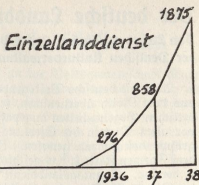


Diagramm 3

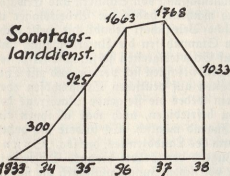


Diagramm 2

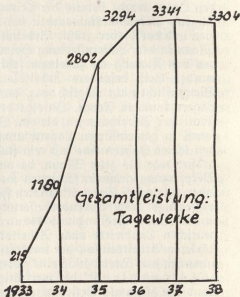


Diagramm 4

Diagramm 1 zeigt uns die durch das Wegfallen der Erwerbslosen und die Nichterfassung von Werttätigen schon seit dem Jahr 1935 anhaltende Schrumpfung der Lager. Sie ist aber auch mitbedingt durch die Auflösung der deutschen Jugendorganisation durch staatliche Verordnungen im Jahre 1937, seitdem der Einsatz von Schülern im Landdienst spürbar nachgelassen hat. Insgesamt sind in den Lagern in den sechs Jahren von 1933 bis 1938 neben anderen Arbeiten rund 12½ Kilometer Gräben ausgehoben und rund 2 Hektar Buschland gerodet worden.

Diagr. 2 verdeutlicht die gleichzeitige Leistungssteigerung des „Sonntagslanddienstes“, dessen Absinken seit dem letzten Jahr darauf zurückzuführen ist, daß die Kameraden und Kameradinnen der Mannschaft und Mädelschaft, die fast ausschließlich diese Form des Landdienstes getragen haben, in immer stärkerem Maße auf anderen Gebieten der Volkstumsarbeit eingesetzt werden müssen,

während die Auffüllung dieser Gliederungen durch den Nachwuchs in der letzten Zeit nicht mit der Erweiterung des Aufgabenkreises und dem Anwachsen der Arbeit Schritt gehalten hat. Eine wie große Bedeutung der Sonntagslanddienst für einzelne Höfe erlangen kann, ersieht man aus der Tatsache, daß auf einem Hof in der Nähe von Reval in den letzten Jahren rund 200 Tagewerke geleistet worden sind, was etwa der Halbjahresarbeit eines Knechts entsprechen würde.

Das Hochschnellen des Einzellanddienstes in Diagr. 3 ist, wie bereits gesagt, im wesentlichen durch den gesteigerten Einsatz der Mädchen bedingt. So zeigt uns Diagr. 4, daß die Gesamtleistung an Tagewerken in den letzten Jahren trotz des Wandels der Formen mehr oder weniger gleichbleibend geblieben und auf der Höhe von 3000 Tagewerken im Jahr stabilisiert worden ist, wobei in den 6 Jahren insgesamt rund 14 000 Tagewerke geleistet worden sind.

Darf sich auch die Volksgruppe mit dieser Leistung noch nicht zufrieden geben, so hält doch diese Leistung, verglichen mit der Gesamtzahl und ungünstigen Altersstruktur der Volksgruppe einen Vergleich mit anderen Volksgruppen jederzeit aus. Dabei ist außerdem noch zu berücksichtigen, daß außer dem Landdienst noch seitens der deutschen Sportvereine in Reval und Dorpat ein städtischer Arbeitsdienst beim Bau von Sportplätzen eingesetzt worden ist. So wurde z. B. im Jahre 1936/37 in Reval ein deutscher Sportplatz durch Abtragung einer Radrennbahn geschaffen, wobei rund 1600 Arbeitsstunden von der Sportjugend geleistet wurden, und ist im Herbst 1938 mit dem Bau einer neuen Sportanlage begonnen worden, bei der gleichfalls ein Teil der Erdarbeiten durch freiwillige Kräfte geleistet werden soll. (Im Herbst 1938 bereits rund 2000 Arbeitsstunden.) Hierbei gelangen auch ältere Kräfte zum Einsatz, die für den Landdienst nicht mehr in Frage kommen.

Die arbeitsmäßige Leistung und die Rentabilität der Landdienstarbeit wurde anfangs seitens der Landwirte skeptisch beurteilt, jedoch erwies es sich schon in den ersten Jahren, daß für den Landwirt der Einsatz von Landdienstleuten einen sicheren Gewinn bedeutet. Seitens der Leitung des Landdienstes wird nämlich vom Landwirt nur die Verpflegung und Unterbringung der Belegschaft verlangt, während die Beschaffung der Geräte, der Kleidung und die Aufbringung der Reisekosten dem Landdienst selbst oblagen. Da die Verpflegung je Mann und Tag in den Lagern sich außerdem nur auf rund 50 Ets. (rund 40 Kpfg.) stellt, die Arbeitsleistung eines Dienstwilligen bei 9 Stunden Arbeit aber in jedem Fall mit durchschnittlich 1 RM. veranschlagt werden kann, ist der Reingewinn des Landwirts vollkommen sichergestellt.

Zwecks Deckung der Gesamtkosten des Landdienstwerkes müssen jedoch alljährlich Beträge aus dem Etat der Volksgruppe bereitgestellt werden, da ein großer Teil der Dienstwilligen nicht in der Lage ist, die Fahrtkosten selbst zu tragen. Bei der kurzen Dauer der Lager und den Tagesausfahrten des Sonntagslanddienstes ist dieser Posten im Verhältnis zu der in dieser Zeit vollbrachten Arbeitsleistung natürlich ein recht hoher. Dennoch erweist sich bei einer Gesamtleistung von rund 3300 Tagewerken der Gesamtwert der geleisteten Arbeit als höher als die Kosten der Verpflegung und die seitens der Volksgruppe gezahlten Beihilfen zusammengekommen, so daß alljährlich das gesamte Landdienstwerk auch einen Reingewinn abwirft. Doch kann eine lediglich wirtschaftliche Betrachtung des Landdienstes diesem natürlich nicht gerecht werden, da seine erzieherische Leistung in Geld nicht abgeschätzt werden kann; denn neben der Arbeit

für die Bodenständigkeit der Volksgruppe in der Heimat durch die wirtschaftliche und arbeitsmäßige Hilfeleistung an die deutschen Landwirte auf ihren Höfen verfolgt der Landdienst vor allem auch einen *erzieherischen Zweck*, dient der praktischen Bewährung des Dienstgedankens, der Bindung der Jugend an die Heimat, der Achtung vor der körperlichen Arbeit und der Verwirklichung der Idee der Volksgemeinschaft in der Arbeitskameradschaft. In den ersten Lagern haben planmäßige Schulungen stattgefunden, heute steht meist die Arbeit ganz im Vordergrund, da die Dienstwilligen meist schon aus Gliederungen stammen, in denen sie bereits eine völkische Schulung genossen haben. Im Sonntagslanddienst fällt die Schulung ganz weg, dafür steht aber die Gemeinschafts- und Freizeitgestaltung mehr im Vordergrund. Gerade im Sonntagslanddienst bietet sich nämlich die Gelegenheit zur Pflege einer natürlichen volkstümlichen Geselligkeit, von Volkstanz und Brauchtum, denn meist fahren die Kameraden der Mannschaft gemeinsam mit den Kameradinnen der Mädel-schaft hinaus, um den Samstagabend und den Sonntag bei gemeinsamer Arbeit und Feier mit den landischen Volksgenossen zu verbringen.

Die Einführung einer allgemeinen, völkischen Arbeitsdienstpflicht ist bisher nicht möglich gewesen und wird wohl auch zunächst nicht möglich sein. Sie kann nur auf dem Wege angebahnt werden, daß immer mehr Organisationen und Gliederungen den Landdienst in ihren Dienstplan aufnehmen und ihre Mitglieder zur Teilnahme verpflichten. So kann der Arbeitsdienst auch nur organisch im Zuge der fortschreitenden Durchdringung der Volksgruppe mit dem Geiste der deutschen Weltanschauung und ihrer Durchgliederung im Sinne dieser Weltanschauung wachsen und sich fortentwickeln. Erst dann, wenn dieser Aufbau der Volksgruppe vollendet ist, wird auch der Landdienst zu dem werden können, was er eigentlich sein sollte — der großen Schule des Dienstes, der Arbeit und der Kameradschaft, durch die jeder junge Volksgenosse hindurchgehen muß, vor- dem er in das Berufsleben eintritt.

Erwähnt werden mag endlich noch, daß auch von estnischer, staatlicher Seite die Einführung einer Arbeitsdienstpflicht erwogen wird, wobei der Landdienst der deutschen Jugend auch in der estnischen Presse anerken- nende Erwähnung gefunden hat. Wann diese Pläne zur Durchführung gelangen sollen, ist zur Zeit noch unbekannt, doch wird die deutsche Volksgruppe bestrebt sein, im Falle einer staatlichen Regelung der Frage die Erhaltung und den Aus- bau des deutschen Arbeitsdienstes im Rahmen des staatlichen sicherzustellen.

Vom Deutschen Arbeitsdienst und Landdienst im Ausland



Ein Bildbericht von der Selbsthilfe der deutschen Jugend
in Estland, Lettland, Rumänien, Sudetendeutschland und Übersee



Die Mannschaft
steht zum Dienst
bereit



Aus der Arbeit . . .

. . . am großen Graben





Rodung



Der Sportplatz

Der Landdienst





Schulung

und

Freizeit



Der deutsche Landdienst in Lettland

Von Heinrich Bosse, Riga

Die Entwicklung des baltendeutschen Landdienstes beginnt im Jahre 1932, als erstmalig Königsberger Studenten gemeinsam mit deutschen Studenten, Junglehrern usw. in der deutschen Bauernsiedlung *Hirschenhof* ein Treffen veranstalteten, dem die Königsberger die Form eines bündischen Arbeitslagers zu geben wußten. Veranstalter und Träger auf baltischer Seite war der *Verband deutscher Jugend in Lettland*. Sinn dieses Treffens war eine gegenseitige Aussprache und Fühlungnahme. Ich entsinne mich noch deutlich der etwas kühlen Reserve, mit der wir baltischerseits an das Unternehmen herangingen. Aber die gemeinsame Arbeit auf den deutschen Höfen, wo wir als Erntehelfer mit anpackten, das gemeinsame Leben, die Aussprachen und Singstunden ließen dieses Eis bald schmelzen. Wir schieden voneinander mit dem festen Vorsatz, derartige Treffen auch in den kommenden Jahren zu veranstalten. Tatsächlich konnte auch noch im folgenden Sommer 1933 ein zweites Lager gemeinsam mit reichsdeutschen Studenten durchgeführt werden. Doch blieb es das letzte dieser Art. Eine gewaltige Aufregung der lettischen Presse, Verdächtigungen, mißtrauische Umfragen der Behörden zwangen dazu, den angebahnten Weg gemeinsamer Arbeitslager mit reichsdeutschen Kameraden aufzugeben.

Nicht aufgegeben wurde die Planung eines Landdienstes der baltendeutschen Jugend.

Schon die Erfahrungen des ersten Hirschenhöfer Arbeitslagers lösten den Willen aus, unabhängig von zu veranstaltenden gemeinsamen Lagern mit reichsdeutschen Teilnehmern, das Kameradschaftserlebnis des gemeinsamen körperlichen Einsatzes in die Arbeit am Heimatboden für die Erziehung der baltendeutschen Jugend in einem breiteren Maße auszuwerten. Daraufhin wurden vom Verbande deutscher Jugend bereits im Sommer 1933 neben dem erwähnten großen Lager in Hirschenhof zwei kleinere baltendeutsche Arbeitsgruppen mit einer Belegschaft von je 12 Mann und einer Dauer von vier Wochen auf einem deutschen Einzelhofe und einer anderen Bauernsiedlung in Livland angelegt. Daß der Gedanke gezündet hatte, zeigte auch ein kurzes Ferienlager des *Windauschen Gymnasiums* im Frühjahr und ein durch mehrere Monate laufendes Arbeitslager der *Deutschbaltischen Volksgemeinschaft* in Lettland bei Riga im Herbst vorigen Jahres. Beschäftigt wurden im letzteren vor allem jugendliche Arbeitslose bei Erdarbeiten auf einem Sportgelände unter starker Beteiligung der deutschen Studentenschaft.

Ab 1934 wurde die ganze Landdienstplanung endgültig beim Verbande deutscher Jugend zentralisiert. Eine einheitliche Leistung wird geschaffen, die Ausbildung der Lagerführer in Angriff genommen. Alle Versuche, die sich im Verlaufe der innerdeutschen Spannungen auch späterhin geltend machten, die einheitliche Führung und Planung des Landdienstwerkes aufzuschlagen und zu spalten, waren zum Scheitern verurteilt. Ausschlaggebend war letztlich der Wille der Jugend selbst. Wenngleich eine Reihe von Gruppen zeitweise der Verbandsführung die Gefolgschaft aus Gründen weltanschaulicher Vorbehalte verweigerte, so gelang es doch von Jahr zu Jahr erneut, den gemeinsamen Leistungseinsatz an diesen politischen Differenzen nicht zerbrechen zu lassen. Und tatsächlich ist gerade in jenen Jahren schwerer innervölkischer Auseinander-

setzungen der Landdienst es gewesen, der in der gemeinsamen Arbeitskammeradschaft aller wirklich tatwilliger Kräfte der Jugend jedesmal eine außerordentliche Entgiftung der Atmosphäre gebracht hat. Voraussetzung blieb freilich der zähe und unnachgiebige Wille, die Führung des Werkes nicht aus der Hand zu geben, keinerlei Sonderunternehmungen zu dulden und im entscheidenden Punkte: der nationalsozialistischen Ausrichtung der Jugendarbeit keine Kompromisse einzugehen. An dieser Linie wurde festgehalten, auch als die Verantwortung für das Landdienstwerk vom Jugendverbände an die völkische Zentralorganisation, die Deutschbaltische Volksgemeinschaft in Lettland, überging. Denn mit dem Werk selbst mußte auch die Führung übernommen werden. Es hat in der Folgezeit an Belastungsproben nicht gefehlt. Die Arbeit selbst ist dadurch nicht behindert worden. Und als im Herbst 1937 die Befriedung der Volksgruppe gelang und damit die Anerkennung der aktiven Kräfte und ihrer Arbeitsrichtung erfolgte, bedeutete dies für die gesamte Landdienstarbeit nur die Bestätigung der einmal als vorbildlich erkannten Zielsetzung.

*

Seit dem ersten Studentenlager des Jahres 1932 hat das Landdienstwerk der deutschen Jugend in Lettland in sechs Jahren genau 90 Lager durchgeführt. Erfast wurden im Arbeitseinsatz etwas über tausend Landdienstwillige *), d. h. rund ein Sechzigstel der gesamten Volksgruppe. Viele davon haben zwei, einige auch drei Sommer hintereinander im Lager gearbeitet. Darüber hinaus wurden 1937 und 1938 insgesamt 7 Pimpfen- und Jungmädellager veranstaltet, die weiter 70 Mädel und Jungen erfassten. Insgesamt zeigt sich als Ergebnis dieser Arbeit, daß ein beträchtlicher Teil der baltendeutschen Jugend und jungen Mannschaft heute bereits durch den freiwilligen Landdienst gegangen ist. Für die völkische Strafung und willensmäßige Ausrichtung dieser Jugend ist der Landdienst eines der wesentlichsten Prägemitel geworden.

Für die Durchführung des sommerlichen Landdienstes haftet die Landdienstleitung, die dem Landamt der Deutschbaltischen Volksgemeinschaft in Riga angegliedert ist. Bei ihr laufen die Gesuche und Nachfragen der deutschen landischen Wirtschaften ein, die mit Hilfe des Landdienstes dringliche Kultivierungsvorhaben durchzuführen beabsichtigen. Den Gesuchen ist, soweit es sich um Meliorationen handelt, ein vom Kulturtechniker ausgefertigter Meliorationsplan beizulegen. Die Sichtung der eingelaufenen Anfragen nach der Dringlichkeit erfolgt in Zusammenarbeit und auf Grund von Gutachten der landständischen Sacharbeiter des Amtes. Neben rein wirtschaftlichen Erwägungen spielen völkspolitische Gesichtspunkte bei der Bewilligung einer Landdienstgruppe eine wesentliche Rolle. Die Erfahrung der verstrichenen Jahre hat gelehrt, eine wie große Bedeutung gerade in den noch vielfach verschlossenen Bauernsiedlungen oder dem von der nächsten deutschen Nachbarschaft auf ein Duzend Kilometer und mehr entfernten deutschen Stammhof dem Landdienst in völkischer Hinsicht zukommt. Aber das Zusammenleben mit der frischen, straffen Landdienstgruppe mit ihrer jugenhaften Arbeitsfreude, ihren Liedern

*) Die Kartei zählt ab 1934, wo sie einsetzte, 501 Burschen und 458 Mädchen, also zusammen 959. Nicht mehr genau erfassbar sind die Belegschaften der Lager 1932 und 1933. Die Gesamtzahl muß auf etwas über 1000 geschätzt werden.

und Heimabenden hat so mancher vereinsamte und abgeschlossene, der schweren Alltagsarbeit lebende deutsche Hof, so manche passive deutsche Bauernsiedlung ihre Eingliederung in die große Gemeinschaft der Deutschen erlebt. Der Landdienst als junger Vortrupp der werdenden aktiven Volksgemeinschaft unter dem deutschen Landstande hat in den ihm zugewiesenen Aufgaben nicht versagt.

Die Dauer eines Landdienstlagers beträgt heute fast durchweg einen Monat (Juni, Juli oder August), und zwar in Abhängigkeit von der festgesetzten Verpflichtung auf mindestens vier Wochen. Dies gilt für ältere Schüler und Studenten, bei Berufstätigen ist die Frist auf zwei Urlaubswochen bestimmt. Schon durch die Einstellung der Berufstätigen, die alljährlich ein reichliches Drittel der Landdienstwilligen ausmachen, ergeben sich nicht geringe organisatorische Unbequemlichkeiten, da die Festlegung des Jahresurlaubs ja nur in den seltensten Fällen von den Gemeldeten selbst abhängig ist. Die Durchführung längerer Lager brachte nun sehr häufig ein stärkeres Wechseln des Bestandes, das weder der Arbeitsleistung noch der festen Kameradschaftserziehung im Lager zuträglich ist. Somit ist allmählich davon Abstand genommen worden. Ebenso hat sich die Stärke der durchschnittlichen Belegschaft mit einem Normalbestande von 12 Mann durchgesetzt. Dies ist die Zahl, die erfahrungsgemäß am besten noch von Lagerführern bei der Arbeit überwacht werden kann. Versuche mit stärkeren Lagern zeigten, daß dabei der Leistungsdurchschnitt der Gruppe bald zu sinken begann. Hierzu kam die Rücksichtnahme auf die letzte Nachbarschaft und die örtlichen Polizei- und Gemeindeorgane, die in umfangreicheren Lagern sofort verdächtige „hitleristische“ Machenschaften und getarnte „militärische Übungen“ witterten.

Daß der Lagerführer bei der Arbeit vornweg zu sein hat, ist ein Grundsatz des baltendeutschen Landdienstes. Wie er nebenher Schulungen, Singstunden, Heimabende fertigbringt, das Lagerbuch führt, auf das Gerät achtet und seine Gruppe in straffer Disziplin hält, ist seine Sache. Es hat eben zu klappen. Tatsächlich sind die Anforderungen, die im Laufe dieser vier Wochen an den Führer gestellt werden, außerordentlich hoch. Mit dem Nachmittagschlaf ist es meist nichts, und es ist eigentlich ein alljährlich wiederkehrendes Erlebnis, daß ein guter Lagerführer nach ordnungsgemäßigem Abschluß seines Lagers sich zurückmeldet, mit der Mitteilung, er stehe zum nächsten Jahr wieder zur Verfügung, „aber eigentlich lieber als Landdienstmann“. Das möchte ich doch gern mal erleben, wie ein anderer sich mit dem Kram plagt, und ich schreie höchstens „Sawoll“, wo es nötig ist. Und doch, wenn es darauf ankommt, führt er im nächsten Sommer seine Gruppe wieder und kehrt braun, etwas hager im Gesicht, aber mit stolzen frohen Augen zurück: eine harte, selbsttätige Führerschulung ist der Landdienst für die deutsche Jugend- und Mannschaftsarbeit.

Während der Dauer des Lagers lebt die Landdienstgruppe auf dem Hofe als selbständige Arbeitskolonne. Abgesehen von den in manchen Bauernsiedlungen zur Erntehilfe angeordneten Mädelgruppen, hat die Gruppe als solche an den laufenden landwirtschaftlichen Arbeiten des Hofes keinen Anteil, es sei denn, daß sie bei drohendem Regen rasch das Heu einbringen hilft oder hier und da einzeln in der Freizeit sich den Bauern zur Verfügung stellt. Die Gruppe als Ganzes übernimmt die Durchführung einer bestimmten Melioration oder Kulturarbeit, meist Rodung oder Entwässerung, in Einzelfällen auch wohl einen Wegebau oder dergleichen. Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden, vom Morgen bis zum Vesper, mit einer längeren Mittags-

pause, der Rest des Tages bleibt der Freizeitgestaltung. Die Leistung der Gruppe wird zu festgesetzten Normen, die etwa ein Drittel unter dem freien Arbeitsmonatspreis liegen, verrechnet. Die Verrechnung erfolgt nach Möglichkeit bargeldlos, indem der Betrieb seinerseits die zum Unterhalt nötigen wirtschaftseigenen Lebensmittel stellt. Der Überschuss ist dann nachträglich an die Landdienstleitung zu erstatten.

Ansehung der Gruppe gegen freie Verpflegung erweist sich bei näherer Betrachtung als weniger günstig. Bei der wechselnden Stärke, dem verschiedenen Alter und der verschiedenen Arbeitsleistung der Gruppen, entstünden dabei allzuleicht große Ungerechtigkeiten; vor allem aber ist so der Betrieb in die Lage gesetzt, bereits vorher eine klare Kalkulation durchzuführen. Daß schließlich im Falle eines leistungsmäßigen Fehlschlages *) die Landdienstleitung selbst die Trägerin des entstehenden finanziellen Risikos ist, bedeutet eine gewisse Sicherung des Prestiges der Arbeit.

Da die Verpflegung vom Lager selbst getragen wird, ist jeder männlichen Landdienstgruppe ein kleines Wirtschaftskommando von zwei bis drei Mädeln zugewiesen, die die Gruppe zu „bekochen“ und zu „bewaschen“ haben. Erstaunlich sind die im großen und ganzen ausgezeichneten Erfahrungen, die mit dieser Regelung gemacht wurden. Die manchmal ausgesprochenen Bedenken, ein solches Zusammenleben müsse zu einer Verschärfung des straffen Lagertones führen, haben sich als unbegründet erwiesen. Im Gegenteil bedeutet die Rücksichtnahme auf die Wirtschaftsmädel eine durchaus erwünschte Bremse gegen das Einreißen eines zu derbnächtigen Umganges; für die Mädchen selbst aber stellt die Verantwortung, vier Wochen für die Gruppe wirtschaftlich sorgen zu müssen, ohne den angewiesenen Verpflegungssatz zu überschreiten und andererseits den Arbeitskameraden doch ein anständiges Essen vorzusetzen, ein „hauswirtschaftliches Praktikum“ dar, das gewiß oft nicht leicht, im Ergebnis aber von großer Bedeutung ist. Daß genau wie bei den Lagerführern auch für die Wirtschaftsleiterinnen eine gründliche Schulung und Vorbereitung im Winter vorausgeht, versteht sich von selbst.

*

Der zahlenmäßige Einsatz des Landdienstes hat sich in den letzten Jahren als ziemlich feststehend erwiesen. Allsommerlich konnten rund 300 Jungen und Mädel angesetzt werden. Auch die Zahl der Lager mit insgesamt etwa 18 bis 20 hat wenig geschwankt. Im verflossenen Sommer wurden 5320 Tagewerke abgeleistet, wozu 1160 Pimpfen- und Jungmädeltagerwerke kamen, insgesamt also rund 6500. Geschafft wurde dabei von den Jungengruppen:

8,5 Hektar Rodungen,

8,6 Kilometer Gräben mit 3100 Kubikmeter Erdbewegung.

Das Leistungsergebnis der acht Mädelgruppen läßt sich zahlenmäßig natürlich nicht ausdrücken.

Erfast wurden 146 Jungen, 138 Mädel und 58 Pimpfe und Jungmädel. Ein kleiner Teil dieser Landdienstwilligen, in erster Linie handelt es sich um ältere Mädel, wurde dabei als Einzellandhelfer auf deutschen Höfen angesetzt, die durch das Ausfallen von Arbeitskräften in Bedrängnis geraten waren. Auch in Zukunft wird ein solcher Einzellanddienst immer wie-

*) Die ganze Entwicklung zeigte bisher 4 solcher Fälle unter 91 Lagern!

der in bestimmten Fällen bewilligt werden müssen. Zur Norm soll er nicht werden. Das Erziehungsziel des Landdienstes bleibt stets die Kameradschaft der geschlossenen Arbeitsgruppe. Immer nur einzelne, bereits erprobte und besonders tüchtige Arbeitskräfte kommen zur Verteilung als Landhelfer in Frage.

Sinnfichtlich der Werbung der Landdienstwilligen fußt das ganze Werk heute noch in allerweitestem Maße auf der organisierten Jugend, vor allem auf der Deutschen Jungen- und Mädchenschaft. Erst sehr allmählich beginnt die Erfassung der bisher mehr abseits stehenden Jugend über Schule und Nachbarschaften, ist es doch eigentlich erst ein Jahr her, daß der Landdienst als solcher seine endgültige Anerkennung erlebte und seine passive und sogar aktive Anfeindung seitens mancher Kreise der Volksgruppe ihr Ende gefunden hatte. So waren noch im Jahre 1938 nur 16 v. H. der Jungen und 20 v. H. nicht innerhalb der aktiven Jugend organisiert. Doch wird der kommende Sommer voraussichtlich einen anderen Hundertsatz bringen.

Eine gewisse Sorge konnte zeitweise auch aus der Erwägung entstehen, daß die starken und lebendigen Impulse, die den Landdienst seinerzeit zum Einsatzfeld der ausbruchsbereiten Jugend machten, mit der zunehmenden Verdrängung aller revolutionär lodernden Lösungen zu selbstverständlich-schlichten Begebenheiten abebbten könnten. Die Gefahr mag tatsächlich auch bestanden haben. Sie wurde überwunden durch den Gedanken der selbstverständlich abzuleistenden völkischen Dienstpflicht, der die erste Begeisterung innerhalb der Jugend und ihrer festgesetzten Gliederungen ablöste. Hierbei zeigte sich, wie wichtig es gewesen war, von Anfang an eine klar umrissene Mindestfrist festzusetzen und vor allem eine Gleichsetzung des Landdienstes mit dem freiwilligen Arbeitsfahreneinsatz der einzelnen Gliederungen zu vermeiden. Die Gefahr, daß der Landdienstgedanke als vorübergehende völkische „Modeidee“ verpuffen könnte, ist heute endgültig überwunden.

Einer weiteren Verlagerung des Landdienstes auf das Gebiet der reinen Jugendarbeit ist endlich durch die ab 1939 geschaffene Regelung vorgebeugt worden. Danach übergibt die Landdienstleitung die von ihr zuerst ins Leben gerufenen Pimpfen- und Jungmädellager der Jugendführung und setzt gleichzeitig die Mindestaltersgruppe von 16 auf 17 Jahre herauf. Das bedeutet zwar für ein Jahr einen merklichen Ausfall an Landdienstwilligen, gewährleistet aber eine noch stärkere Leistungssteigerung. Gerade weil die von unten heranwachsenden Jahrgänge den stärksten Anteil der Arbeitswilligen ausmachen, mußte dem vorgebeugt werden, daß zu junges Menschenmaterial auf einer körperlichen Entwicklungsstufe bereits in den Landdienst ging, die größere Leistungsansprüche zu stellen verbot. Nicht das fröhliche Lagerleben ist der Hauptinhalt der Landdienstterziehung, sondern der kameradschaftliche Einsatz, der vom Leistungsgedanken nun einmal nicht zu trennen ist.

Es ist bislang vom Landdienst vor allem als völkischem Erziehungsfaktor gesprochen worden. Und mit Grund. Gerade weil bei den außerordentlichen Schwierigkeiten von behördlicher Seite eine wirkliche Mannschafts-erziehung, die bereits im Reiche zur Grundlage aller nationalsozialistischen Menschenformung geworden ist, so außerordentlich behindert wird, bedeutet die straffe Arbeitskameradschaft der Landdienstgruppe für die ganze

Mannschaft der Volksgruppe einen wichtigen, aus dem heutigen Erscheinungsbilde der deutschen Jugend gar nicht mehr wegzudenkenden Erbsatz.

Nicht minder bedeutsam ist die Hinführung der überwiegend städtischen Jugend auf das flache Land, mitten in den schweren Daseinstampf der landständischen Deutschen hinein. Man soll mit Schlagworten, wie Bodenständigkeit, Heimkehr zur Scholle und ähnlichem, nicht um sich werfen. Vier Wochen Grabenziehen oder Stubbenroden bedeuten da herzlich wenig. Und doch geben sie den in die Stadt zurückkehrenden Burschen und Mädels eine feste Beziehung wenigstens zu einem Fleckchen des Heimatbodens, in den nun der Schweiß von einigen Wochen versickert ist. Und wenn Landdienstjungen später immer wieder nach der Arbeitsstätte fragen: was wohl der Graben mache, ob er auch gründlich Wasser ziehe, ob das Rodeland bereits umbrochen sei und was darauf wachse, wenn sie an Urlaubstagen auch wohl hinausfahren auf den Hof, der sie einmal in ihrem Landdienstmonat beherbergte, so sind das doch alles kleine Zeichen dafür, daß tatsächlich diesem neuen Geschlecht der Boden, die Heimatsscholle wieder nähergerichtet ist, als vielleicht noch ihren Eltern in der Stadt.

Das wichtigste aber ist das Bewußtsein, durch den eigenen Arbeitseinsatz hineingestellt zu sein in den harten Kampf der Volksgruppe um die Erweiterung des künstlich beschränkten Lebensraumes. Grund und Boden neu zu erwerben ist den Deutschen Lettlands heute so gut wie unmöglich gemacht worden. Aber noch immer liegen Tausende von Hektaren versumpfter Wiesen, Strauch- und Stubbenländer auf deutschen Wirtschaften brach, die ja Kulturland werden könnten, ständen nur die erforderlichen Mittel und Arbeitskräfte zur Verfügung. Jeder einzelne Hektar nur kultivierten Bodens auf einem deutschen Hof ist eine Erweiterung des landständischen deutschen Lebensraumes, und auf dieser Front der Arbeit tritt heute die Landdienstjugend der deutschen Volksgruppe Lettlands zur freiwilligen Dienstpflicht an. Damit erhält der Landdienst seine volkspolitische Bedeutung. Gewiß sind die ersten Fundamente gelegt, Rückschläge mögen noch manches zerstören. Das Ziel aber steht klar vor Augen: die völkische Dienstpflicht der deutschen Jugend in der Arbeit am Heimatboden und im Ringen um den Lebensraum der Volksgruppe.

Nordschleswig

Nationalsozialistische Aufmärsche in Sonderburg und Tondern — Deutsche treten der kommunistischen Agitation entgegen — Der Abstimmungstag im Zeichen des Bekenntnisses der deutschen Jugend — Abschiedsworte Pastor Schmidts — Der Dammbau nach Röm — Parteiführer Dr. Möller führt die deutsche Liste

Anläßlich der sechsten Wiederkehr des Tages der Machtergreifung veranstaltete die NSDAP. Nordschleswig am Sonntag, den 29. Januar, in Sonderburg und in Tondern zwei große Aufmärsche. An beiden Aufmärschen nahmen etwa 1100 Parteigenossen teil. Die Aufmärsche, die durch die Hauptstraßen der beiden Städte führten, machten infolge der disziplinierten Haltung der Teilnehmer auf die vielen Zuschauer sichtlichen Eindruck. Da das Mitführen entrollter schwarz-weiß-roter Halantkreuzfahnen durch die Polizei verboten war, wurden lediglich die schwarz-weißen Sturmflaggen entrollt mitgeführt. In Sonderburg sprach anschließend an den Marsch der Parteiführer Dr. Möller, während in Tondern Kreisleiter Hansen das Wort ergriff.

Die beiden nächsten Sonntage standen im Zeichen der Vorbereitung für die Wahl zum Folketing, dessen Termin nunmehr auf den 3. April festgesetzt ist. Am Sonntag, den 5. Februar, traten in Tingleff die Amtswalter der NSDAP. Nordschleswig zusammen, während am 12. Februar in Tondern eine Redner- und Presseschulung stattfand.

An wichtigen Veranstaltungen aus der letzten Zeit sind insbesondere zu erwähnen die Fahnenweihe der Ortsgruppe der NSDAP. Nordschleswig in Sørborg, die mit einem Werbefest der Jugend verbunden war, sowie ein Deutscher Abend in Sommerstedt (Kreis Hadersleben), der einen so überraschend starken Besuch aufwies, daß er das bisher größte deutsche Treffen des Landkreises Hadersleben darstellte.

*

Die dänischen Äußerungen zur kommenden Folketingswahl sind hauptsächlich auf den Gedanken abgestimmt, wie man es verhindern könne, daß den Deutschen ein zweites Mandat zufällt. Aus diesem Grunde ist sogar der Vorschlag gemacht worden, in ganz Nordschleswig von den Kommunisten bis zu den Konservativen nur eine einzige dänische Liste aufzustellen. Jedoch ist dieser Plan an dem Egoismus der einzelnen Parteien gescheitert. Lediglich die Kommunisten, die sich in der letzten Zeit in Nordschleswig in starkem Rückgang befinden, haben sich zu dem Schritt entschlossen, ihre Anhänger in Nordschleswig aufzufordern, auf die sozialdemokratische Liste zu stimmen. Um diesen Schritt zu begründen, den viele nicht verstehen, weil Kommunisten und Sozialdemokraten sich im Folketing heftig bekämpfen, haben die Kommunisten in Nordschleswig eine Reihe von Versammlungen angestellt, deren erste fast völlig von deutschen Gegenrednern beherrscht war. In Apenrade, wo am 7. Februar eine kommunistische Versammlung stattfand, — 500 Leute hatten sich aus diesem Anlaß zusammengefunden, dazu ein starkes Polizeiaufgebot —, traten Kreis-

leiter J e p S c h m i d t, Assessor R u d o l f S t e h r und Kreisleiter P a y s e n dem kommunistischen Redner in wirkungsvoller Weise entgegen. Als solcher war der Kommunistenhauptling A k s e l L a r s e n aus Kopenhagen in höchst eigener Person erschienen. Eine weitere kommunistische Versammlung fand am 19. Februar in S c h e r r e b e k an der Westküste Nordschleswigs statt, wo Kreisleiter P a y s e n allein sechs sozialdemokratischen und kommunistischen Rednern entgegentrat. Aus diesen Versammlungen geht deutlich hervor, daß Nordschleswig das Kampffeld der beiden Weltanschauungen geworden ist, die sich augenblicklich in der ganzen Welt gegenüberstehen, und daß die deutschen Nationalsozialisten Nordschleswigs die energischsten Vorkämpfer für die Eindämmung der roten Flut sind. Sie sind sich dabei bewußt, daß sie nicht nur dem deutschen Volk einen Dienst tun, sondern auch im Sinne einer deutsch-dänischen Annäherung wirken.

*

Der nordschleswigsche Abstimmungstag, der 10. Februar, pflegt von dänischer Seite stark gefeiert zu werden. In diesem Jahr waren im ganzen Lande etwa 100 Versammlungen an diesem Tage angesetzt. Allein im dänischen Rundfunk wurden drei Abstimmungsfeiern übertragen. Auf deutscher Seite stand dieser Tag im Zeichen des Beginns einer Werbeaktion der deutschen Jugend. Schon im vorigen Jahre hatten die Deutsche Jungenschaft Nordschleswig und die Deutsche Mädchenschaft Nordschleswig damit begonnen, am 10. Februar den Auftakt einer Werbeaktion festzusetzen, die sich bis zum 14. März, dem Abstimmungstag in der zweiten schleswigschen Zone, erstreckte. In diesem Jahr fand der Beginn der Werbeaktion der Jugend am 10. Februar in R o t h e n k r u g bei Apenrade statt. Vor einem gedrängt vollen Saal sprachen hier Parteiführer Dr. M ö l l e r, Landesführer J e f B l u m e und Landesführerin C h r i s t i n e S a k o b s e n. Die Werbeaktion ist gedacht als ein Appell an alle deutsche Eltern, ihre Jungen und Mädchen den Gliederungen der deutschen Jugend zuzuführen, damit sie hier in kameradschaftlichem Geist erzogen werden.

*

Pastor S c h m i d t - W o d d e r, der die deutsche Volksgruppe Nordschleswigs seit dem Jahre 1920 im Folketing vertreten hat, hat erklärt, daß er zur nächsten Wahl nicht wieder zu kandidieren wünsche. Pastor Schmidt, der in diesem Jahr das 70. Lebensjahr vollendet, hat aus Anlaß seines Rücktritts eine Broschüre herausgegeben unter dem Titel „D a s n a t i o n a l e R i n g e n i n N o r d s c h l e s w i g“, worin er einen Rückblick gibt über die Jahre seines parlamentarischen Wirkens und gleichzeitig einen Ausblick in die Zukunft bietet. Am Anfang seiner Schrift erklärt Pastor Schmidt, man dürfe das Wort „zum Abschied“ nicht verkehrt auffassen. Er sei nicht müde und sehne sich nicht nach einem Feierabend. Er werde Nordschleswig nicht aus dem Auge verlieren. Weiter zu wirken für Volk und Heimat sei sein Lebenselement, auch wenn er nicht mehr Abgeordneter sei und sich in die Stille des Privatlebens zurückziehe. Aber wer zu lange auf einem Posten bleibe, hemme zu leicht das junge Geschlecht, den ganzen Ernst der Verantwortung auf seine Schultern zu nehmen. Im weiteren Verlauf der Schrift dankt Pastor Schmidt der deutschen Volksgruppe für das Vertrauen, das sie ihm seither erwiesen habe. Er dankt besonders der Jugend für ihren Einsatz und dankt auch seinen dänischen Geg-

Ein historisches Dokument

Über die Bedeutung des Dokuments schreibt uns ein Kenner der nordschleswigischen Frage

Statsminister Neergaard hilser paa Regeringens Begne Sønderjylland.

Deres Majestæter, Deres kongelige
Højheder, Landsmænd fra Nord og
Syd!

Det er mig en kær Pligt paa den danske
Regerings Begne at takke for de Velkomst-
ord, der blev rettet til os. Ja, Tal fylder
vort Sind i disse Tventyrets Dage, hvor
vi drager med Kongen ind i det gamle dan-
ske Sønderjylland. (Stærke Hør!) Hvor vi
kommer hen, fyldes vore Hjarter med Glæ-
de og Taknemlighed over den Jubel, den
Trofasthed med Kongen, mod vort gamle
Land. Hvor har vi følt, at vi er i et stærkt
og livskraftigt Land. Det maatte ofre 6000
Sønner, men det rejste sig igen med Genfs-
belsens Styrke. Det Folk, vi har set i Ju-
bel og Vælsølelse, er et Folk med Livskraft
og Styrke.

Vi er vandret herop ad alle Danstes
Smertensvej, den Vej, de tapre Mænd i
1864 vandrede. De viste den faste Vilje til
at bærge den sidste Rest af Sønderjyllands
Jord. Dem skulder vi Være og Tal. Der-
for er vi glade for at se Veteranerne iblandt
os i Dag. Alt, der er vokset og trivedes
her, vilde ikke være vokset, hvis Blodofret
ikke var bragt, hvis der ikke var kæmpet med
Gæd om, at dette Blod ikke var ofret for
gædet.

Men det er ikke en ublandet Glædesdag.
En bitter Smerte maa trods al Glæde fyl-
de vort Sind for dem, der har kæmpet saa
trofast. Paa Regeringens og hele det dan-
ske Folks Begne siger jeg: De skal ikke
blive glemt! (Vifald) Det er en
Vædspligt for enhver Regering at støtte
dem og af hderste Gode opretholde Sprog
og Følelighed, som de har ofret taprest for.

Dage som disse falder med Ansvar
rets Magt. Hvor har ikke Sønderjyder-
ne længtes mod denne Dag? Men den
paalægger hver af os en Pligt. Vi taler
om Genforening. Sagen er, at aldrig i
vor Lufindaarige Historie har Sønderjyl-
lands været et med Danmark. Først nu
sker det efter Sønderjydernes egen lykkelige
Vilje.

Det er en Vædsforpligtelse at have vort
danske Sprog i Grænselandet. Men vi har
ogsaa en anden Vædspligt: Vi krævede
Retten i Trængselens Dage, —
den samme Ret vil vi give dem,
der mod deres Vilje kom med til
Danmark. (Stærke Hør.)

Der oben wiedergegebene Ausschnitt aus der dänischen Zeitung „Hjemdal“ (Nr. 153 vom 12. Juli 1920) enthält einen Bericht über die Rede des dänischen Ministers Neergaard, die dieser am 11. Juli 1920 bei der Begrüßung des dänischen Königs auf Düppel hielt. Der dänische Minister erklärte in dieser Rede:

„Wir sprechen von Wiedervereinigung: Die Sache steht so, daß niemals in unserer tausendjährigen Geschichte Südjütland (Nordschleswig) mit Dänemark eins gewesen ist.“

Die Feststellung Neergaards ist nicht nur deswegen bedeutsam, weil sie in einer besonders feierlichen Stunde von dem Ministerpräsidenten Dänemarks abgegeben wurde, sondern auch weil Neergaard Historiker war und sich gerade mit den Ereignissen des 19. Jahrhunderts besonders eingehend beschäftigt hatte. Seine Feststellung pflegt zunächst auf das staatsrechtliche Verhältnis Schleswigs zu Dänemark bezogen zu werden, das ja in der Tat seit der Frühzeit am Ende der germanischen Wanderungen Schleswig immer in einer Sonderstellung innerhalb oder neben dem dänischen Staatsverbände zeigt. Es ist jedoch ein Irrtum, der von reichsdänischer Seite oft begangen wird, wenn man meint, daß sich die Feststellung Neergaards nur auf das staatsrechtliche Verhältnis bezogen hätte. Sie gilt ebenso sehr — und für die Neuzeit sogar noch in erhöhtem Grade — für das nationalepolitische Verhältnis des am Beginn des 18. Jahrhunderts in dieser Beziehung rein deutschen Herzogtums. Bei den ersten schleswigschen Ständewahlen 1834 — d. h. also am Beginn des Deutsch-dänischen Nationalitätenkampfes — gibt es in Schleswig überhaupt keine dänische Partei. Sämtliche 1834 gewählten Abgeordnete waren schleswig-holsteinisch gesinnt, und als sich dann unter der Führung des bisher deutschen Abgeordneten P. H. Lorenzen bei den zweiten Wahlen 1840 eine dänische Gruppe von sieben Abgeordneten bildet, fällt diese bei der ersten Kraftprobe auseinander, weil die Bevölkerung Schleswigs ihr die Gefolgschaft verweigert. Als auch Lorenzen sein Haderslebener Mandat niederlegen muß, wird an seiner Stelle wieder ein Schleswig-Holsteiner gewählt.

Der ganze Nationalitätenkampf in Schleswig ist daher von Reichsdänemark ins Land getragen und hat erst durch die von Dänemark gewollten kriegerischen Lösungsversuche zur nationalen Spaltung Nordschleswigs geführt. Daher lehnte Dänemark sowohl 1848 und 1864 als auch 1918 bis 1920 alle schleswig-holsteinischen, preussischen oder deutschen Angebote einer friedlichen unmittelbaren Verständigung auf Grund des Volkswillens ab. Es erreichte durch den dreijährigen Krieg gegen Schleswig-Holstein 1848 bis 1850 die Dänisierung großer Teile Nordschleswigs. Es rächte sich für den leichtfertig durch gewollten Bruch des Völkerrechts heraufbeschworenen Krieg von 1864 durch eine bis zum heutigen Tage andauernde Verleumdung aller preussisch-deutschen Erneuerung als Ausdruck brutaler Gewalt. Es ging 1919 trotz skandinavischer Warnungen unter brüster Ablehnung aller deutscher Verständigungsangebote nach Paris und ließ sich hier schenken, was es aus eigener völkischer Kraft nicht erhalten und begründen konnte. Daher hat auch diese Versailler Entscheidung das Verhältnis Schleswigs zu Dänemark nie auf eine saubere Grundlage zu stellen vermocht. Nicht einmal staatsrechtlich ist die Verbindung eine unbelastete, da sich Dänemark im Pariser Vertrag vom 5. Juli 1920 bei dem ohne Beteiligung Deutschlands erfolgten Erwerb der Souveränität über Nordschleswig die Bedingung auferlegen ließ, daß es über die so erworbenen Gebiete nicht ohne Zustimmung des Völkerbundes weiter verfügen dürfe. Daß sich aus der Zuteilung Schleswigs an Dänemark auch keine neue völkische Gemeinschaft entwickelt hat, ist so vor aller Welt deutlich, daß schon der britische Generalsekretär der schleswigschen Abstimmungskommission energisch zu einer staatsrechtlichen Neuregelung geraten hat. Für diese Notwendigkeit legen auch die am 3. April in Nordschleswig stattfindenden Folketingswahlen verstärktes Zeugnis ab.

nern, mit denen ihn ein Achtungs- und Vertrauensverhältnis verbunden habe. Pastor Schmidt erkennt an, daß gewisse Errungenschaften auf kulturellem Gebiet erreicht seien, aber die Bodenfrage sei noch immer ungelöst, und das Wort „Versailles“ stehe wie ein Schatten zwischen Deutschland und Dänemark. Zum Schluß betont Pastor Schmidt: „Ich setze an den Schluß den Glauben, daß auch das Gesamtverhältnis unserer Völker und Staaten auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens gelöst werden möge.“

*

Im dänischen Folketing ist ein großes Bauvorhaben beschlossen worden, das für Nordschleswig von größter Bedeutung sein wird. Es handelt sich um den Bau eines Dammes nach der Insel Röm. Röm ist die einzige zu Nordschleswig gehörende Nordseeinsel und liegt nördlich der Insel Sylt, die bei der Abstimmung in deutschem Besitz blieb. Der „Hindenburgdamm“, der die Insel Sylt mit dem Festland verbindet, hat zweifellos mit dazu beigetragen, daß von dänischer Seite dieses Bauvorhaben beschlossen worden ist. Man hofft dadurch, die Insel noch mehr als bisher für Ferienreisen zu erschließen. Der Damm, der über Fluthöhe liegen soll, wird etwa 8 Millionen Kronen kosten und wird 600 Arbeitern vier Jahre lang Beschäftigung geben. Dadurch werden viele Arbeitslose in Nordschleswig Arbeit und Brot erhalten. Von deutscher Seite ist vor allen Dingen die Forderung erhoben worden, daß kein reichsdänischer Arbeiter an diesem Dammbau beschäftigt werden dürfe, solange es in Nordschleswig noch einen Arbeitslosen gebe. Wenn der Damm fertiggestellt ist, soll weiter darüber beschlossen werden, ob auch Landgewinnungsarbeiten eingeleitet werden sollen, wie sie bereits südlich der Grenze mit Erfolg im Wattenmeer betrieben werden.

Am Sonntag, den 12. März, hat der Vertretertag des „Schleswigischen Wählervereins“, der die Wahlorganisation der deutschen Volksgruppe darstellt, einstimmig den Parteiführer der NSDAP. Nordschleswig, Dr. Möller-Gravenstein, als Spitzenkandidaten aufgestellt. Als zweiter Kandidat wurde auf der deutschen Liste Bauer Wilhelm Deichgräber aufgestellt. Dann folgen: Arbeiter Ehr. Bruhn-Apenrade, Bauer Hans Schmidt-Orbüll auf Alsén, Assessor Rudolf Stehr-Hadersleben, Lehrer Hansen-Norderlüjüm, Rektor Koopmann-Lingelß und Rechtsanwalt Erichsen-Hadersleben. Alle Beschlüsse wurden in vorbildlicher Einigkeit gefaßt. Damit hat die im vorigen Jahr proklamierte Einheit der deutschen Volksgruppe unter Führung Dr. Möllers sich in entscheidungsvoller Stunde vollumfänglich bewährt. Der bisherige Abgeordnete, Pastor Schmidt-Wobder, der die deutsche Volksgruppe fast 20 Jahre lang in Kopenhagen erfolgreich vertreten hat, wurde zum Ehrenmitglied des „Schleswigischen Wählervereins“ mit Sitz und Stimme im Hauptvorstand ernannt.

*

Während die Deutschen in Nordschleswig überall öffentliche Wahlversammlungen abhalten, in denen auch die gegnerischen Parteien das Wort ergreifen dürfen, sind die dänischen Parteien zum Teil zu der Taktik übergegangen, daß nur Ortsansässige als Redner zur Aussprache zugelassen sind. Die Sozialdemokraten haben sogar teilweise die Parole ausgegeben: Alle Parteien können an der Aussprache teilnehmen, mit Ausnahme der deutschen und der dänischen

Nationalsozialisten. Der Grund ist der, daß von dieser Seite mitleidslos zwei Fragen in jeder Versammlung angeschnitten werden: die große Arbeitslosigkeit und die Not der Bauern. Einer Diskussion über diese Fragen möchte man von seiten der Regierungspartei ausweichen.

Alles ist auf deutscher Seite getan, um eine gute deutsche Wahl am 3. April sicherzustellen. S. R.

Cupen-Malmedy

Kammerauflösung und Neuwahlen in Belgien — Der volkspolitische Hintergrund der Krise — Flamen und Wallonen — Die Stellung des deutschen Grenzgebiets — Probelgische Agitation — Wahlaufbruch der Heimattreuen Front

Am 2. April finden in Belgien **Parlamentsneuwahlen** statt. Das Auflösungsdekret des Königs für Kammer und Senat war das Ergebnis des Beschlusses einer Regierung, die keinen anderen Ausweg aus der Dauerkrise der letzten Wochen mehr sah als den Appell an die Wähler. Nach dem Rücktritt der Regierung **Spaak** erwies es sich als unmöglich, eine neue Dreiparteienregierung zu bilden, und jeder vom König als Nachfolger Beauftragte verzichtete bald auf das undankbare Amt. Das gegenwärtige Kabinett **Pierlot** führt nur noch die Geschäfte weiter, da es in der Kammer keine Mehrheit zustande brachte. Denn obwohl es von den Katholiken und den Sozialdemokraten gemeinsam gebildet wurde, versagten ihm die Sozialdemokraten in erster Stunde die Gefolgschaft, weil sie mit den neuen Sparsamkeitsmaßregeln nicht einverstanden waren.

Die Wirtschaftsprobleme und finanzpolitischen Gegensätze haben im letzten Jahr wesentlich dazu beigetragen, daß sich eine Krise an die andere reihte. Das eigentliche Interessante aber an der belgischen Gegenwartslage und dem Tatbestand, daß die Regierung **Spaak** keine regierungsfähige Nachfolgerschaft mehr gefunden hat, ist die volkspolitische Frage: der Gegensatz zwischen Flamen und Wallonen, den der **Fall Maertens** wieder einmal in voller Schärfe enthüllte. Die Regierung **Spaak** stürzte über diesen Gegensatz, und weil der **Fall Maertens** nicht beigelegt werden konnte, kam es zur Auflösung des Parlaments. Weil dieser volkspolitische Hintergrund der belgischen Krise auch für das abgetrennte deutsche Grenzgebiet im Hinblick auf die Neuwahlen wesentlich ist, erscheint es notwendig, ihn auch an dieser Stelle kurz zu skizzieren.

Auf Vorschlag der zuständigen Stellen wurde **Dr. Maertens** als Arzt und verdienter Wissenschaftler in die neugegründete Flämische Akademie der Medizin in Brüssel berufen. Gegen diese Berufung protestierten wallonische Frontkämpferverbände, während die Liberale Partei ihre Rückgängigmachung forderte und, da ihr dies nicht zugestanden wurde, aus der Regierungskoalition ausschied. **Dr. Maertens** gehörte während des Krieges den flämischen Aktivisten an und war Mitglied des Rates von Vlandern. Er wurde deshalb dem Kriege, wie viele seiner Gesinnungsgenossen, in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Nach der Amnestie, die der flämische Volksteil nach schärfsten Kämpfen im Parlament durchsetzte, kehrte **Dr. Maertens** in seine flämische Heimat zurück. Aber trotz der Amnestie wollen Wallonen und Belgizisten, Träger jener Politik, die auch heute noch die Gleichberechtigung des Flamentums nicht anerkennen möchte, daß Männer wie **Maertens** im öffentlichen Leben verfeimt bleiben, obwohl sich auf flämischer Seite auch bei denen, die ehemals den Aktivismus ablehnten, ein Wandel vollzogen hat; eine von gemäßigten Flamen, wie **Frans van Cauwelaert**, verfaßte Denkschrift legte angesichts des

Falles Maertens dar, daß die Haltung der Aktivisten durchaus verständlich gewesen sei und sich aus der belgisch-wallonischen Unterdrückungspolitik rechtfertige. Vor allem, und diesen Standpunkt nahm auch die Regierung Spaak ein, müßten die Bestimmungen der Amnestie geachtet werden.

Wie gesagt, die Träger der wallonischen Vorherrschaft protestierten; die Liberale Partei brachte eine Regierungskrise zustande, doch die Regierung Spaak lehnte Zugeständnisse ab und trat zurück. Um so schärfer aber reagierte das Blamentum auf die wallonischen Aktionen; es stellte sich, unabhängig von den bestehenden Parteirichtungen, hinter Dr. Maertens. Mit einem Male war die grundsätzliche Aussprache über die Fragen des Volkstums, die nach Erlass der Sprachengesetze gedämpfter geworden zu sein schien, neu entbrannt. Nicht nur von radikal vlämischer Seite, sondern auch von der Mitte her, wurde hervorgehoben, daß die vlämische Gleichberechtigung mehr als bisher gesichert werden müsse, daß gerade der Fall Maertens gezeigt habe, wie umstritten sie noch sei und wie notwendig daher, insbesondere auf kulturellem Gebiet, die völlige Autonomie durchzuführen. Während die gemäßigten Vlamen das kulturelle Moment betonen, erklären die nationalen Vlamen, daß die kulturelle Autonomie keineswegs genüge, sondern auch eine politische Verwaltungstrennung zu verwirklichen sei, da nur durch umfassende Abgrenzung auf allen Lebensgebieten Übergriffe des Wallonentums verhindert, ja nur so die wallonische Vorherrschaft, die praktisch noch immer bestehe, da nicht einmal die bestehenden Sprachengesetze ehrlich durchgeführt würden, beseitigt werden könne.

Die Parlamentswahlen stehen also, auch wenn die „historischen Parteien“ im Wahlkampf nach Möglichkeit andere Probleme hervortreiben, im Zeichen des Volkstums. Auch die Eupen-Malmedyer haben als deutsche Volksgruppe sofort erkannt, wie bedeutungsvoll diese Wahlen für den Staat, in den sie ohne Befragung eingefügt wurden, werden können. Als die erwähnte Denkschrift des gemäßigten Blamentums über die Abgrenzung der Kulturen erschien, machten sie sich die Feststellung der Verfasser, daß die vlämische Kultur eine ureigene Angelegenheit des vlämischen Volkes sei, in die sich die Wallonen überhaupt nicht einzumischen hätten, ihrerseits zu eigen und zogen für sich selbst die notwendigen Schlüsse. Sie wandten sich gegen jene „Patrioten“ in Belgien, die „den schmutzigen Versuch unternehmen, Menschen anderer Art und Kultur zu Verrätern an ihrem Heiligsten werden zu lassen“. Und es ist ja in diesem Punkte besonders interessant, daß die „Union“, die im abgetrennten deutschen Grenzgebiet die Assimilierung im belgisch-wallonischen Sinne zu fördern sucht, in Altbelgien keineswegs einen solchen volkstumsfeindlichen Standpunkt einnimmt. „So wie die Vlamen“, schrieb die heimatreue Presse in Eupen-Malmedy, „dürfen und müssen auch wir sagen: Wir brauchen nicht gegenseitig unsere Kultur zu verstehen. Man soll uns nur in Ruhe und uns unser Haus allein bestellen lassen. Für diese Arbeit zum Besten der Heimat haben wir genug erprobte und charakterfeste Männer zur Verfügung. Auf die Hilfe der Union und aller anderen ihr wesensverwandten Kreise können wir sehr wohl verzichten...“

Gerade in letzter Zeit hat es in Eupen-Malmedy-St. Vith nicht an Versuchen gefehlt, die probelgische Agitation zu verstärken, und fast alle altbelgischen Parteien waren daran beteiligt, wobei sie ihre eigenen Gegensätze zu vergessen schienen und, wie die Gemeindewahlen vom 16. Oktober des Vorjahres zeigten, auch höchst unnatürliche Bündnisse von links bis rechts nicht verschmähten. In

Malmédy wurde nunmehr unter dem Vorsitz des marxistischen Bürgermeisters Wersson ein „Groupement Belge“ als neue probelgische Organisation gegründet. In Eupen bildete sich die „Vaterstädtische Wählervereinigung“, die bei den Gemeindewahlen als Gegner der Heimattreuen Front in die Erscheinung trat und sich dabei auch der kommunistischen Unterstützung erfreute, in einen sogenannten „Demokratischen Heimatblock“ um, der mit Heimat um so weniger zu tun hat, als er den Heimatgedanken bekämpft und die bodenständige Bevölkerung ihrem Volkstum und ihrer lebendigen Zugehörigkeit zur deutschen Volksgemeinschaft entfremden möchte.

Demgegenüber zog der Wahlausruf der Heimattreuen Front klare Grenzen, und die berufene politische Körperschaft des abgetrennten deutschen Grenzgebiets legte darin anschaulich dar, um was es geht: „Vor allem gilt es, in einer Zeit gewaltigen Umbruchs, der großen Entscheidungen, des Versinkens einer Welt und des Aufbaues einer neuen Welt noch einmal vor aller Öffentlichkeit ein klares und unzweideutiges Bekenntnis zu angestammtem Volkstum und zur Heimat abzulegen. Es gilt, der Verwirrung im anderen Lager die einheitliche und geschlossene Front der Heimattreuen gegenüberzustellen, die jeden Gegensatz der Klassen und Stände ausschließt und nur Volksgenossen kennt. Wir haben stets erklärt, daß wir den Gegebenheiten einer Lage, die geschaffen wurde ohne unser Zutun, ohne daß der Bevölkerung die Gelegenheit zur freien Befundung ihres Willens geboten worden wäre, Rechnung tragen wollen, ohne damit auf heilige und unveräußerliche Rechte zu verzichten. Kein rechtlich Denkender wird es uns verwehren wollen, daß wir — trotz Versetzung der Grenzpfähle — uns nach wie vor als Glieder der großen deutschen Volksgemeinschaft fühlen, mit der uns tausendfache unzerreißbare Bande für immer verknüpfen, daß wir zugleich den glänzenden Wiederaufstieg unseres alten Vaterlandes unter der Führung einer genialen Persönlichkeit mit Stolz, innerster Anteilnahme und heißem Herzen verfolgen.“

Die Heimattreue Front stellte für Kammer und Senat eigene Vorschlagslisten auf, und weil der Ausgang der Wahlen „für die weitere Entwicklung in Belgien, insbesondere auch hinsichtlich der schwerwiegenden völkischen Probleme zweifellos von entscheidender Bedeutung sein wird“, kommt es mehr denn je darauf an, daß die deutsche Volksgruppe ihre Geschlossenheit im volkspolitischen Sinne manifestiert. Demgemäß heißt es in dem Wahlausruf der Heimattreuen Front, daß kein heimattreuer Mann, niemand, dem die Wahrung des kostbaren Erbes der Väter am Herzen liegt, kein Wähler, der sich seiner Verantwortung für die Zukunft bewußt sei, seine Stimme einer altbelgischen Partei geben könne und dürfe, gleichviel, unter welcher Flagge sie sich verberge: „Sie haben alle versagt. Keine dieser Parteien, was sie auch immer behaupten und versprechen mag, kann für unsere heimatlichen Belange, für unsere Eigenart, unsere völkischen Interessen wirkliches Verständnis aufbringen. Sie und wir sind einander wesensfremd und werden es stets bleiben, weil sie und wir in verschiedenen Welten leben.“

Zugleich erinnerte der Ausruf an die „Protestwahlen“ des Jahres 1936, bei denen die deutsche Bevölkerung gegen das rechtswidrige Ausbürgerungsgesetz Einspruch erhob. Er schließt mit der Feststellung, daß am Wahltag um höchste und letzte Entscheidungen gerungen werde: „Der Kampf wird schwer sein. Wir werden ihn bestehen, wenn wir einig sind und geschlossen, opferwillig und mutig.“

Elfaß-Lothringen

Chautemps vor dem elfaß-lothringischen Ausschuß der Pariser Kammer — Sondermaßnahmen für die Wirtschaft des Grenzlandes — Vor einem politischen Prozeß? — Die Sprachenfrage

Eine Aussprache der Elfaß-Lothringen Kommission der französischen Abgeordnetenlammer in Gegenwart des zuständigen Ministers Camille Chaute-
m p s hat am 1. März stattgefunden. Sie brachte eine längere Rede des Ministers, der auf 27 Fragen antwortete, die ihm schriftlich von Ausschußmitgliedern vorgelegt worden waren. Nach den Presseberichten hat er sich's wieder vor allem angelegen sein lassen, die wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen der Regierung Daladier für die Grenzland-Wirtschaft als Beweis für das Wohlwollen Frankreichs gegenüber seinen drei Ostdepartements anzuführen. Sie ergeben in ihrer Gesamtheit eine gewiß nicht zu unterschätzende finanzielle Sonderleistung des französischen Staates, lassen aber nicht einmal zuversichtlich den Erfolg erhoffen, den fortschreitenden Niedergang aufzuhalten, geschweige denn dem wirtschaftlichen Leben wieder neuen kräftigen Auftrieb zu geben. Dem Verlangen nach großzügiger, planvoller Arbeitsbeschaffung wird nur in schwachem Maße entsprochen: Nur ein Bruchteil der 200 Millionen Franken für die Vollendung eines neuen Vogesendurchstiches wird sich auf elsfassischem Boden auswirken. Die bewilligten 100 Millionen Franken für Straßenbauten und -verbesserungen werden dagegen unmittelbar wie mittelbar (durch Senken der Arbeitslosenlasten der Gemeinden) eine Erleichterung der Krise im Gefolge haben können. Dies gilt auch für die kleineren Millionenbeträge für dringliche Schulbauten, Ausbau des Straßburger Flughafens Enzheim und Anlagen im Straßburger Rheinhafen.

Aber den Zeitpunkt und das Tempo, in dem die Beträge tatsächlich gezahlt werden sollen, ist nichts gesagt worden. Das Beispiel der Schwierigkeiten, die der frühere wie der jetzige französische Finanzminister und die Zentralverwaltungen in anderen Fragen gemacht haben, rechtfertigt mißtrauisches Abwarten. In elsfassischen Blättern, die der Regierung Daladier durchaus gut gesinnt sind, wurde noch in der ersten Märzwoche festgestellt, daß bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht ein einziger Kredit aus den 50 Millionen Franken praktisch bewilligt war, die schon im Sommer 1938 (!) aus Mitteln der Staatslotterie in Aussicht gestellt worden sind, um krisengeschädigten Industrie- und Handwerksbetrieben in Elfaß-Lothringen billige Betriebskredite zu gewähren. Ebenso sollen die gleichfalls vor Monaten angekündigten Ausnahmeanträge der Militärverwaltung und der Eisenbahn bisher ausgeblieben sein, obwohl sie Minister Chautemps am 1. März nochmals als Tatsache behandelt hat. Er hat an diesem Tage die frühere Zusage wiederholt, daß bei kommenden Verhandlungen Frankreichs mit anderen Staaten über den Warenaustausch sachverständige Vertreter der elfaß-lothringischen Wirtschaft beteiligt werden würden, um deren Sonderbelange geltend zu machen.

Elfaß-lothringische Versuche, den verlorenen Absatz auf dem reichsdeutschen Markt wenigstens zum Teil auf anderen Auslandsmärkten wettzumachen, sind von Chautemps dadurch gefördert worden, daß er zwei Millionen Franken für Werbeaktionen bewilligen ließ. Aus diesen Mitteln wurde es einer kleinen Abordnung ermöglicht, nach den Vereinigten Staaten von Amerika zu fahren, um dort bei maßgebenden Kreisen Stimmung für den Bezug elfaß-lothringischer Erzeugnisse zu machen. Sie stand unter Führung

des Straßburger Volkswirtschaftlers Prof. Lauffenburger (von der französischen Universität), der nach der Rückkehr gemäßigst-hoffnungsvoll über die Aussichten berichtet hat. Es zeigt sich, daß die Mitglieder der Kommission die gegenwärtige Deutscheindlichkeit in gewissen amerikanischen Kreisen ausnützen wollten. Man hätte ihnen dargelegt, daß sie dem Frieden in Europa dienen, wenn sie die Widerstandskraft Frankreichs insgesamt und des elsäß-lothringischen Grenzlandes im besonderen stärken und gesunden helfen! Diese Spekulation auf Haß- und Angstinstinkte wird kaum den gewünschten praktischen Erfolg haben. Wenn die Angebote, Leistungen und Lieferbedingungen dem amerikanischen Markt nicht gerecht werden, wird das Stimmungsmoment auch versagen.

Aus dieser Einsicht heraus haben die bodenständigen Blätter, an ihrer Spitze der „Elsässer Kurier“ des Colmarer Abgeordneten Rossé, vor der Illusion gewarnt, Elsaß-Lothringen könne auf die Rückgewinnung des reichsdeutschen Marktes verzichten. Sie ist nur im Zusammenhang mit einer fortschreitenden deutsch-französischen Verständigung wahrscheinlich. Daher bedauert und bekämpft das heimattreue Elsaß-Lothringen alles, was geeignet ist, diese Ausöhnung zu hemmen. Es gehört dazu nicht nur die fortgesetzte Heze der Linkspresse gegen das Dritte Reich, sondern auch die Verdächtigung der Heimatbewegung in den Augen der französischen Öffentlichkeit. Ihre Forderungen, die lediglich dem Schutz und der Pflege des Volkstums gelten, werden neuerdings wieder als Versuch hingestellt, zwischen „Innerfrankreich“ und den „wiedergewonnenen Provinzen“ geistige Schranken aufzurichten bzw. fortbestehen zu lassen. Wider besseres Wissen bezweifelt man gleichzeitig die staatsbürgerliche Loyalität der Autonomisten und läßt sie als bewußte oder unbewußte „Nazis-Agente n“ erscheinen, die in fremden Diensten und mit frankreichfeindlichen Absichten tätig seien.

Diese Kampfweise ist in den letzten Wochen noch verschärft worden und wendet sich zur Zeit vor allem gegen die autonomistische „Landespartei“, deren Präsident Dr. Karl Roos anfangs Februar ohne Angabe von Gründen verhaftet und zur Verfügung der Militärgerichtsbarkeit nach Nancy überführt worden ist. Zwei im vergangenen Jahre ohne Befragung des Parlaments erlassene Dekrete über Spionage und über „Angriffe gegen die Integrität des staatlichen Territoriums“ haben französischen Polizeikreisen die Handhabe gegeben, einen alten Vorkämpfer für die elsäß-lothringischen Volksrechte erneut in Haft zu nehmen, fast genau zehn Jahre nach seinem Freispruch von der sinnlosen Anklage eines „Komplots gegen die Sicherheit Frankreichs“ (Juni 1929 im Besancon-Prozeß). Die öffentliche Verteidigung des Verhafteten ist jetzt dadurch erschwert, daß die Presse bei — tatsächlichem oder behauptetem — Verstoß gegen die erwähnten Dekrete Schweigepflicht hat. Der fast allgemein gehegte Verdacht, daß Dr. Roos wieder lediglich wegen seiner politischen Gesinnung drangsaliert wird, ist dadurch verstärkt worden, daß einige Linksblätter, deren enge Beziehungen zu der politischen Polizei bekannt sind, ungestraft den wehrlosen Angeklagten als Vertrauensmann und Helfer angeblicher deutscher Spionagestellen denunzieren dürfen und damit in Frankreich das ständig lebendige Mißtrauen gegen den deutschen Nachbar neu geschürt wird. Es ist sehr bezeichnend, daß es gerade die sozialistischen und kommunistischen Blätter sind, die Tag für Tag ihre Verleumdungen gegen Dr. Roos und die Heimatbewegung neu aufstischen.

Minister Chautemps hat auf Befragen am 1. März jede Absicht bestritten, daß Paris einen neuen politischen Prozeß gegen den elsäß-lothringischen

Autonomismus inszenieren wolle. Er wiederholte die früher von anderen französischen Stellen gegebenen Erklärungen, daß es sich im „Fall Roos“ um nichts Politisches handle, sondern daß er lediglich die Landesverteidigung berühre. Kurz zuvor hatten zwei elsässische Abgeordnete offen ausgesprochen, daß man im Elsaß diese Anklage nicht glaube. Von deutschlothringischer Seite ist diese Feststellung zustimmend übernommen worden. In einem Offenen Brief an den Ministerpräsidenten Daladier hat der Straßburger Abgeordnete Hueber (Elsässische Arbeiter- und Bauernpartei) der weitverbreiteten Ansicht Ausdruck gegeben, daß die völlige Verständnislosigkeit französischer Polizeistellen gegenüber den elsäß-lothringischen Volksforderungen von Feinden des Friedens ausgenützt werde, um Daladiers eigener Friedenspolitik entgegenzuarbeiten.

Eine ähnliche Sabotage ist auch auf einem anderen Gebiet erkenntlich: Chaumpey hatte am 1. März als Antwort auf Fragen über die Sprachen- und Schulpolitik angekündigt, daß eine amtliche Enquete über die Ergebnisse des Unterrichts nach den jetzigen Schulprogrammen angeordnet worden sei. Kurz darauf hat ein Straßburger Blatt, die deutschsprachige „République“, gegen jedes Eingehen auf das Verlangen nach Pflege der deutschen Muttersprache Einspruch erhoben. Es wird dabei sogar wieder bestritten, daß das Deutsche überhaupt die Muttersprache der großen Mehrheit der Elsässer (und ebenso der Deutschlothringer) sei. Das elsässische Kind lerne auf dem Schoß der Mutter „eine rudimentäre Sprache, einen Dialekt von einer erschreckenden Einfachheit sowohl bezüglich der Satz- bildung als der Ausdrucksweise“! Es sei eine „fromme Legende, zu behaupten, der Dialekt würde den Unterricht des Deutschen fördern. Der Dialekt ist, wie übrigens alle Dialekte, ein Hindernis mehr, das zu überwinden dem Kinde nur in ausnahmnsweisen Fällen gelingt. Wenn man im Volksunterricht nur französisch unterrichten würde, so ist es möglich und selbst wahrscheinlich, daß der kleine Elsässer mit 14 Jahren das Französische besser beherrschen würde, als er unter deutschem Regime das Deutsche beherrschte“ (1).

Die erbärmliche Charakterlosigkeit, so etwas selbst in deutscher Sprache zu schreiben, wird nur überboten durch die geradezu lächerliche Armut der Argumente. Bemerkenswert ist höchstens, daß man in Paris immer noch nicht merkt, daß dem französischen Ansehen in Elsaß-Lothringen niemand mehr Schaden zufügt als solche Verteidiger unhaltbarer Thesen. Im vorliegenden Falle handelt es sich dazu um ein Blatt und einen Mann, die aus dem amtlichen französischen Propagandafonds leben. Überdies sind sie im Elsaß Repräsentanten der Radikalen Partei, der Chaumpey und Daladier angehören!

Memelland

Endlich frei! — Die historische Entscheidung — Ein ganzes Land im Freudenrausch — Der Einzug des Führers, Memels größtes Erlebnis — Wiedervereinigung reibungslos durchgeführt — Der deutsch-litauische Vertrag — Wirtschaftliche Aufbauarbeit

Nun ist auch das Memelland an der äußersten Nordostecke Deutschlands heimgekehrt ins Reich. Unbeschreiblich war der Jubel und die Freude, als die Wiedervereinigung mit dem Reich bekannt wurde, gewaltig und von überströmender Herzlichkeit waren die Dankeskundgebungen, die den Führer umbräuteten, als er in die alte deutsche Ordensstadt Memel seinen Einzug hielt, um das Memelland in die Obhut des Reichs zu nehmen.

Die Entwicklung hat sich in den letzten Tagen vor dem geschichtlichen 22. März, an dem die litauische Erklärung über die Rückgabe des Gebiets bekannt wurde, förmlich überstürzt. Den letzten entscheidenden Anstoß gab nicht zuletzt auch die Befreiung der letzten Deutschen in der ehemaligen Tschechei und die Schaffung des Protektorats Böhmen und Mähren. Spontan wurden angesichts dieses großen geschichtlichen Ereignisses am 15. März auch im Memelland die Hakenkreuzfahne aufgezogen. Der Führer der Memeldeutschen, Dr. Neumann, stellte noch am gleichen Tage in einer Fraktionsitzung der memeldeutschen Landtagsabgeordneten fest, daß die litauische Regierung das Autonomiestatut ständig in seinen grundlegenden Bestimmungen verletzt habe, daß das Memelgebiet wirtschaftlich ein Trümmerhaufen sei und daß die letzten 15 Jahre gezeigt hätten, daß eine gedeihliche Entwicklung des Gebiets mit dem Eintritt in den litauischen Staatsverband aufgehört habe. Dr. Neumann warnte diejenigen litauischen Kreise, die erneut mit dem Gedanken spielen zu können glaubten, durch einen neuen Putsch den Memeldeutschen die seit der Aufhebung des Kriegszustandes gewonnenen Rechte wieder zu nehmen. „Hinter uns“, so stellte der Führer der Memeldeutschen fest, „steht der Führer des Deutschen Reichs. Wer uns anfaßt, faßt Deutschland an!“ Diese Erklärungen haben auch in Rowno ihren Eindruck nicht verfehlt und sie konnten nur so gewertet werden, daß der Freiheitswille der Memeldeutschen nicht mehr einzudämmen war.

Am 19. März, dem Tag der Deutschen Wehrmacht, wurde in Memel in einer großen Rundgebung des memeldeutschen Kriegerverbandes das von den Litauern im Jahre 1923 gestürzte Denkmal Kaiser Wilhelms I. feierlich wieder aufgerichtet. Das gleichfalls von den Litauern gestürzte Borussia-Denkmal war bekanntlich bereits im November vorigen Jahres wieder aufgestellt worden, so daß mit der Aufrichtung des Kaiser-Wilhelm-Denkmals die Stadt Memel die Zeugen alter preußisch-deutscher Vergangenheit wieder erhalten hatte. Auch der 19. März gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Rundgebung für Deutschland. Und immer wieder hallten die Straßen der Stadt von dem Ruf wieder: „Wir wollen heim ins Reich!“

In der Nacht zum 22. März vollzog sich dann nach Tagen höchster Spannung die historische Entscheidung. Der litauische Außenminister Arbschys, der sich von der Papstkrönung in Rom auf der Rückreise nach Rowno befand, war in Berlin von Reichsaußenminister von Ribbentrop am 20. März empfangen worden. Nach seiner Rückkehr nach Rowno faßte die litauische Regierung in der Nacht vom 21. zum 22. März nach stundenlangen Beratungen im Ministerrat den Entschluß, das Memelland freiwillig an das Reich

zurückzugeben. Dieser Beschluß, der am 22. März gegen 8 Uhr morgens durch Rundfunk und später durch Extrablätter im Memelland bekanntgegeben wurde, löste im ganzen Land unbeschreibliche Freudekundgebungen aus.

Nach fast zwanzigjähriger Fremdherrschaft war das Land wieder frei geworden! Die so lange ersehnte Befreiung war endlich da! Man konnte es kaum fassen, und immer wieder mußten es sich die Menschen auf den Straßen versichern, daß sie nicht träumten, sondern wach waren. Auf dem Marktplatz in Memel hatte sich gegen 9 Uhr eine riesige Menschenmenge versammelt, die mit stürmischen Heilrufen auf den Führer und das Reich ihrer Dankbarkeit und Freude Ausdruck gab. Im Nu prangte die Stadt in einem Meer von Fahnen. Neben den grün-weiß-roten Memelfahnen wehte nun auch das Hakenkreuz!

In der von der litauischen Regierung herausgegebenen und über alle deutschen Sender verbreiteten Erklärung hieß es, daß der litauische Außenminister in seinem Bericht dem Ministerrat mitgeteilt habe, daß der Reichsaußenminister von Ribbentrop im Namen der Reichsregierung der litauischen Regierung den Vorschlag der Rückgabe des Memelgebiets an Deutschland gemacht und dies als die für die Befriedung einzig zweckmäßige Lösung bezeichnet hat. Er fügte hinzu, daß, wenn diese Rückgabe auf dem Wege einer freien Vereinbarung erfolge, Deutschland die wirtschaftlichen Interessen Litauens im Memeler Hafen weitgehend berücksichtigen wird. Der Reichsaußenminister betonte, daß die Regelung auch dem klar ausgedrückten Wunsch der memeldeutschen Bevölkerung entspreche und daß dies den künftigen guten Beziehungen zwischen beiden Ländern dienlich sein würde. Er verwies dabei auf die bekannte Forderung der gesamten memeldeutschen Bevölkerung nach Rückkehr ins Reich. Die Stimmung im Memelgebiet sei derart, daß die Regelung der Frage auf der vom Reich vorgeschlagenen Basis zur Vermeidung von Zusammenstößen jetzt dringend notwendig sei. Der litauische Ministerrat hat sich diesen Argumenten nicht verschließen können und hat die Zustimmung zur Abergabe des Gebiets an Deutschland gegeben. Diese Zustimmung wurde noch am selben Tage auch dem litauischen Sejm zur Kenntnis gebracht.

Der 22. März verlief im Memelland in einem einzigen Freudenrausch. Doch ist es nirgends zu Zwischenfällen gekommen. Der Abmarsch der litauischen Truppen aus Memel vollzog sich reibungslos, und ebenso wurde die überstürzte und massenweise Auswanderung der Juden nach Litauen höchstens mit lustigen Zurufen begleitet, wie „Auf Nimmerwiedersehn“ oder „Fahrt zu Abraham“.

Die in den Abendstunden bekannt gewordene Nachricht, daß der Führer an Bord des Panzerschiffes „Deutschland“ die Reise nach Memel angetreten habe, löste neue Begeisterungstürme aus. Am späten Abend — gegen 21½ Uhr — fand die erste und zugleich letzte Sitzung des am 11. Dezember vorigen Jahres gewählten Memelländischen Landtags statt. Die 25 deutschen Abgeordneten trugen das Braunhemd oder die schwarze Uniform des Ordnungsdienstes. Von den vier Litauern war nur einer erschienen. Es war ein feierlicher und erhebender Augenblick, als der Führer der Memeldeutschen, Dr. Neumann, nach einem kurzen geschichtlichen Rückblick folgende Proklamation verlas:

„Memeldeutsche! Der Tag der Erfüllung ist da! Die litauische Regierung hat unser deutsches Memelland an das Großdeutsche Reich zurückgegeben. Wir kehren heim ins Reich, in unser deutsches Vaterland, dem unsere heiße Liebe in den Zeiten der Not gehörte, wie sie ihm jetzt in seiner Größe gehört und in alle Ewigkeit gehören wird. Unzählige Male haben wir, noch unter dem litauischen

Kriegsgesetz und erst recht seit wir unseren Marsch in die Freiheit antraten, feierlich erklärt: Wir wollen heim zum Reich! Was wir in tiefer Sehnsucht erhofft und mit unbeugsamem Willen erkämpft haben, das erfüllt sich in dieser Stunde: Wir kehren heim ins Reich! Unermesslich und unaussprechlich ist unser Dank an den Führer aller Deutschen, an unseren Führer Adolf Hitler."

Dr. Neumann teilte mit, daß er an den Führer ein Danktelegramm gerichtet habe und brachte ein dreifaches Sieg-Heil auf Adolf Hitler aus. Zum ersten Male erklang in einer Sitzung des memelländischen Landtags das Sieg-Heil auf den Führer, wurden in historischer Stunde die Lieder der deutschen Nation gesungen. Ein Vorbeimarsch der memeldeutschen SA. vor Dr. Neumann beschloß den denkwürdigen Tag.

Den größten Tag in seiner jahrhundertelangen Geschichte erlebte Memel dann am 23. März, als deutsche Truppen in das befreite Land einmarschierten und der Führer selbst an der Spitze der deutschen Flotte über die Ostsee nach Memel fuhr. Bereits in aller Frühe — um 5 Uhr — überschritten die ersten deutschen Truppenabteilungen unter den Klängen des Deutschlandliedes die Königin-Luise-Brücke in Tilsit und rückten über den Memelstrom in das befreite Land ein. Die mächtige Brücke war mit den Fahnen Großdeutschlands und Lannengirlanden festlich geschmückt. Wo gestern noch das litauische Staatswappen hing, grüßte heute ein großes Hakenkreuz. Unbeschreiblich war der Jubel der Bevölkerung und die frohen Gesichter der Menschen strahlten vor Dankbarkeit. Sie hoben ihre Hände zum Deutschen Gruß und vielen von ihnen standen die Tränen in den Augen beim Anblick der deutschen Soldaten, die nach fast 20 Jahren jetzt wieder memelländischen Boden betraten. Kurz nach 8 Uhr morgens trafen die ersten Truppen — eine Aufklärungsabteilung — bereits in Memel ein. Sie wurden von den begeisterten Jubelrufen der Bevölkerung geradezu überschüttet. Auch Reichsinnenminister Dr. Frick, Reichsführer Himmler und der Gauleiter von Ostpreußen, Erich Koch, trafen in Memel ein und wurden begeistert begrüßt. Gegen 10 Uhr erschien die deutsche Flotte vor Memel. Die strahlende Morgensonne tauchte die stählernen Kolosse in hellstes Licht. Voran die drei Panzerschiffe „Deutschland“, „Admiral Graf Spee“ und „Admiral Scheer“, dann die Kreuzer „Leipzig“, „Röln“ und „Königsberg“, die ihnen dicht aufgeschlossen in Kiellinie folgten. Hinter den Kreuzern backbord und steuerbord die Torpedo- und Begleitboote und die Schnellboote. Um 10 Uhr ging das Panzerschiff „Deutschland“ auf der Memeler Reede vor Anker. Unter den Augen des Führers erfolgte die Ausschiffung des Marinelandungskorps, das von der unübersehbaren Menge begeistert gefeiert wurde. Gleichzeitig braustén über der Stadt deutsche Flugzeugstaffeln dahin. Im Hafen hatten sämtliche Schiffe über die Toppen geflaggt.

Kurz vor 14 Uhr betrat der Führer, vom Torpedoboot „Leopard“ aus, das ihn vom Panzerschiff „Deutschland“ zum Preußenkai brachte, zum erstenmal den Boden des befreiten Memellandes. Ein Begeisterungsturm brach los, wie ihn die alte deutsche Ordensstadt noch nie erlebt hat. Dazwischen das Sirenengeheul der Schiffe und das Lärmen der Kirchenglocken. Immer wieder klang es in Sprechhören Adolf Hitler entgegen: „Wir danken unserm Führer!“ In Begleitung des Führers befanden sich u. a. Generaloberst Reitel, Generaladmiral Raeder, Reichsminister Dr. Lammer, Reichspressechef Dr. Dietrich und SA.-Obergruppenführer Brückner. Nachdem der Führer die Meldung des Kommandierenden Generals des 1. Armeekorps, General der Artillerie von Küchler, und des Konteradmirals Luetkens entgegen-

genommen hatte, begrüßte er den Führer der Memeldeutschen, Dr. Neumann, mit einem langen Händedruck. Der Führer ließ sich dann die Leiter der memeldeutschen Formationen vorstellen. Unter den Klängen des Präsentiermarsches schritt der Führer die Front der Ehrenkompanien der Kriegsmarine und der Polizei sowie das Ehrenspalier der memeldeutschen Kriegerkameradschaften ab.

Dann setzte sich die Wagenkolonne des Führers in Bewegung. In einem unbeschreiblichen Triumphzug ging es durch die engen, mit Ehrenpforten, Girlanden und über und über mit Fahnen geschmückten Straßen Memels. Kilometerweit dehnte sich das Spalier jubelnder Menschenmassen hin. Unzählige sahen man, die in tiefster Erschütterung ihre Tränen nicht zurückhalten konnten. Vor dem Memeler Stadttheater bereitete die Bevölkerung Adolf Hitler eine neue einzigartige Dankeskundgebung. Als der Führer auf den festlich geschmückten Balkon des Theaters trat, kannte die Begeisterung keine Grenzen mehr. Minutenlang hallte der Platz wider von den Heil-Rufen, reckten die Menschen die Hände hoch, winkten mit Tüchern und warfen Blumen hoch. Während dem Führer immer wieder der Jubel der Massen entgegenbrauste, trat er auf Dr. Neumann zu und heftete ihm das Goldene Ehrenzeichen der Partei an die Brust. Gleichzeitig ist Dr. Neumann zum **44**-Oberführer ernannt worden.

Dann entbietet für die Memeldeutschen Dr. Neumann dem Führer den Willkommensgruß. „Das nationalsozialistische Deutschland hat die Schmach getilgt und hat die Grenze weggesegelt!“ So rief der Führer der Memeldeutschen unter der begeisterten Zustimmung der Massen aus. „Wir haben den Glauben an das deutsche Volk nie verloren und unser Glaube wuchs, als dem deutschen Volke ein Führer erstand, der es aus Schmach und Verelendung herausführte zu Glanz und Ehre. Unser Glaube ist uns nie verloren gegangen. Wir sind heute frei und gehören wieder zum großen deutschen Vaterlande. Der Dank dafür gebührt dem Manne, der unsere Freiheit zu unserem Lebenserlebnis gemacht hat. Unser Dank dem Führer aller Deutschen: Adolf Hitler! Sieg Heil! Sieg Heil! Sieg Heil!“

Dann grüßte der Führer im Namen des ganzen deutschen Volkes die Memeldeutschen. Er dankte ihnen für ihren tapferen und mannhaften Kampf. Und er sprach dann die denkwürdigen Worte: „Ihr seid einst von einem Deutschland im Stich gelassen worden, das sich der Schmach und der Schande ergeben hatte. Jetzt seid ihr zurückgekehrt in ein gewaltiges neues Deutschland, das wieder unerschütterliche Ehrbegriffe kennt, das sein Schicksal nicht Fremden anvertrauen will und wird, sondern das bereit und entschlossen ist, sein Schicksal selbst zu meistern und zu gestalten, auch wenn dies einer anderen Welt nicht gefällt.“ Nun werde das Memeldeutschtum, so erklärte der Führer weiter, für alle Zukunft teilhaben an der Arbeit, an dem Glück und — wenn es sein müsse — auch an den Opfern des ganzen deutschen Volkes. Der Führer schloß mit dem Schwur, daß keine Macht der Welt die Gemeinschaft, in die nun nach Not und Leid die Memeldeutschen aufgenommen seien, jemals wieder zerbrechen werde. Jeder Satz wurde mit brausenden Rundgebungen begleitet, die sich am Schluß der Rede zu gewaltigen Ovationen für den Führer steigerten, die an Stärke und Tiefe des Gefühls nicht hinter den Szenen unendlichen Glückes zurückstanden, die die Heimkehr der Ostmark und des Sudetenlandes begleiteten.

Als der Führer dann am Nachmittag zum Preußentai zurückfuhr, mußte er noch unzähligen memeldeutschen Volksgenossen die Hände drücken. Immer wieder dankte der Führer grüßend für die Rundgebungen, die ihn begleiteten,

als er sich mit dem „Leopard“ an der in Paradeauffstellung aufmarschierten Flotte vorbei zum Panzerschiff „Deutschland“ begab. Gegen Abend ging die Flotte wieder in See. Ein Tag von geschichtlicher Größe hatte seinen Abschluß gefunden.

Die Übernahme des befreiten Landes hat sich inzwischen planmäßig vollzogen. Noch am Abend des 23. März konnte das Oberkommando der Wehrmacht bekanntgeben, daß Teile der deutschen Wehrmacht das Memelgebiet unter den Waffenschutz des Reiches genommen haben. Es waren daran beteiligt Flotte und Luftwaffe. Die Übernahme verlief planmäßig und ohne Zwischenfälle. Im Reichsgesetzblatt wurde gleichzeitig das Gesetz über die Wiedervereinigung des Memellandes mit dem Deutschen Reich veröffentlicht, das der Führer an Bord des Panzerschiffs „Deutschland“ erlassen hatte. Darin wird bestimmt, daß das Memelland in das Land Preußen und in die Provinz Ostpreußen eingegliedert wird. Es kommt zum Regierungsbezirk Gumbinnen. Am 1. Mai 1939 tritt im Memelland das gesamte Reichsrecht und das preußische Landesrecht in Kraft. Zum Überleitungskommissar ist der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, Gauleiter Koch, ernannt worden. Sein Stellvertreter ist Dr. Neumann.

Weiter wurde am 23. März in Berlin nach Verhandlungen zwischen einer deutschen und einer litauischen Delegation der Vertrag zwischen Deutschland und Litauen über die Wiedervereinigung des Memellandes mit dem Reich unterzeichnet. In dem Vertrag ist ein Ausbau der deutsch-litauischen Beziehungen auf neuer Grundlage vorgesehen. Litauen erhält eine Freihafenzone im Memeler Hafen und hat das Recht, seine Ausfuhrwaren zollfrei auf der Bahnlinie über Krottingen nach dem Hafen zu transportieren. Zur Befestigung des Entschlusses der beiden Staaten, eine freundschaftliche Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und Litauen sicherzustellen, übernehmen — wie es in Art. 4 des Abkommens heißt — beide Teile die Verpflichtung, weder zur Anwendung von Gewalt gegeneinander zu schreiten, noch eine gegen einen der beiden Teile von dritter Seite gerichtete Gewaltanwendung zu unterstützen.

Mit diesem Vertrag sind Artikel 99 des Versailler Diktats und das Pariser Memelabkommen vom Mai 1924, das ohnehin nie eingehalten wurde, endgültig ausgelöscht. Dafür ist eine Lösung gefunden worden, die nicht nur dem Memelland und dem Reich gerecht wird, sondern die auch für Litauen neue Hoffnungen auf eine Stabilisierung der Verhältnisse im eigenen Staat und auf eine gute wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Reich eröffnet hat.

Auch die Überleitung der Behörden im Memelland, soweit sie von Litauern verwaltet wurden, hat sich reibungslos vollzogen. Es handelte sich dabei um die Bahnverwaltung, das Zollwesen, die Eisenbahn und die Post. Da hier in der Hauptsache Litauer beschäftigt waren, mußte ein reichsdeutscher Beamtenapparat erst aufgebaut werden. Was den Zahlungsverkehr anbetrifft, so ist bereits neben der litauischen Litwährung die Reichsmark eingeführt worden, wobei als Umrechnungskurs 40 Pfennig für einen Lit festgesetzt worden sind. Inzwischen sind auch die memeldeutschen Soldaten aus dem litauischen Heer entlassen worden. Ebenso sind die letzten Memelländer, die von litauischen Gerichten verurteilt worden waren, ins Memelgebiet zurückgekehrt. Es handelte sich dabei hauptsächlich um Deutsche, die vom litauischen Kriegsgericht verurteilt worden waren, weil sie sich geweigert hatten, unter litauischer Fahne zu dienen, oder die auf Grund des litauischen Staatsschutzgesetzes wegen angeblicher politischer Vergehen verurteilt worden waren. Der memeldeutsche Ordnungsdienst ist als

105. Standarte in die Schutzstaffel der NSDAP. übernommen worden. Die memeldeutsche SA. ist der Gruppe Ostland unterstellt worden. Auch die NSB. hat unmittelbar nach dem Einmarsch der Truppen ihre Tätigkeit im Memelland aufgenommen. Zahlreiche Feldküchen sind überall eingesetzt worden und es wurden umfangreiche Lebensmittelmengen und Kleider verteilt. Allein der Wert der an Hilfsbedürftige abgegebenen Kleidungsstücke beläuft sich auf rund 1,4 Millionen Reichsmark.

So kann auch das Memelland wieder mit neuer Hoffnung in die Zukunft blicken. Nicht nur, daß das Land nach zwanzigjähriger Fremdherrschaft wieder frei ist, sondern es eröffnen sich jetzt auch wieder hoffnungsvolle Ausblicke auf einen schnellen wirtschaftlichen Aufstieg. Die ersten Hilfsmaßnahmen werden der Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der Behebung der Notlage auf dem Lande dienen. So ist die Hoffnung durchaus nicht ungerechtfertigt, daß bei der Wirtschaftskraft des Großdeutschen Reichs im Memelland mit seinen 150 000 Einwohnern zum mindesten die wirtschaftlichen Schäden der litauischen Zwangsherrschaft bereits in einigen Wochen beseitigt sein können.

Litauen

Das Deutschtum fordert energisch eine Erleichterung seiner Lage — Vertretertag des Kulturverbandes: Bekenntnis zum Nationalsozialismus — Deutsche Handwerkfertigung

Trotz der mehrmals bewiesenen Lebensfähigkeit der deutschen Volksgruppe in Litauen sind ihr infolge der Maßnahmen der litauischen Regierung gegen deutsche Schulen und Organisationen größere und günstigere Entwicklungsmöglichkeiten versagt gewesen. Überall, wo eine prinzipielle Entscheidung der Regierung erforderlich war, konnte kein Fortschritt erzielt werden. Aus diesem Grunde hat sich die Führung der deutschen Volksgruppe entschlossen, an die litauische Regierung in energischer Form konkrete Forderungen zu stellen.

Am 15. Februar überreichte der Präsident des Kulturverbandes der Deutschen Litauens, Herr v. Reichardt, der litauischen Regierung durch den Ministerpräsidenten Mironas eine Denkschrift, die sechs Forderungen enthält. Der Schwerpunkt dieser Forderungen liegt auf dem Gebiet des Schulwesens. Bekanntlich konnten infolge der falschen Pässeintragungen über die Volkszugehörigkeit in den letzten Jahren nicht nur keine neuen deutschen Schulen eröffnet werden, sondern auch die bestehenden deutschen Schulen wurden zahlenmäßig immer geringer. In den ersten Jahren der litauischen Unabhängigkeit, als mit dem Aufbau des Volksschulnetzes begonnen wurde, verfügten die Deutschen über etwa 40 staatliche deutsche Volksschulen. Diese Zahl sank andauernd und hat heute so ziemlich den Nullpunkt erreicht, da es kaum noch eine staatliche Schule gibt, in der der Deutschunterricht so erteilt wird, wie es das Schulgesetz verlangt. Die Deutschen besitzen augenblicklich nur sechs private Volksschulen, ein privates Gymnasium in Rowno und ein privates Progymnasium in Rybarten. Ebenso schwierig ist das deutsche Organisationsleben. Die Zentralorganisation der Deutschen Litauens, der Kulturverband, muß den kulturellen Anforderungen der 35 000 Deutschen (nach amtlicher Statistik) und 45 000 Deutschen (nach privaten Schätzungen) genügen, trotzdem er nur 19 Ortsgruppen besitzt. Die Gründung neuer Ortsgruppen hat das Innenministerium nicht gestattet.

Von oben erwähnten Feststellungen ausgehend hat der Kulturverband folgende 6 Forderungen an die litauische Regierung formuliert:

1. Alle falschen Volkszugehörigkeitsvermerke sind abzuändern, wobei den Pasinghabern keinerlei Schwierigkeiten bei der Festsetzung ihrer Volkszugehörigkeit zu machen sind.
2. Bis zur technischen Durchführung der Amänderung der Volkszugehörigkeitsvermerke in den Pässen ist allen deutschen Kindern der Besuch deutscher Schulen zu gestatten.
3. Die Zahl der deutschen Schulen in Litauen ist im Laufe von 5 Jahren stufenweise auf mindestens 50 zu erhöhen.
4. Der zentralen deutschen Organisation Litauens — dem Deutschen Kulturverbände — muß die Gründung von Ortsgruppen überall dort gestattet werden, wo eine entsprechende Zahl von Personen es wünscht.
5. Ungezüglicher Druck und andere polizeiliche Maßnahmen gegen deutsche Organisationen und deren Mitglieder sind zu verbieten.
6. Den staatlichen Behörden muß nahegelegt werden, den schriftlichen Klagen der Deutschen ernstliche Beachtung zu schenken und sie zu beantworten.

Die Denkschrift schließt mit folgenden Worten: „Der Kulturverband der Deutschen Litauens glaubt das Recht zu haben, erwarten zu dürfen, daß die litauische Regierung in kürzester Frist diese Mindestforderungen zur Erleichterung der kulturellen Lage der Deutschen Litauens erfüllen wird.“

Der Denkschrift wurden zwei Abschriften früherer Eingaben und 1554 Anträge um Abänderung der falschen Volkstumsvermerke beigelegt. Weitere Anträge zur Abänderung der Volkszugehörigkeit werden vom Kulturverbände gesammelt und an den Ministerpräsidenten weitergeleitet werden.

Diese im Memorandum enthaltenen grundsätzlichen Forderungen der deutschen Volksgruppe in Litauen sind durch zwei weitere Eingaben an das Bildungs- und an das Innenministerium im einzelnen ergänzt worden. In einem am 8. März an den litauischen Bildungsminister gerichteten Schreiben wird die Wiedereinführung der deutschen Unterrichtssprache in 25 ehemaligen deutschen Schulen verlangt. Laut Artikel 26 des litauischen Volksschulgesetzes muß nämlich überall dort, wo 30 nichtlitauische Kinder vorhanden sind, der Unterricht in der Muttersprache dieser Kinder gegeben werden. Unter den genannten 25 Schulen befinden sich die Schulen in Rybarten, Wirballen, Wischtyten, Wilkowiškien, Mariampol-Neustadt, Schaki, Georgenburg, Tauroggen usw. Die Forderung der Wiedereinführung des deutschen Sprachunterrichts in den 25 Schulen muß nur als Teilforderung betrachtet werden. Weitere Forderungen zur Regelung der Lage auf dem Gebiete des Schulwesens werden noch folgen.

In einer zweiten Eingabe an den litauischen Innenminister wird die Errichtung von zwölf neuen Ortsgruppen des Kulturverbandes der Deutschen Litauens verlangt. Laut dem neuen Vereinsgesetz müssen nämlich zur Gründung von Ortsgruppen vorher Genehmigungen eingeholt werden.

Die Eingaben der deutschen Volksgruppe an die Regierung fanden großen Widerhall sowohl im Inlande als auch im Auslande. Fast alle Rundfunksender der wichtigsten europäischen Hauptstädte gaben die Meldung über die deutschen Eingaben mehrere Male durch. Die litauische Presse nahm auch zu den Eingaben Stellung, allerdings nicht immer in objektiver Form. Aus diesem Grunde hat sich der Kulturverband entschlossen, eine eigene Pressestelle zu

errichten, die auch den litauischen Zeitungen Nachrichtenmaterial über das Leben der Deutschen in Litauen zugehen lassen wird. Die Deutschen Litauens haben nichts zu verbergen und zu verheimlichen. Sie kämpfen nur um ihr gutes Recht, und niemand kann sie deswegen verurteilen.

Nach dem Beispiel des Kulturverbandes der Deutschen Litauens hat auch die deutsche Kirchenleitung Forderungen zur Abstellung der Missetände innerhalb der evang.-lutherischen Kirche Litauens gestellt. Der Senior der deutschen evangelischen Synode, Propst Tittelbach, hat am 7. März durch das Konsistorium an die litauische Regierung folgende Forderungen gerichtet:

1. Der deutsche Senior ist berechtigt, nach eigenem Ermessen deutsche Synoden einzuberufen.
2. Die Beschlüsse der deutschen Synode sind für alle deutschen Gemeinden als verbindlich zu erklären.
3. Zu den deutschen Gemeinden gehören alle Lutheraner, welche deutsche Gottesdienste wünschen.
4. Die deutschen Gemeinden müssen unter Führung des deutschen Seniors stehen.
5. Die deutschen Kinder müssen auf Wunsch der Eltern oder Vormünder in den Schulen, in dem Konfirmandenunterricht oder Rindergottesdienst den Unterricht in deutscher Sprache erhalten.
6. Die Bescheinigung der deutschen Volkszugehörigkeit erteilt der zuständige Pastor auf Wunsch der Eltern oder der Vormünder der Kinder.
7. Wo kein deutscher Religionsunterricht erteilt wird, sind die deutschen Kinder vom Religionsunterricht zu befreien. Sie können in der Religion Privatunterricht von solchen Personen empfangen, die vom deutschen Senior autorisiert sind. Bescheinigungen über Prüfungserkenntnisse, welche vom zuständigen Pastor ausgestellt werden, werden von der Schulleitung anerkannt.
8. Die Aufsicht über den Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen steht, was die deutschen Kinder betrifft, dem deutschen Senior zu.
9. In den Schulen, in denen deutscher Religionsunterricht erteilt wird, müssen auch die Examen in deutscher Sprache abgehalten werden.

Zu den Forderungen der deutschen evang.-lutherischen Kirchenleitung in Litauen muß festgestellt werden, daß die Lage der evang.-lutherischen Kirche in keiner Weise gesetzlich geregelt ist. Zur Zeit gelten noch einzelne Bestimmungen des alten russischen Gesetzes, das den Zaren als höchsten und einzigen Gebieter in kirchlichen Fragen vorsieht. Seitens der deutschen evang.-lutherischen Kirchenleitung ist bereits vor Jahren mehrmals eine gesetzliche Neuregelung des evang.-lutherischen Kirchenwesens in Litauen vorgeschlagen worden, leider immer vergeblich. Die unnormale Lage auf dem Gebiete des evang.-lutherischen Kirchenwesens ist auch innerhalb der litauischen Regierungskreise erkannt worden. Allerdings hat man trotz zahlreicher Ankündigungen bisher kein Gesetz erlassen, das diesen Zustand beseitigen würde. Laut den Angaben des evang.-lutherischen Konsistoriums soll die Zahl der Evangelischen in Litauen 65—70 000 betragen, darunter etwa 12 000 Letten, die übrigen Deutsche und Litauer.

Unter reger Beteiligung des örtlichen Deutschtums und unter Teilnahme von annähernd 50 Vertretern aus allen Teilen des Landes fand in Rowno am 4. März der Vertretertag des Kulturverbandes der Deutschen Litauens statt.

Die Tagung wurde vom Präsidenten des Kulturverbandes, v. Reichardt, eröffnet, der in seiner grundlegenden Eröffnungsrede Rückschau auf die geleistete Arbeit hielt und die Richtlinien der künftigen Arbeit festlegte. Die Parole des letzten Delegiertentages am 8. Dezember lautete: Unererschütterliches Zusammenhalten, Schaffung einer wahren Volksgemeinschaft. Diese Aufgabe ist voll und ganz erfüllt worden. Die Richtlinien für die Zukunft sollen 1. eine Vertiefung der Arbeit der einzelnen Ämter des Kulturverbandes, 2. eine Förderung der Jugendarbeit und 3. die Schaffung eines Deutschen Hauses bedeuten. Fernerhin soll an der Erfassung aller Deutschen in Litauen gearbeitet werden. Nur auf diesem Wege wird sich die 40 000 zählende Volksgruppe in Litauen ein Recht erkämpfen können, das ihr gebührt.

„Die Arbeit, die uns bevorsteht — führte Präsident v. Reichardt weiter aus —, ist so schwer, daß wir sie ohne den Glauben an unsere Volksgruppe gar nicht lösen könnten. Aber diesem Glauben geht die Gewißheit voran, daß wir auch ein Teil des großen deutschen Volkes sind, welches gerade in letzter Zeit Übermenschliches geleistet hat. Darum will ich von dieser Stelle aus, als Führer des Deutschtums in Litauen, öffentlich bekanntgeben: als Glieder der großen deutschen Nation bekennen wir uns zur deutschen Weltanschauung. Diese deutsche Weltanschauung ist der Nationalsozialismus. Das ist der Glaube an die Gemeinschaft unseres Volkes, unabhängig von Raum und Grenze.“

Die obigen Ausführungen des Präsidenten v. Reichardt waren von stürmischem Jubel und Sieg-Heil-Rufen begleitet.

Wie aus dem darauf verlesenen Geschäftsbericht für das verflossene Arbeitsjahr hervorgeht, ist wohl seit dem Bestehen des Kulturverbandes in keinem Arbeitsjahr so viel völlige und kulturelle Aufbauarbeit geleistet worden, wie im verflossenen Geschäftsjahr. Auf fast allen Gebieten des kulturellen Lebens ist ein Aufstieg und ein Erwachen festzustellen. Vor zwei Jahren hat der Hauptvorstand dem Delegiertentag einen Drei-Jahres-Plan vorgelegt. Dieser Drei-Jahres-Plan ist im Laufe von zwei Jahren fast restlos erfüllt worden. Eine Ausnahme allerdings bildet das Schulgebiet. Aber auch auf diesem Gebiete hofft der Kulturverband durch seine Vorstellungen bei der Regierung weiterzukommen.

Zum Schluß der eindrucksvollen Tagung wurde eine Entscheidung folgenden Inhalts angenommen: Die Vertreter des Deutschtums in Litauen, im Rahmen des Delegiertentages des Kulturverbandes versammelt, haben mit Interesse die Berichte ihrer Führung gehört. Sie erklären sich mit den getroffenen Maßnahmen einverstanden und stehen unererschütterlich hinter ihren Führern. Die Vertreter des Deutschtums in Litauen erklären, daß sie die von der Führung gestellten Forderungen an die Regierung als Mindestmaß zur Besserung der katastrophalen Lage des deutschen Schulwesens in Litauen ansehen. Die Vertreter des Delegiertentages schlagen vor, folgende Entschlüsse anzunehmen und auf telegraphischem Wege an den Staatspräsidenten weiterzuleiten:

„Die Vertreter der Deutschen Litauens, versammelt auf dem Delegiertentage des KV. begrüßen Ew. Excellenz und erlauben sich, in größter Sorge um die Schulerziehung ihrer Jugend, an den Herrn Staatspräsi-

den den die dringende Bitte zu richten, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die in der Denkschrift des Kulturverbandes am 15. Februar an die Regierung gestellten Forderungen berücksichtigt werden.“

Es ist zu erwarten, daß die litauische Regierung, in Anbetracht der bewiesenen Loyalität der deutschen Volksgruppe, sich nunmehr bereit erklärt, die jahrelang in Denkschriften und Einzeleingaben an die litauische Regierung gerichteten Wünsche der Deutschen Volksgruppe zu berücksichtigen. Die Deutschen Litauens haben geduldig jahrelang das schwere Leid getragen. Man kann es deshalb verstehen, wenn sie jetzt, nachdem ein Umbruch auf dem Gebiete der Behandlung der Volksgruppen in ganz Europa im Gange ist, ihre Wünsche energischer vorzutragen beginnen. Eine Berücksichtigung dieser Wünsche wird auch ein Beitrag für den Frieden sein.

*

Am 4. März hatten sich die deutschen Handwerker Litauens zum zweiten Male zu einer Arbeitstagung in Rowno versammelt. Auch an dieser Tagung nahmen über 50 Vertreter des deutschen Handwerks teil. Nach einem längeren Geschäftsbericht über die Tätigkeit des Handwerkeramtes und des Handwerkerausschusses und der beiden Unterabteilungen, der Arbeitsvermittlungsstelle und der Berufsberatungsstelle, folgte eine rege Aussprache über verschiedene Berufsfragen der Handwerker. Neben verschiedenen wichtigen Beschlüssen für die Arbeit der Zukunft wurde auch der Beschluß zur Schaffung einer Werthilfe gefaßt. Diese Werthilfe soll durch Besteuerung der älteren Handwerker ins Leben gerufen werden und zur Förderung des Nachwuchses dienen. Wie aus dem Verlauf der Tagung hervorgeht, hat die Arbeit auf dem Gebiete des deutschen Handwerks in Litauen an Planmäßigkeit zugenommen.

Estland

Innerstaatliche Fragen — Wechsel in der deutschen Führung — Um die Einigung der Volksgruppe — Deutsche Studentenschaft im Umbruch

Nachdem im vergangenen Jahr die staatlichen Zentralinstitutionen Estlands auf Grund der neuen Verfassung ihre Tätigkeit aufgenommen haben (der Staatspräsident und die beiden Kammern des Parlaments), ist die heutige innerpolitische Lage vor allem dadurch gekennzeichnet, daß diese tragenden Faktoren der inneren Entwicklung Estlands durch ihre Tätigkeit die tatsächliche Abgrenzung ihrer Verantwortung herbeizuführen bestrebt sind. Die estländische Verfassung hat eine sehr genau und fein ausgewogene gegenseitige Abgrenzung der Tätigkeitsgebiete der Zentralinstitutionen vorgesehen. Gerade im Hinblick darauf wird naturgemäß die Durchführung der neuen Verfassung in starkem Maße davon abhängen, wieviel Geschick und Leistung die Träger jeder der neuen Staatsinstitutionen aufweisen werden.

Bei der überragenden persönlichen Bedeutung des neuen Staatspräsidenten Konstantin Päts für den gesamten Staatsaufbau ist es nicht weiter verwunderlich, daß insbesondere die Abgeordnetenversammlung, welche laut Verfassung eine richtunggebende Verantwortung und Tätigkeit innerhalb des Staates trägt, es

heute nicht leicht hat, über die ihr laut Verfassung zustehenden Rechte heraus eine wirkliche Autorität im Lande zu erlangen.

Der Prozeß der Einordnung des Parlaments in den reformierten Staatskörper im Sinne der Gewinnung einer eigenen Autorität dürfte in Anbetracht der vorliegenden Umstände langsam vor sich gehen, insbesondere deshalb, weil innerhalb der Abgeordnetenkammer selbst nur geringe Gruppen zu finden sind, die den Willen dazu haben, den Einfluß des Parlaments im Rahmen des Staatslebens weiter auszugestalten.

Bekanntlich haben die Deutschen infolge der Einführung des Mehrheitswahlrechts ihre Vertretung in der ersten Kammer des Parlaments verloren, eine Tatsache, die gerade in letzter Zeit, wo im Parlament sehr wichtige, vor allem wirtschaftspolitische Fragen zur Lösung stehen, von seiten des Deutschums schmerzlich empfunden wird. Aber die Kulturselbstverwaltung hinweg, die die betreffende Persönlichkeit wählt, besitzt dagegen das Deutschtum eine Vertretung in der zweiten Kammer, im Staatsrat.

Der erste Vertreter der deutschen Volksgruppe im Staatsrat war der frühere langjährige Kulturpräsident Harry R o c h, der jedoch sein Amt infolge einer lang dauernden Krankheit tatsächlich nicht antreten konnte und sich daher genötigt sah, zu Beginn dieses Jahres sein Amt niederzulegen.

An seine Stelle wurde der bisherige deutsche Kulturpräsident Wilhelm Baron Wrangel in den Staatsrat gewählt, der sein neues Amt bereits angetreten hat, so daß nunmehr die deutsche Volksgruppe in Estland auch im Rahmen des estländischen Parlaments, wenn, wie gesagt, auch nur in der zweiten Kammer, seine Stimme wird erheben und an der Gesamtvertretung für die Entwicklung des Staates teilnehmen können.

Zum neuen Präsidenten der Deutschen Kulturverwaltung wurde der bisherige langjährige Vizepräsident und Leiter des Kulturamtes Dr. H e l m u t h W e i ß gewählt, eine Wahl, die in breitesten Kreisen des Deutschums mit Genugtuung aufgenommen worden ist.

Wenn so im Rahmen der offiziell führenden Deutschumsorganisationen in den letzten Monaten wesentliche Veränderungen vor sich gegangen sind, so kann daselbe auch im Hinblick auf andere wichtige Deutschumsverbände gesagt werden.

Bekanntlich ist in Estland schon seit längerer Zeit das Bestehen politischer Parteien verboten. Da dadurch eine politische Koalitionsmöglichkeit dem Deutschtum genommen wurde, es aber auf die Dauer für die deutsche Volksgruppe nicht möglich war, sich jeder organisatorischen Arbeit fernzuhalten, so erfolgte im Lauf der letzten Monate auch nach außen hin sichtbar der Ausbau einer bisher engere Ziele anstrebenden deutschen Organisation, die dazu aufersehen ist, den Rahmen für die Durchführung der Volksgemeinschaft in Estland zu bilden. Es handelt sich hierbei um die Volksdeutsche Vereinigung, an deren Spitze der Führer der nationalsozialistischen Gruppe aus dem Jahre 1932/33, Rittmeister von zur M ü h l e n, getreten ist.

Wenn damals, nachdem die nationalsozialistische Gruppe unter Rittmeister von zur Mühlen die Mehrheit in der Deutschbaltischen Partei erlangt hatte, von seiten des Staates Repressivmaßregeln erfolgten und z. B. Rittmeister von zur Mühlen nach seiner Verhaftung das Verbot auferlegt wurde, sein Gut zu verlassen, so haben sich seitdem die Verhältnisse insofern grundlegend geändert, als heute der Ausbau der Volksdeutschen Vereinigung selbst, wie auch die Führerschaft Rittmeisters von zur Mühlen, von den staatlichen Organen durch-

aus anerkannt wird. Seit dem Jahre 1933/34 haben sich zudem die Verhältnisse innerhalb des Volkstums insofern völlig geändert, als heute die gesamte Volksgruppe auf dem Boden der nationalsozialistischen Weltanschauung steht und gerade auf diesem Boden die Volksgemeinschaft durchgeführt werden soll. Rittmeister von zur Mühlen ist als Führer der Volksgruppe auch von dem Teil der früheren nationalsozialistischen Gruppe anerkannt worden, der nach den Repressalien des Jahres 1933 unter Führung von Rechtsanwalt D. Luz sich in der Organisation „Selbsthilfe“ zusammengeschlossen hatte.

Verhandlungen zu einer völligen Verschmelzung und einheitlichen Ausrichtung der gesamten Volksgruppe sind im vorigen Herbst aufgenommen worden. Sie scheinen zeitweise, wie schon im vorigen Bericht ausgeführt, zu einer Einigung geführt zu haben. Wenn diese auch heute noch nicht erreicht ist, so steht doch fest, daß der Wille zu einer solchen Einigung in weitesten Kreisen des Volkstums lebendig ist und an Stärke gewinnt.

Eine hervorstechende Sorge der Volkstumsführung in Estland wird durch die Lage der deutschen Jugendorganisationen hervorgerufen. Das deutsch-baltische Pfadfinderkorps, das vor Jahr und Tag vom Staat aufgelöst wurde, hat bisher nicht durch eine umfassende deutsche Jugendorganisation abgelöst werden können. Nun ist die Notwendigkeit eines solchen umfassenden Zusammenschlusses der Jugend eine ganz eindeutige. Jeder, der in Estland heute mit jungen Deutschen in Verbindung tritt, wird dies immer wieder sehr deutlich erkennen können. Die Schwierigkeiten, die auf diesem Gebiet zu überwinden sind, liegen aber zum großen Teil auf einem Gebiet, das der Verantwortung und Entscheidung der deutschen Volksgruppe entzogen ist. Und zwar handelt es sich darum, daß auch die estnischen Jugendverbände eben im Prozeß einer Umformung begriffen sind, an der in leitender Weise auch der Staat beteiligt ist. Bevor nicht die endgültige Form für die estnische Jugendbewegung geschaffen sein wird, ist kaum darauf zu hoffen, daß auch unsere deutsche Jugend wieder eine für die ganze Jugend umfassende gemeinsame Lebensform erhalten wird.

Als Übergangsorganisation sind Schülerbünde geschaffen worden, die in den einzelnen Schulen aufgebaut worden sind und der Aufsicht durch die einzelnen Schuldirektoren unterliegen. Die Schwierigkeit einer solchen Lösung liegt naturgemäß darin, daß eben das Umfassende fehlt. Eine Auseinanderentwicklung der einzelnen Schülerbünde entsprechend dem besonderen Charakter der Schule usw. kann leicht erfolgen.

Eine ähnliche Entwicklung, wenn auch von anderen Faktoren ausgehend, sehen wir innerhalb der deutschen Studentenschaft. Die deutsche Studentenschaft hat sich bisher in den deutschen Korporationen gesammelt, die auf eine alte und im Sinne der Erstarkung des Volkstums sehr positive Geschichte zurückblicken können.

Der neue Mannschafsgedanke, der Hand in Hand mit dem Umbruch innerhalb der deutschen Jugend unter der Dorpater Studentenschaft immer stärker Fuß faßte, hat eben noch keine endgültige neue Form innerhalb des deutschen Studentenlebens gefunden.

Wohl gibt es unter der deutschen Studentenschaft in Dorpat eine Gruppe von deutschen Studenten, die den alten korporativen Gedanken grundsätzlich ablehnen und etwa nach dem Muster des Zusammenschlusses der Studenten im Reich ein Mannschafthaus gegründet haben. Daneben bestehen aber noch die alten Korporationen, in denen jedoch ein deutlicher innerer Umbruch vor sich

gegangen ist, der gerade in der letzten Zeit auch nach außen hin seinen Ausdruck zu finden beginnt.

Es ist eben noch schwer, vorauszusagen, ob es gelingen wird, eine Synthese zwischen dem Grundsatz des Korporationswesens und dem modernen Mannschafsgedanken zu finden, oder ob der letztere sich allmählich in seiner ursprünglichen Form durchsetzen wird.

Bei einer aufmerksamen Betrachtung der Entwicklung der deutschen Volksgruppe in Estland erkennt man immer deutlicher, wie eine allmähliche, aber unaufhaltsame Umgestaltung des gesamten Volkskörpers von unten herauf vor sich geht, indem die heranwachsende Jugend Inhalt und Form der deutschen Erneuerung immer stärker in den gesamten Volkskörper auch organisatorisch hineinträgt.

Es muß jedoch hierbei darauf hingewiesen werden, daß schon jetzt im Lauf dieses Prozesses deutlich zu merken ist, wie die Anpassung gerade in formaler Hinsicht an die bestehenden Notwendigkeiten und Gegebenheiten vor sich geht. Denn die deutsche Volksgruppe in Estland siedelt ja nicht im luftleeren Raum, sondern in einem staatlichen Körper, mit dessen Gesetzen zu rechnen ist. Zugleich lebt die deutsche Volksgruppe neben und mit dem estnischen Volk, das den Staat führt und in immer betonterem Maße bestrebt ist, ihm artgemäße Formen des gesellschaftlichen und soziologischen Lebens zu bilden.

Polen

Verschlechterung der Lage des Deutschtums auf der ganzen Linie — Behinderungen in der Volkstumsarbeit — Drosselung der deutschen Presse — Hausfuchungen — Ausweisungen aus der Grenzzone — Senator Hasbach vor dem Senat — Die deutsch-polnischen Besprechungen

Die ersten Monate des neuen Jahres brachten eine weitere Verschlechterung der allgemeinen Lage des Deutschtums in Polen. Auf allen Gebieten wurden von den Behörden Maßnahmen ergriffen, die eine Zurückdrängung des Deutschtums und eine Einengung seines Lebensraumes bedeuteten. Auf der anderen Seite taten die Presse und die unverantwortlichen Aktionen des Westverbandes alles, um die öffentliche polnische Meinung gegen das deutsche Element in Polen, das von je ein Element der Ordnung war, aufzuwiegeln und ihm Absichten zu unterstellen, die dem Deutschtum immer fern lagen.

Sämtliche Organisationen der deutschen Volksgruppe, ob es sich nun um wirtschaftliche, kulturelle oder politische handelt, sind auf das stärkste in ihrer Aktionsfreiheit eingeschränkt. Ganz abgesehen von politischen Rundgebungen größeren Stiles, die heute nur noch in den seltensten Fällen abgehalten werden können, tauchen bei der Veranstaltung von Feiern Schwierigkeiten auf, wie man sie früher gar nicht geahnt hat. So sind u. a. die Feiern deutscher Organisationen aus Anlaß des Heldengedenktages in vielen Fällen „wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“ verboten worden!

Auch die Leiter der deutschen Organisationen werden betroffen. So wurden dem Leiter des deutschen Volksbundes in Oberschlesien, Dr. Aliz, der Paß abgenommen und dem Leiter der Deutschen Vereinigung in Bromberg, Dr. Röhner, die weitere Verlängerung seines Auslandspasses verweigert.

Damit wurde diesen beiden Volkstumsführern ein Überschreiten der Grenzen des polnischen Staates unmöglich gemacht. Eine Begründung dieser Maßnahmen wird behördlicherseits abgelehnt.

Neben der Behinderung der deutschen Organisationen, die bei der strengen Auslegung des polnischen Vereinsgesetzes an und für sich schon verhältnismäßig geringe Arbeitsmöglichkeiten besitzen, ist es vor allem die deutsche Presse in Polen, die durch ständige Beschlagnahmen in jeder Hinsicht vor allem auch materiell getroffen wird. Für die deutsche Presse ist es oft schwer, zur Lage des Deutschtums in Polen Stellung zu nehmen. Oft erscheinen die deutschen Blätter in Polen mit einer ganz weißen Seite, nicht selten sind auch die Fälle, in denen die Zeitungen mehrere Tage nacheinander beschlagnahmt werden. Zahlreich sind auch die auf Grund des neuen Pressedikrets erfolgenden Verurteilungen deutscher Schriftleiter. Auf Grund des Pressedikrets (das im Januar-Heft des „DiA.“ besprochen wurde) sind die deutschen Zeitungen in Polen von den zuständigen Starosteiern aufgefordert worden, als Untertitel die polnische Übersetzung des Namens der Zeitung zu führen. In deutschen Kreisen betrachtet man diese Maßnahme als Schilane, zudem sie auch formaljuristisch im Pressedikret keine Begründung findet. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß die polnischen Zeitungen im Reich nur mit ihrem einzigen polnischen Titel erscheinen. In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, daß eine im Verlage der Hauptgeschäftsstelle der Deutschen Vereinigung in Bromberg erschienene Reihe von Denkschriften und Eingaben der deutschen Senatoren von den polnischen Behörden beschlagnahmt wurde, und zwar unter Bezugnahme auf das neue Pressedikret und den Art. 170 des polnischen Staatsgesetzes. Dieser Artikel betrifft die Verbreitung von Nachrichten, die öffentliche Unruhe hervorrufen könnten. In der in Buchform erschienenen beschlagnahmten Denkschrift ist das Material enthalten, das den polnischen Ministerien überreicht worden war wegen der Lage der deutschen Bevölkerung in Westpolen, der durch die rigorose Anwendung des Grenzzonengesetzes und die systematische Verweigerung von Zulassungsgenehmigungen Besitz und Erwerb von Grundstücken unmöglich gemacht wird. Es ist noch zu erwähnen, daß die Veröffentlichung dieser Denkschrift nach dem Muster einer ähnlichen Eingabe des Polenbundes in Deutschland erfolgte, die in Deutschland nicht beanstandet worden ist. Aus der Beschlagnahme der Eingabensammlung und aus den ständigen Beschlagnahmen der deutschen Volksgruppenzeitungen geht klar hervor, daß die polnischen Behörden mit allen Mitteln das Bekanntwerden von Einzelheiten über die Nationalitätenpolitik Polens verhindern möchten.

*

In den Monaten Februar und März wurden auf Veranlassung der polnischen Lokalbehörden in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen besonders zahlreiche Vertreter der deutschen Volksgruppe verhaftet und Haus-suchungen bei den Organisationen abgehalten. Die Zahl der Verhaftungen steht noch nicht genau fest. Sie wurden vorgenommen vor allem in den Kreisen Kolmar, Neutomischel und Gnesen. Den Verhaftungen gingen lange Verhöre und Haus-suchungen voraus. Aus dem Verlauf der Verhöre läßt sich der Zweck der Verhaftungen einwandfrei feststellen: da die Gemeindewahlen in dieser Gegend, wo das Regierungslager gegenüber den Nationaldemokraten in der Minderheit ist, bevorstehen, versuchen die Lokalbehörden die Vertreter und

Wahlorganisatoren der deutschen Volksgruppe durch Einschüchterung zu zwingen, sich der Regierungsliste anzuschließen und auf eigene Kandidatenlisten zu verzichten. Zu diesem Zweck haben sie eine sogenannte Kompromißliste des Regierungslagers aufgestellt, auf der jedoch die Deutschen nicht die ihrem Bevölkerungsanteil entsprechende Kandidatenzahl erhalten. Da die deutschen Volksgruppenvertreter dieses Unsinns berechtigterweise zurückweisen, wird auf die eben geschilderte Art gegen sie vorgegangen.

Die polnische Polizei ist vor allem auch dann sehr rührig, wenn Angehörige der deutschen Volksgruppe meist aus niedrigen persönlichen Motiven bezichtigt werden, den polnischen Staat beleidigt oder gar gegen ihn gearbeitet zu haben. Die Gerichte kommen in all diesen Fällen sehr schnell zu Verurteilungen. Den polnischen Belastungszeugen wird Glauben geschenkt, während die deutschen Entlastungszeugen in den seltensten Fällen auch nur gehört werden. Wenn dann auf Grund eines so durchgeführten Prozesses der Deutsche verurteilt wird und seine Strafe abgesessen hat, kommt dann noch die Verwaltungsbehörde, also der Starost, und verfügt die Ausweisung aus der Grenzzone mit der Begründung — wenn eine Begründung überhaupt vorliegt —, daß der wegen eines antistaatlichen Deliktes bereits bestrafte Deutsche die Ordnung und Sicherheit in der Grenzzone bedrohe!!

Während Polizei und Gerichte den Staat vor einer angeblichen Bedrohung durch die „gefährliche deutsche Volksgruppe“ schützen zu müssen glauben, wird auf der anderen Seite sehr wenig getan, um die Sicherheit, den Schutz von Leben und Eigentum der Deutschen in Polen zu gewährleisten. Immer wieder werden Deutsche, die von Versammlungen heimkehren, überfallen, mißhandelt und oft schwer verletzt. Ein besonders schwerwiegender Fall ereignete sich im Kreise *Wirsi* im Nebegau. Dort wurde ein *Aberfall* auf das Gut des bereits auf das gesetzliche Minimum herabparzellierten Grafen von der Goltz verübt. Rund 250 polnische Bauern und Arbeiter kamen in geordneter Kolonne zu Fuß und auf Fahrrädern, um von dem deutschen Gutsbesitzer „Rechnenschaft“ zu fordern für eine Rede über die Lage des Deutschtums in Polen, die er polnischen Zeitungen nach angeblich auf einer internen Mitgliederversammlung der Jungdeutschen Partei gehalten haben soll. Es spielten sich auf dem Gutshof wilde Szenen ab. Graf Goltz wurde umringt und t ä t l i c h bedroht.

Bezeichnend für den Vorfall ist die Tatsache, daß sich der Demonstrationszug in der Kreisstadt *Wirsi* unter den Augen der Starosteibehörde sammelte und daß er an jeder Wegkreuzung dort bereits wartende Verstärkungen erhielt. Der Aberfall war also p l a n m ä ß i g vorbereitet. Die Polizei erschien trotz stundenlanger Bemühungen der Gutsverwaltung erst nach dem Abzug der Demonstranten. Obwohl sie den Zug, der wieder in geschlossener Formation abgerückt war, in wenigen Minuten hätten einholen können, lehnten die Beamten eine Verfolgung ab und beschränkten sich auf die Abfassung eines Protokolls. Das Gut ist vom Polizeiposten lediglich einen Kilometer entfernt.

Besonders kritische Zeiten brachen für das Deutschtum in Polen nach den letzten Danziger Zwischenfällen an. In Danzig hatten polnische Studenten einen Streit mit deutschen Studenten vom Saune gebrochen, in dem sie von vornherein dazu verurteilt waren, den kürzeren zu ziehen, da in Danzig sowohl der Senat als auch die deutsche Studentenschaft in jeder Hinsicht im Rechte waren. Nach einer Studentenversammlung im Gebäude der Universität in *P o s e n* kam es in Erwiderung darauf zu Straßendemonstrationen, bei denen die Schaufenster der „Evangelischen Vereinsbuchhandlung“ und der „Rosmosbuchdiele“,

sowie der Aushang des „Posener Tageblattes“ demoliert wurden. Zwei Redakteure des „Posener Tageblattes“ wurden von den Studenten mit Fäusten geschlagen. In den darauffolgenden Tagen wurden deutsche Lokale und Geschäfte immer demoliert, so daß zum Schluß die mehrfach neu eingesehten Fenster-scheiben einfach mit Brettern verschlagen werden mußten.

In Krakau unternahmen ungefähr zwanzig mit Stöcken bewaffnete polnische Studenten einen Überfall auf das Heim des „Vereins Deutscher Hochschüler“, das sie vollständig demolierten. Die im Heim anwesenden deutschen Studenten wurden übel zugerichtet. Zwei von ihnen mußten schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden.

In Warschau versuchten polnische Studenten am hellen Vormittag einen Überfall auf das Büro des deutschen Senators Hasbach. In den Räumen fand gerade eine Sitzung statt. Die polnischen Studenten, welche die Mützen der polnischen Studentenorganisation trugen, drängten gewaltsam in das Büro ein. Sie schlugen, ehe sie daran gehindert werden konnten, die Scheiben des Aktenschranks ein und liefen dann mit den Akten des deutschen Senators fort.

Auf allen polnischen Hochschulen müssen sich die deutschen Studenten im Interesse ihrer eigenen Sicherheit von den Vorlesungen fernhalten.

Von diesen Aktionen werden auch andere Städte und Ortschaften erfaßt, in denen Deutsche wohnen. In der Nacht zum 2. März hat der Westverband in Bromberg die ganze Stadt mit Plakaten überschwemmt, die an Häusern, Zäunen und Schaufenstern angeklebt wurden und in denen wieder zum Kampf gegen die Deutschen aufgefordert wurde.

Es muß jedoch unterstrichen werden, daß die Behörden nachträglich durch ihr Verhalten die Demonstrationen der polnischen Studentenschaft verurteilen. Jedenfalls kann man feststellen, daß z. B. in Posen durch eine Verfügung des Wojewoden bestimmt worden ist, daß der Posener Magistrat für diejenigen Schäden an deutschen Geschäften aufzukommen hat, die durch die Studentendemonstrationen entstanden und nicht durch Versicherungen gedeckt sind. Die Geschädigten sind vom Magistrat aufgefordert worden, entsprechende Anträge einzureichen. Die deutsche Volksgruppe hat darüber hinaus das Recht, zu fordern, daß die Behörden in der Lage sind, solche Aktionen im Keime zu ersticken.

*

Die gespannte Lage der deutschen Volksgruppe verlangte von ihren verantwortlichen Lenkern ständige Interventionen und erforderte energische Proteste, auf deren Erfolg allerdings immer noch gewartet werden muß. Der deutsche Senator Hasbach hat an den polnischen Ministerpräsidenten Gladkowsky Protesttelegramme wegen der Ausschreitungen polnischer Studenten gerichtet, in denen er die Bestrafung der Schuldigen forderte, sowie die Erlassung von Anordnungen, die eine Wiederholung derartiger Vorfälle unmöglich machen und die Sicherheit der deutschen Bevölkerung gewährleisten. Vorher wurde bereits von Senator Hasbach dem Ministerpräsidenten eine Eingabe überreicht, in der die Lage der deutschen Volksgruppe in Polen behandelt wird. Senator Hasbach sagt darin u. a.:

„Während meines letzten Besuches mit dem ehemaligen Senator Wiesner haben wir Ihnen, Herr Ministerpräsident, eine Denkschrift über die dringendsten Angelegenheiten unserer Minderheiten überreicht, die die nachstehenden Fragen behandelt:

1. Schulwesen,
2. Anwendung des Grenzzonengesetzes, besonders die Ausweisung poln. Staatsangehöriger deutscher Nationalität,
3. gleiche Behandlung der Arbeiter bei Entlassungen und Einstellungen,
4. Anwendung des Gesetzes über die Staatsangehörigkeit.

Zum Schluß haben wir die Kirchenfrage berührt.

Der Herr Ministerpräsident erklärte uns, daß die angeschnittenen Fragen wohlwollende Prüfung erfahren würden.

Zu meinem größten Bedauern muß ich jedoch feststellen, daß ich mit Ausnahme minimaler Erfolge überall auf Unlust, Ablehnung oder bewußte Hinschleppung der berührten Angelegenheiten gestoßen bin."

Trotz aller Maßnahmen und trotz des verzweifeltsten Rechtskampfes der deutschen Volksgruppe wurde auch in diesem Jahre die *Enteignungspolitik* auf Grund des Agrarreformgesetzes fortgesetzt. Der „*Dziennik Wstaw*" (das polnische Staatsgesetzblatt) vom 15. Februar, der die Namensliste der zum Zwangsverkauf bestimmten Güter für 1939 enthält, läßt erkennen, daß die umfangreichsten Enteignungen in den drei Wojewodschaften Posen, Pommerellen und Schlesien stattfinden. Der deutsche Prozentsatz des enteigneten Besitzes beträgt in Pommerellen 55 Prozent, in Posen 68,5 Prozent und in Schlesien gar 95 Prozent.

Den von der Agrarreform betroffenen deutschen Grundbesitzern Pommerellens ist jetzt eine weitere finanzielle Belastung auferlegt worden, die jeder rechtlichen Grundlage entbehrt und auf einen willkürlichen Entzug von privaten Vermögenswerten hinausläuft.

Den Landarbeitern, denen infolge der Verkleinerung der Grundflächen agrarreformierter Güter und der damit verbundenen Einschränkung der Wirtschaftsbetriebe gekündigt werden mußte, wurde bisher vom polnischen Staat eine Entschädigung in bar ausgezahlt, sofern sie nicht Landparzellen zugeteilt erhielten. Voraussetzung für diese Auszahlung war eine etwa 10—20jährige ununterbrochene Tätigkeit des Landarbeiters auf dem agrarreformierten Gut.

Der polnische Staat hat nunmehr an die unter die Agrarreform fallenden Gutsbesitzer Pommerellens die Mitteilung ergehen lassen, daß

1. diese Entschädigung künftig von den parzellierten Gütern selbst getragen werden muß und daß
2. die von dem polnischen Staat bereits an die betreffenden Landarbeiter ausgezahlten Beträge von den seither agrarreformierten Gutsbesitzern noch nachträglich an den Staat „zurückgezahlt" werden müssen.

Diese neue Erfindung der polnischen Bürokratie stellt eine empfindliche Schädigung des Privateigentums polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität dar, da es sich zum größten Teil um Beträge handelt, die besonders bei den schon vor mehreren Jahren agrarreformierten Gütern die Summe von 10 000 Zloty erreichen oder sogar überschreiten.

Während der Haushaltsdebatte des Senats hielt der deutsche Senator Hasbach eine *grundsätzliche Rede*, die außerordentlich starke Beachtung fand. Zur Lage der deutschen Volksgruppe führte der Senator u. a. aus:

„So stelle ich heute erneut fest, wir haben weder von der Regierung der letzten Jahre, noch vom polnischen Volke her eine Besserung unserer Lage erfahren. Härter als die früheren Jahreslisten der Agrarreform haben uns die letzten drei Jahre getroffen. Im Schulwesen haben wir keinen Aufbau, sondern einen weiteren Abbau zu beklagen. Das Grenzzonengesetz hat nicht nur Anweisungen in

weit über 100 Fällen zur Folge gehabt, sondern bedroht auch den Erbgang des größten Teiles der deutschen Bauern in den Westgebieten. Zu keiner Zeit seit dem Bestehen der Republik hat es so viele Verhaftungen und Verurteilungen gegeben, von denen nicht nur wir Deutschen überzeugt sind, daß sie weniger aus der Staatsnotwendigkeit, als aus der allgemeinen Atmosphäre geboren sind, die uns Deutschen unfreundlich ist." Ferner erklärte Senator Hasbach, daß die Deutschen nicht die Absicht haben, die polnischen Mitbürger zu boykottieren und führte weiterhin aus:

"Deshalb werde ich auch die Abstimmung für das Staatsbudget nicht boykottieren, wenngleich ich bei dieser Erklärung betonen muß, daß die Behandlung unserer deutschen Volksgruppe in Polen, für die der Einbruch der Studenten in mein Warschauer Büro in den letzten Tagen nur einen der geringfügigsten, aber doch symbolischen Beweis darstellt, diesen Akt der Disziplin mir nicht gerade leicht werden läßt. Wiederum um des Symbols wegen habe ich mich schweren Herzens entschlossen, von einer Demonstration gegen Staat und Regierung abzusehen."

*

Es ist klar, daß die deutsche Volksgruppe in diesen besonders schwierigen Tagen an die Aufnahme von deutsch-polnischen Besprechungen große Hoffnungen knüpft. Anlässlich eines Staatsbesuches hatte der Reichsminister des Auswärtigen, v. Ribbentrop, mit dem polnischen Außenminister Oberst Bed vereinbart, Fragen der Behandlung der beiderseitigen Volksgruppen zum Gegenstand besonderer Besprechungen zwischen Vertretern der deutschen und der polnischen Regierung zu machen. Diese Besprechungen wurden am 27. Februar in Berlin durch den Staatssekretär des Auswärtigen, Frhn. v. Weizsäcker, eröffnet. Deutscherseits nahmen daran teil Ministerialdirektor Dr. Bollert vom Reichsministerium des Innern und Legationsrat Bergmann vom Auswärtigen Amt, polnischerseits Ministerialdirektor Cyborst vom polnischen Innenministerium und Ministerialdirektor Runicki vom polnischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten. Bei den Minderheitenbesprechungen handelt es sich um eine von beiden Seiten erkannte Notwendigkeit, die Abmachungen der Minderheitenerklärung vom 5. November 1937 auch in der Praxis zur Durchführung zu bringen. Gerade die Erfahrungen der letzten Monate zeigen, daß es noch sehr ernsthafter Anstrengungen bedarf, um den Geist der Volkstumserklärung vom November 1937 wirklich in die Praxis umzusetzen. Auf deutscher Seite verfolgte man mit ernster Besorgnis die gerade in den letzten Wochen verstärkten und sehr einseitig gegen das deutsche Volkstum gerichteten Maßnahmen der polnischen Verwaltungsstellen, die mit dem in der Minderheitenerklärung aufgestellten Grundsatz einer wirklichen Gleichstellung als nicht vereinbar betrachtet werden müssen.

Über den Verlauf der deutsch-polnischen Gespräche in Berlin weiß die polnische Presse zu berichten, daß die polnischen Vertreter sich mit der Annahme der deutschen Thesen nicht einverstanden erklärten. Die Forderungen Deutschlands und Polens deckten sich nicht in den grundsätzlichen Punkten. Die deutschen Stellen hielten das Ergebnis der Gespräche für bescheiden und erklärten das mit außerordentlichen Schwierigkeiten, die sich auf dem Wege der Erledigung des Problems der Minderheiten ergeben hätten. Zu diesen Meldungen nimmt das „Posener Tageblatt“ Stellung und erklärt, daß von einer Annahme oder Nichtannahme deutscher oder polnischer Vorschläge noch gar keine Rede sein

kann, da bei den Besprechungen beide Teile zunächst einmal ihre Forderungen vorgebracht haben, die nunmehr beiden Regierungen bekanntgegeben würden. Erst in einem neuen Stadium der Verhandlungen kann man zu Vereinbarungen gelangen.

Die deutsche Volksgruppe verfolgt jedenfalls den Verlauf der Verhandlungen mit der gespanntesten Aufmerksamkeit und mit der Hoffnung auf eine endgültige Besserung ihrer Lage, die an Trostlosigkeit kaum noch zu überbieten ist.

Tschecho-Slowakei

Am 15. März 1939 meldeten der deutsche Rundfunk und die deutsche Presse:

Der Führer hat heute in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen, von Ribbentrop, den tschechischen Staatspräsidenten Dr. S a c h a und den tschechischen Außenminister Dr. C h v a l k o v s k y auf deren Wunsch in Berlin empfangen. Bei der Zusammenkunft ist die durch die Vorgänge der letzten Wochen auf dem bisherigen tschechisch-slowakischen Staatsgebiet entstandene ernste Lage in voller Offenheit einer Prüfung unterzogen worden. Auf beiden Seiten ist übereinstimmend die Überzeugung zum Ausdruck gebracht worden, daß das Ziel aller Bemühungen die Sicherung von Ruhe, Ordnung und Frieden in diesem Teil Mitteleuropas sein müsse.

Der tschecho-slowakische Staatspräsident hat erklärt, daß er, um diesem Ziel zu dienen, und eine endgültige Befriedung zu erreichen,

**das Schicksal des tschechischen Volkes und Landes vertrauensvoll
in die Hand des Führers des Deutschen Reiches legt.**

Der Führer hat diese Erklärung angenommen und seinem Entschluß Ausdruck gegeben, daß er das tschechische Volk unter den Schutz des Deutschen Reiches nehmen und ihm eine seiner Eigenart gemäße autonome Entwicklung seines völkischen Lebens gewährleisten wird.

Berlin, den 15. März 1939.

gez. Adolf Hitler, gez. Dr. S a c h a,

gez. von Ribbentrop, gez. Dr. C h v a l k o v s k y.

Rumänien

Erste Folge der Eingliederung der Deutschen in die „Front der nationalen Wiedergeburt“ — „Ein vollkommener Bruch mit der Vergangenheit“ — Verbesserungen im deutschen Schulwesen und auf anderen Gebieten — Amorisierung der rumänischen Außenpolitik auf die Achse Berlin—Rom?

In unserem Bericht in Heft 2/3 war der Gründung der „Front der nationalen Wiedergeburt“ und des Eintrittes der Deutschen Rumäniens in diese gedacht worden. Daran wurde die Hoffnung geknüpft, daß eine Wendung in der rumänischen Minderheitenpolitik eintreten werde. Diese Hoffnung hat im Laufe der letzten Wochen weitere Nahrung bekommen. In der am 26. Januar abgehaltenen Gründungsitzung des Obersten Nationalrates der Front konnte der Vertreter des Deutschthums, Dr. Hans Hedrich, in einer von allgemeiner Zustimmung begleiteten Erklärung auch die Sätze aussprechen: „Wir sind uns der Pflicht voll bewußt, die wir unserem Vaterland gegenüber zu erfüllen haben; so können wir auch mit Recht hoffen und erwarten, daß das rumänische Volk die Rechte achten wird, die zur vollen Entfaltung unserer Kräfte als gleichberechtigte Bürger dieses Staates für ein eigenes nationales, kulturelles und wirtschaftliches Leben erforderlich sind.“ In die leitenden Körperschaften der Front wurden an demselben Tage mehrere Deutsche vom König berufen. Die rumänische Presse ist voller Lob über das Verhalten der Deutschen. Auch im Kreise der Deutschen selbst, denen die Gründung der Front zuerst schwere Bedenken verursacht hatte, ist man mit dieser Entwicklung der Dinge zufrieden. Das Verhältnis der Deutschen Volksgruppe zur Regierung und damit zur Staatsmacht war bis dahin fast nur auf der schwankenden Grundlage von Wahlpaktten aufgebaut, die jede neue Regierung vor den Parlamentswahlen mit ihr schloß, wobei sie eine Anzahl von Versprechungen machte, die bestenfalls nur zu einem Teil gehalten wurden. Mit Recht bezeichnete ein Banater deutsches Blatt den Eintritt der Volksgruppe in die Front als „das Ende des politischen Landsknechtthums“.

Die Regierung hat in einer am 7. Februar veröffentlichten programmatischen Rundgebung hervorgehoben, daß die der Front eingegliederten Volksgruppen — außer der deutschen ist auch die ungarische und die bulgarische Gruppe eingetreten — heute Hand in Hand mit dem Mehrheitsvolk schreiten, „weshalb sie für die Sicherung und die Achtung ihrer Eigeninteressen bei uns Entgegenkommen finden werden. Unser Bestreben, das auch das ihre sein muß, ist das, eine vollkommene Verständigung zu erreichen, die sowohl ihre, als auch die Interessen unseres nationalen Staates befriedigen sollen. Wir hoffen, durch Aufrichtigkeit und guten Glauben auf der einen wie auf der anderen Seite dieses Ziel erreichen zu können.“ Als ein Zeichen für diese Aufrichtigkeit der Regierung ist es anzusehen, daß der bisherige Generalkommissar für Minderheiten, Universitätsprofessor Dr. Silviu Dragomir, jetzt als Minister in die Regierung aufgenommen worden ist, wodurch ihm in noch höherem Maße als bisher die Vollmacht und die Möglichkeit gegeben werden, an der in Aussicht gestellten „vollkommenen Verständigung“ zu arbeiten. Noch wertvoller als Zeichen der Aufrichtigkeit ist ein Wort, das gelegentlich einer Versammlung der Sektion der Front in der siebenbürgisch-sächsischen Stadt Bistritz der Vorsitzende, der gewesene Unterstaatssekretär Dr. Leon Scridon, als Erwiderung auf eine

Rede des sächsischen Vertreters sprach, indem er nachdrücklich versicherte, es sei durch die Gründung der Front ein vollkommener Bruch mit der Vergangenheit eingetreten; man versuche also, zum Unterschied gegen früher, nicht mehr den Schein aufrechtzuerhalten, als ob auch bisher den Deutschen, sowie den übrigen Volksgruppen, ihr Recht geworden sei.

Seit diesen Wechselreden hat die Führung der Deutschen Volksgruppe mit der Regierung im ganzen und den einzelnen Ministern eine ständige Berührung aufrechterhalten und dabei Stück für Stück den gesamten Umfang der wichtigen Fragen durchgesprochen, die für das Leben der Volksgruppe von Bedeutung sind. Sie galten in erster Linie der Schule. So hat auf Grund einer dieser Besprechungen das Ministerium für Volkserziehung in einer Verfügung die bisher schon bestehenden, nur nicht immer eingehaltenen gesetzlichen Bestimmungen neu bestätigt, wonach in Gemeinden mit deutscher Bevölkerung und bei entsprechender Anzahl von Schulkindern konfessionelle Schulen mit deutscher Unterrichtssprache errichtet werden können. Die Gesuche um Bewilligung der Errichtung solcher Schulen sind in kürzester Zeit zu erledigen. Aus dem deutschen Siedlungsgebiet von Bessarabien allein liegen schon 60 Gesuche dieses Inhalts vor. Bisher hatte zum großen Teil die Praxis geherrscht, daß die Erledigung solcher Gesuche auf die lange Bank geschoben wurde. — Sehr wichtig ist auch eine weitere Verfügung desselben Ministeriums, durch die eine alte Klage der Deutschen beseitigt werden kann, daß nämlich bei der Unterstützung solcher Schulen aus den Gemeindehaushalten als Schlüssel zur Aufteilung der Beträge die Anzahl der systematisierten Lehrerstellen zu nehmen ist. Bisher hat es über den Aufteilungsschlüssel immer Streit gegeben, der meistens damit endete, daß die deutschen Schulen — nichts erhielten. — Ein weiterer Fortschritt liegt darin, daß das Unterrichtsministerium festgelegt hat, daß an den deutschen Sektionen der Staatsschulen qualifizierte Lehrer deutscher Volkszugehörigkeit oder, wenn es an solchen mangeln sollte, nur Lehrer angestellt werden, die die deutsche Sprache beherrschen. Dabei können fortan auch die Absolventen deutsch-konfessioneller Lehrerbildungsanstalten angestellt werden. Eine ähnliche Verfügung regelt die Anstellung deutscher Lehrer an den deutschen Mittelschulen, die vom Staate erhalten werden. Erwähnenswert ist schließlich noch, daß berechnete Wünsche der Deutschen hinsichtlich der Gegenstände und der Prüfungssprache beim Bakkalaureat (Abiturium) an deutschen Gymnasien erfüllt werden sollen. Die Deutschen des Banats, die nur sehr wenige eigene Schulen besitzen und auf Staatsschulen angewiesen sind, haben sofort eine ganze Reihe von Wünschen vorgebracht, die im Sinne der erwähnten Verfügungen auf Erfüllung rechnen können.

In ähnlicher Weise wie auf dem Gebiete der Schule hat die deutsche Volksgemeinschaft ihre anderen berechtigten Forderungen vorgebracht und entsprechende Zusicherungen erhalten. So ist die Ernennung deutscher Ortsvorstände („Primare“, Bürgermeister) in Landgemeinden mit deutscher Mehrheit verlangt und zugesichert worden. Dieses natürliche Recht ist im übrigen den Volksgruppen schon in einem, am 1. August vor. Jz. veröffentlichten Ministerratsbeschlusse anerkannt worden; seine Verwirklichung soll nun erfolgen. Ärzte und Apotheker deutschen Volkstums, die ihr Diplom im Ausland erworben haben, sind schon vor Jahresfrist aufgefordert worden, die Rechtmäßigkeit der Notifizierung ihrer Diplome nachzuweisen. Sie wurden bisher in der unangenehmen Lage gehalten, daß die Prüfung der Dokumente endlos hinaus-

gezogen wurde. Nun soll auch hier ein beschleunigtes Verfahren eintreten. Ferner ist die Errichtung einer deutschen *H e b a m m e n s c h u l e* versprochen worden, nachdem die Schulen dieser Art, die einstens bestanden hatten, romanisiert worden waren, so daß Frauen, die die rumänische Sprache nicht vollkommen beherrschten, kaum mehr ein Diplom zu erreichen in der Lage waren.

Einer der größten Abstände des öffentlichen Lebens Rumäniens, der sich den nichtrumänischen Volksgruppen besonders unangenehm bemerkbar macht, ist die *W i l l k ü r u n t e r g e o r d n e t e r O r g a n e*, insbesondere der Sicherheitsbehörden, der Polizei und der Gendarmerie. Auf Einschreiten Dr. Hedrichs ist ein beschleunigtes Verfahren in der Abstellung solcher Übergriffe in Aussicht gestellt worden.

Noch eine lange Reihe von Fragen größerer oder minderer Wichtigkeit ist mit der Regierung durchgesprochen worden; so u. a. die Eigenständigkeit der Jugendverbände und der wirtschaftlichen Genossenschaften, die Grenzen der Pressensur, die Zulässigkeit der Volkstracht, die in manchen Landesteilen ganz grundlos angefochten wurde, die Rückerstattung der Archive der deutschen Volksgemeinschaft im Banat und in Bessarabien, die Wiederherstellung der altbewährten Freiwilligen Feuerwehr. Noch bedarf das wichtige Gebiet der *W i r t s c h a f t* der Regelung unter dem Gesichtspunkt des Volksgruppenrechtes. Vor allem ist die Aufdrängung rumänischer Angestellter in deutsche Wirtschaftsbetriebe zum Nachteil eigener Volksgenossen abzuwehren. Desgleichen ist ein im April vor. Js. geschaffenes Gesetz untragbar, wonach Betriebe, die ihre Bücher nicht in rumänischer Sprache führen, mit mehr als doppelter Steuer belegt werden. Es ist noch manches zu tun, bis man mit Recht von einer Gleichberechtigung der Nationalitäten in Rumänien reden können. Worauf es ankommt, ist die *w i r k l i c h e D u r c h f ü h r u n g d e r g e m a c h t e n Z u s a g e n u n d h i n a u s g e g e b e n e n V e r f ü g u n g e n*. Denn im Grunde genommen handelt es sich fast in allen erwähnten Punkten um Dinge, die schon längst Gesetzeskraft haben, jedoch auf dem Papier geblieben sind.

Glücklicherweise bleibt auch manches undurchgeführt, was zuungunsten der Volksgruppen ausgedacht und angeordnet wurde. So scheint es, als ob ein vor einem halben Jahr erlassenes Gesetz über *B o d e n e n t e i g n u n g e n z u V e r t e i d i g u n g s z w e c k e n* an der Grenze gegen Ungarn hin ebenso zurückgestellt worden wäre, wie ein weiteres Gesetz, wonach bei jedem Bodenverkauf über einen gewissen Flächeninhalt hinüber der Staat das *V o r k a u f s r e c h t* hat, das er zugunsten volksrumänischer Bodenanwärter benötigt.

Man darf sich als Deutscher in Rumänien um so eher guten Hoffnungen hinsichtlich der allmählich sich entwickelnden Volksgruppenpolitik hingeben, als seit dem 29. Sept. vor. Js. eine Hinwendung der rumänischen Außenpolitik zu Deutschland unverkennbar ist. Das ist auch aus Anlaß der großen Reichstagsrede Adolf Hitlers am 30. Januar deutlich zutage getreten. Der Widerhall in der rumänischen Presse war ausgesprochen freundlich. Besonders bemerkenswert war ein Aufsatz von Pamfil Scheicaru, dem hervorragendsten zeitgenössischen rumänischen Tageschriftsteller, der unumwunden zugab, daß für Deutschland die Betätigung im Osten Europas gesichert sei, ein Umstand, der dem Rumänentum „zu denken geben müsse“. Niemand wird über eine Amorientierung der rumänischen Außenpolitik in der Richtung auf die Achse Berlin—Rom hin aufrichtiger Freude empfinden als die Deutschen Rumäniens, deren Rolle als Vermittler zwischen ihrem Heimatland und ihrem Mutterland naturgegeben ist. —

★

Die Verhandlungen der deutschen Volksgruppe mit der rumänischen Regierung über die Umschreibung und Festlegung der Volkstumsrechte sind in den letzten Wochen fortgesetzt worden, und zwar nicht nur in Bukarest, sondern auch, was ebenfalls von Wert ist, mit den Leitern der Statthaltereikreise. Die letzteren stehen den Verhältnissen der Deutschen näher und können ihren Verfügungen oft besser Geltung verschaffen, als die fern in Bukarest residierenden Minister. Wertvoll ist eine Verordnung des Statthalters jenes Gaues, dem die Banater deutsche Siedlung angehört. Darin wird den untergeordneten Amtsstellen Entgegenkommen gegenüber den Vertretern der deutschen Organisationen aufgetragen und zahlreiche Abergriiffe, die sich diese Behörden in altgewohnter Weise zuschulden kommen ließen, abgestellt. Was die Frage der Gemeindevorsteher in deutschen Gemeinden anbelangt, so soll nach dem Versprechen des Unterstaatssekretärs im Innenministerium die Ernennung von Deutschen bei der allgemeinen Erneuerung dieser Posten vorgenommen werden und dann für sechs Jahre Gültigkeit haben. Vereinzelt sind in der letzten Zeit auf höheren Verwaltungsposten wieder Deutsche ernannt worden. Zu erwähnen wäre noch, daß die sogenannte Kongrua, d. i. die Ergänzung der Gehälter der Geistlichen durch den Staat, nun auch den evangelischen Kirchengemeinden in Altrumänien gewährt worden ist, die bisher damit nicht bedacht waren. Mit Befriedigung wurde bei den Siebenbürger Sachsen die Verfügungsverfügung aufgenommen, daß fortan bei Schulfeiern wieder die alten sächsischen Fahnen, blau-rot, neben den Fahnen in den Staatsfarben getragen werden dürfen.

Am 28. Februar wurde der erste Jahrestag des Bestandes der neuen Verfassung in ganz Rumänien festlich begangen. Die Mitglieder des Direktorats und des Nationalrates der im Dezember gegründeten „Front der nationalen Wiedergeburt“ weilten in Bukarest. Gauobmann Dr. Helmst W o l f f und Dr. Hans S e d r i c h hatten Gelegenheit, in längerem Gespräch mit dem König wichtige Fragen der deutschen Volksgruppe auch an der allerhöchsten Stelle zur Sprache zu bringen. Es ist zu betonen, daß die deutschen Vertreter bei dieser Gelegenheit, sowie jedesmal, wenn sie mit hervorragenden Persönlichkeiten des Staates Unterredungen haben, das Recht der deutschen Volksgruppe auf k o l l e k t i v e Individualität stets mit vollster Offenheit betonen.

Als ein Zeichen des Verständnisses, das die Deutschen bei einsichtigen Regierungsmännern finden, sei hier erwähnt eine Rede, die Landwirtschaftsminister C o r n a t z e a n u am 5. März in Temeschburg hielt, in der er feststellte, daß das deutsche Bauerntum vorbildlich arbeite und organisiert sei, und den rumänischen Bauern riet, die Deutschen nicht zu bekämpfen, sondern v o n i h n e n zu lernen.

Beunruhigung erweckt in deutschen Kreisen ein kürzlich erlassenes „Staatsjugendgesetz“, wonach die g e s a m t e Jugend des Landes in die rumänisch geleitete „Wacht des Landes“ eingegliedert wird und ihr auch ein Gelübde leisten muß. Dies widerspricht der bisherigen Eigenständigkeit der deutschen Jugend, sowie auch der Tatsache, daß das Deutschtum innerhalb der mehrfach erwähnten „Front der nationalen Wiedergeburt“ eine eigene und selbständige deutsche Sektion bildet. Die deutsche Jugend des Landes, die schon von 1932 an ihren Arbeitsdienst hatte, hat hierdurch das von rumänischer Seite bald nachgeahmte Vorbild geboten. Es wird darauf hingearbeitet, daß auch in dem staatlichen Jugendarbeitsdienst der deutschen Jugend eine eigene Organisation mit deutscher Dienst- und Kommandosprache gewährleistet werde.

Die schon im Herbst vorigen Jahres ausgesprochene Vereinigung der einander heftig bekämpfenden Gruppen im Schoße des Deutschtums gestaltet sich immer fester. Am besten sind die Fortschritte in dieser Beziehung im Banat. Dies kam besonders klar zum Ausdruck, als in den Tagen vom 26. bis 28. Febr. Landesobmann Fritz Fabritius im Banat weilte und dort an vier außerordentlich stark besuchten Volksversammlungen in Lugosch, Billed, Warjask und Temeschburg teilnahm. Überall betonten die Redner, vor allem Fabritius selbst, daß die Zeit vorüber sei, wo Volksgenosse gegen Volksgenosse stand und daß durch den engen Zusammenschluß der Deutschen diese eine innerpolitische Macht geworden sind, mit der gerechnet werden muß. Daß diese Versammlungen gestattet waren, bedeutet einen großen Fortschritt im Verhalten der Behörden gegenüber der seit Anfang des vorigen Jahres ausgeübten Praxis.

Einen großen Fortschritt in der inneren Festigung des Deutschtums auf nationalsozialistischer Grundlage bedeutet ein Beschluß, den das Landeskonsistorium, d. i. die oberste Behörde der evangelisch-deutschen Kirche in Rumänien, am 3. März gefaßt hat, worin angeordnet wird, daß alle kirchlichen Angestellten, Körperschaften und Würdenträger jeden Grades in Zusammenarbeit mit der „Nationalen Arbeitsfront“ die Erneuerungsbewegung zu fördern haben. Damit wird auch der noch stellenweise verspürbare Widerstand sog. „konservativer“ Kreise gegen die nationalsozialistische Weltanschauung und ihre Vertreter unter den Deutschen Rumäniens so gut wie vollständig gebrochen.

Der Berufswettbewerb junger Angehöriger des Handwerks, der Industrie, des Handels und der Hauswirtschaft wird gegenwärtig zum zweiten Male in allen deutschen Siedlungsgebieten Rumäniens durchgeführt und trägt zur Belebung des Arbeitsfleißes und Erhöhung der Arbeitstüchtigkeit sehr viel bei.

Mit Freude blicken die Volksgenossen auf den Gau Bessarabien, wo das Deutschtum in besonders reger fortschrittlicher Tätigkeit steht. Dort war es ein großer Mangel des Schulwesens, daß die bessarabischen Deutschen sehr wenig eigene Schulen hatten. Ihr Bestreben, konfessionelle Schulen zu errichten, wozu eine gesetzliche Berechtigung vorliegt, scheiterte bisher an dem Widerstand des Unterrichtsministeriums. Seit nun dieses Hindernis weggefallen ist, haben schon 60 Gemeinden um die Genehmigung zur Errichtung solcher Schulen nachgesucht. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet ist eine lebhafteste Organisations-tätigkeit im Gange. — Die Frauen sind besonders regsam, heute bestehen unter den rund 100 000 Deutschen Bessarabiens schon 43 Frauenvereine, mit 1200 Mitgliefern.

Als größte Gefahr bei den Deutschen des Banats ist schon in früheren Berichten die Kinderarmut erwähnt worden, die hier, wie überall, eine Schwäche des wohlhabenden Bauerntums ist. Der römisch-katholische Bischof im Banat, Augustin Pacha, hat nun bei Beginn der Fastenzeit einen Hirtenbrief erlassen, der geradezu Aufsehen erregt hat. Mit außerordentlicher Schärfe wendet er sich gegen die Kinderbeschränkung. Mit dem Wort „Ich klage euch an“ beschuldigt er die Banater Eltern, ihre Kinder nicht zu lieben, weil sie ihre Zahl einschränken. Lehrerstellen und Schulen, so sagt er, müssen bald hier, bald dort abgebaut werden, weil es keine Kinder gibt: viele Dörfer sind vergeist. Der Appell des Bischofs stellt eine sehr notwendige Mahnung dar.

Deutsch-Südwestafrika

Die wirtschaftliche Lage der deutschen Farmer — Verstärkte Volkstumsarbeit
— Jugendarbeit und Sportbewegung — Aus der Kulturarbeit —
Subiläen

Wenig erfreulich sind die Nachrichten, die über den wirtschaftlichen Stand Südwestafrikas eintreffen.

Die Januar-Regenzeit wird als schlecht bezeichnet. Der Regen fiel nur strichweise und in sehr verschiedenen Mengen, so daß die Farmer teilweise mit ihrem Vieh „trecken“, d. h. es auf entfernten, vom Regen begünstigteren Weideplätzen abstellen mußten.

Den Farmern wird die an und für sich schon schwierige Beschaffung von eingeborenen Arbeitern jetzt noch erschwert durch Arbeiter-Verbeorganismen aus der südafrikanischen Union. Im Ovambo-land ist eine Anwerbestelle für die Johannesburgurer Minen aufgemacht worden. Das Arbeiterangebot bei den Anwerbestellen der Südwest-Organisationen ist darauffhin um 66 Prozent zurückgegangen. In seiner Farmarbeit ist der Südwest- Farmer ausschließlich auf Eingeborene angewiesen. Die Frage der schwarzen Farmarbeiter ist in Deutsch-Südwestafrika von jeher dringend gewesen, da das Land verhältnismäßig wenig Eingeborene hat. Die Union erschwert also dem anvertrauten Gebiet die Erzeugung durch Wegnahme seiner sowieso knappen eingeborenen Arbeitskräfte. Die deutschen Zeitungen Südwests schreiben hierzu: „Wie weit ist dieses Verfahren südafrikanischer Verbeorganismen in Einklang zu bringen mit den Verpflichtungen des Mandatars im Mandatsgebiet?“

Einen neuen Versuch zur Entdeutschung des Koloniallandes schießt die deutsche Bevölkerung Südwests in dem jüngst erfolgten Ankauf der etwa 200 000 Hektar umfassenden Ländereien der Liebig-Gesellschaft durch die Unionsregierung, da behauptet wird, daß die Regierung das Land zu Siedlungszwecken aufteilen würde. Die deutsche Einwanderung ist durch die neuen Einreisebestimmungen vom Sommer 1938 fast ganz unterbunden, es kann sich also nur um die Ansiedlung von Menschen anderer Nationalität handeln. Im Interesse einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung des Landes kann man der Mandatsregierung nur wünschen, daß sie sich noch rechtzeitig der schlechten Erfahrungen entsinnt, die sie bei der Durchführung ihres ersten Siedlungsprojektes mit den Angolaburen gemacht hat!

Zum Jahresanfang haben 21 Handwerker und Angestellte auf den Diamantfeldern der Consolidated Diamond Mines mit der Begründung der schlechten Lage auf dem Diamantenmarkt ihre Kündigung erhalten. Weitere 60 bis 80 Entlassungen sollten im Laufe des ersten Vierteljahres folgen. Die Gefündigten sind größtenteils verheiratete deutsche Volksgenossen, die seit Jahren in den Diamantbetrieben tätig sind. Da weder Diamantengesellschaft noch Administration etwas unternehmen, um dem Entstehen einer Notlage dieser Gefündigten vorzubeugen, haben der Verband deutscher Berufsgruppen und der Deutsche Südwestbund in einem Aufruf an die deutsche Bevölkerung Südwests um sofortigen Nachweis von Möglichkeiten über Arbeitsbeschaffung und Unterbringung gebeten. Es ist beschämend für die Administration, daß sich die mit der Betreuung des Landes beauftragte Mandatsregierung von der Vertretung einer Volksgruppe zeigen lassen muß, wie man dem Arbeitslosenproblem begegnet.

Einen weiteren Beweis, wie die gegen das Deutschtum Südwests geführten politischen Maßnahmen immer stärker auch auf das wirtschaftliche Gebiet übertragen werden, gibt die gegen die Landwirtschaftskammer gerichtete Erklärung des Vorstandes der Vereinigten Nationalen Südwest-Partei. Darin wird die Landwirtschaftskammer für überflüssig erklärt, weil die Mehrzahl der Landesratsmitglieder Berufsfarmer sind und damit die Interessen der Farmwirtschaft bereits durch den Landesrat genügend wahrgenommen würden.

Die vor drei Jahren gegründete Landwirtschaftskammer stellt eine unpolitische Berufsorganisation dar, die ihre Aufgabe in einer gesunden Führung und Lenkung der Farmwirtschaft sieht. Die Intensivierung und Aufwärtsentwicklung der Farmwirtschaft und damit auch der Gesamtwirtschaft Südwests ist zum großen Teil das Ergebnis ihrer Arbeit. Sie umfaßt in örtlichen Farmvereinen etwa 2000 Farmer deutscher und südafrikanischer Nationalität. Daß das deutsche Element überwiegt, hängt zusammen mit der größeren Aktivität des deutschen Menschen.

Der Vorstoß der B.N.S.W.P. gegen die Kammer bezweckt, zum einen die südafrikanischen Farmer in ihrer Bereitwilligkeit zur Mitarbeit in der Kammer und weiterhin am Aufbau einer Verständigung zwischen den Südafrikanern und Deutschen in Südwest wandeln zu machen, — zum andern, der Kammer auch noch das wenige an Wohlwollen und Unterstützung zu entziehen, das ihr bisher von behördlicher Seite bezeugt worden ist —, und letzteres hauptsächlich, den deutschen Einfluß auf farmwirtschaftlichem Gebiet auszuschalten und eine deutsche Wirtschaftsposition zu Fall zu bringen.

Die zur Stellungnahme einberufene außerordentliche Tagung der Landwirtschaftskammer zeigte erfreulicherweise, daß auch die südafrikanische Farmer-schaft dieses neue politische Manöver der B.N.S.W.P. erkennt. General de Jager, der Ehrenvorsitzende der Landwirtschaftskammer, äußerte sich hierzu: „Gott helfe den armen Farmern, die sich in die Hände dieser Parteipolitiker begeben!“ In demselben Sinne sprach sich auch der Vorsitzende Herr Ben Swart aus. Die B.N.S.W.P. mußte die politische Schlappe einstecken, daß die außerordentlich stark besuchte Versammlung der Kammer geschlossen ihr volles Vertrauen bekundete und einstimmig deren Weiterbestand in der bisherigen Organisationsform beschloß.

*

Von dem Deutschen Südwestbund sind erfreuliche Ansätze einer Neugestaltung und stärkeren Betätigung zu melden. Die Leitung des Bundes hat der Farmer Ernst Dressel übernommen, der bisherige Bundesführer Dr. Hirsfeld wurde zum Ehrenbundesführer ernannt. Außerdem hat sich der Bund jüngere Amtswalter gegeben, so daß in Zukunft neben der Erfahrung des älteren Mannes auch der Schwung der Jugend zur Geltung kommen wird. Diese Neugestaltung in der Bundesleitung sowie Satzungsänderungen lassen erkennen, daß der Bund die Abwehr der immer stärker werdenden gegnerischen Vorstöße tatkräftiger als bislang durchführen will.

Der „Deutsche Beobachter“ (früher „Swakopmunder Zeitung“) gibt in seinem Bericht über die Delegiertentagung des Deutschen Südwest-Bundes, den er „Völkische Einheitsfront“ überschreibt, seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Stunde ernstester Gefahr ein Deutschtum in Südwest gefunden habe, das alle innervölkischen Gegensätze vergessen und eine feste und geschlossene Einheit

bilden wolle. Die Windhuker „Allgemeine Zeitung“ ist besorgt, daß der „Verjüngungsprozeß“, den der Bund jetzt durchmacht, möglicherweise zu einer zu scharfen Taktik in der Abwehrtätigkeit des Bundes führen könne.

Die Vergangenheit hat gezeigt, daß die bisherige möglichst geräuschlose politische Betätigung des Deutschen Bundes und die Hoffnung auf den Verständigungswillen der Mandatsbehörden die Gegenseite nur zu immer stärkeren Angriffen und Übergriffen ermutigt haben. Im übrigen hat die neue Bundesleitung auf der Tagung betont, daß sie sich bei ihrem Abwehrkampf nur legaler Mittel bedienen wird. Es erscheint darum wenig angebracht, wenn durch die eigene Presse in das sich gerade im Einigungsprozeß befindliche Deutschum Besorgnisse dieser Art hineingetragen werden. Befremdlich ist es auch, daß sich die „Allgemeine Zeitung“ zum Sprecher jener angeblich „gut deutschen Kreise“ aufwirft, die nicht einverstanden sind mit der erfreulicherweise so klaren und eindeutigen Entschliebung der Delegiertenversammlung, daß die freiwillige Aufgabe der deutschen Staatsangehörigkeit durch Beantragung der Naturalisation „von nun ab nur als bewußtes Auscheiden aus der deutschen Volksgemeinschaft angesehen und verurteilt werden kann.“

Der durch seine Deutsche heise satfam bekannte Herr Lardner Burke versucht im Anschluß an die Ergebnisse der Tagung des Deutschen Südwestbundes wieder einmal, die deutsche Volksgruppe der Illoyalität der Mandatsregierung gegenüber zu bezichtigen, um damit den Anschein einer Berechtigung zum Vorgehen gegen das Deutschum zu erwecken. Der Kernpunkt seiner Auslassungen, die er der Johannesburger Zeitung „Star“ zur Veröffentlichung gegeben hat, liegt in dem Satz: „Meiner Meinung nach rechtfertigt die von den Deutschen eingenommene Haltung die Aufhebung der Verfassung und der Selbstverwaltung durch die Unionsregierung.“ Man kann dazu nur sagen: Der Wunsch ist der Vater des Gedankens!

*

Während der Monate Oktober bis einschließlich Februar führte die deutsche Pfadfinderschaft mit ihren Jungen-Horsten und Mädchengruppen einen großangelegten und gut vorbereiteten Werbefeldzug durch, der sich über das ganze Land erstreckte. Diese Werbeaktion richtete sich sowohl an die Kreise der Eltern als auch an die Jugendlichen selbst. In den gut besuchten Abenden wurde aufgezeigt, in welcher Weise die deutsche Jugendbewegung Südwests arbeitet: sie erzieht die Jungen und Mädchen zu deutscher Sucht und Kameradschaft, stählt Körper, Willen und Charakter und steht mit auf der Wacht, daß diesem alten deutschen Koloniallande, das ihre Eltern einst mit Opfern an Gut und Leben und mit harter Arbeit für Deutschland erworben haben, deutscher Geist trotz aller Gegenbestrebungen der fremden Mandatsregierung erhalten bleibe.

Seit einem Jahr gibt die deutsche Pfadfinderschaft Südwests eine eigene Zeitschrift heraus. Sie trägt den Namen „Der Pfadfinder“ und erscheint monatlich einmal.

Außerdem ist zum Jahresanfang zum erstenmal ein Pfadfinderfalter herausgegeben worden, den die Gruppe von Erdert, Horst Windhuk, bearbeitet und ausgeführt hat. Die Mehrzahl der darin enthaltenen Zeichnungen stammt von dem jungen Südwestler Graphiker Jochen Voigt. Das Urteil über dieses Jahrbuch lautet: „Es bedeutet Leistung vielleicht nicht nur in Südwest allein, sondern auch über die Grenzen des Landes hinaus.“

In Swakopmund wurde der „Segelflug-Verband Südwest-afrika“ begründet, der die in Südwest bestehenden drei Segelfliegergruppen Swakopmund, Lüderichsbucht und Windhuk umfaßt. Zum Vorsitzenden wurde Studienassessor H ä n s e l, Lehrer an der Deutschen Schule in Swakopmund, gewählt.

*

Die deutschen Verbände haben ihre kulturellen Aufgaben weiterhin erfolgreich erfüllt. Nationale Feiern, Vorträge, Ergänzung der Büchereien, gute Konzerte, Theatervorführungen, deutsche Filmabende, R.D.F.-Ausflüge und gesellige Veranstaltungen brachten kulturelle Belebung und Bereicherung. In Windhuk hat sich eine „Spielschar“ herausgebildet, die dort, getragen von idealem Wollen und nationalsozialistischer Ausrichtung, die Ausgestaltung der nationalen Feiertunden übernommen hat. Für das Farmdeutschtum des Inlandes ist es besonders zu begrüßen, daß das Windhuker Wunderfino überall im Land deutsche Filmabende veranstaltet. Als letzter deutscher Film befand sich „Unternehmen Michael“ auf Wanderschaft, der in Sondervorführungen auch den deutschen Schülern gezeigt wurde.

Mit großer Tatkraft hat sich das Südwestler Deutschtum nicht nur wieder für das Winterhilfswerk eingesetzt, sondern auch durch Sammlungen und Veranstaltungen zur Vinderung der Not im Sudetengau seiner Verbundenheit mit dem großdeutschen Reich praktisch Ausdruck gegeben.

*

Am 7. Januar beging das Prinzessin Rupprecht-Heim die Feier seines 25jährigen Bestehens. Im Januar 1914 wurden die Gebäude des früheren deutschen Militär-Lazarettes als Erholungsheim des Roten Kreuzes für Übersee (damals: für die Kolonien) eingeweiht. Als Heim-Oberin traf Schwester Marie D o u g l a s im November 1913 in Swakopmund ein. Noch heute steht das Heim unter der Leitung dieser „Tante Obi“. Durch umsichtige Arbeit hat sie das Heim trotz Krieg und allerlei sonstiger Schwierigkeiten in erfreulicher Weise entwickelt und ausgebaut. Es umfaßt heute das Erholungsheim für Gäste aus dem Inland, die im guten Swakopmunder Seeklima Erfrischung suchen, eine Wöchnerinnenstation, auf der bei der jeweiligen Geburt eines deutschen Erdenbürgers die deutsche Fahne aufgezogen wird, ein „Krabbelheim“ für Säuglinge und ein Kinderferienheim.

Am 9. Januar feierte das Geschlecht H ä l b i c h das Jubiläum seiner 75jährigen Bodenständigkeit in Südwest. 1864 landete der Alhn Eduard Hälbig mit seiner Braut in Walfischbucht, um in Südwest als Schmied für die Rheinische Mission zu arbeiten. In Otjimbingue stand er der Missionswerkstatt vor und machte sich später dort selbständig durch Übernahme des Kaufladens der Missionsgesellschaft. Seine Nachkommen, von denen heute 34 Enkel und 31 Urenkel leben, siedelten sich im Bezirk Otjimbingue und in Karibib als Handwerker, Farmer und Kaufleute an. Das Geschlecht Hälbig stellt eine der ältesten deutschen Familien Südwests dar. Der „Deutsche Beobachter“ schreibt: „Mut und Sorge, Mühen und Plagen, unbeugsamer Wille und Ausdauer, Erfolge und Schicksalsschläge und wieder kraftvolles Bauen und Schaffen, all das bindet die Geschichte unseres Landes auf immer an jene Pioniere.“ Die Familiengeschichte der Hälbigs ist von Hans Grimm festgehalten worden in seinem „Deutschen Südwesterbuch“.

H. Ri.

Grenz- und ausenländische Fragen in reichsdeutschen Zeitschriften

Zusammengestellt von Hermann Haller, Tübingen

I. Allgemeines

Adler, Hans Hermann: Wege und Aufgaben volksdeutscher Zeitungskunde. In: *Auslandsdeutsche Volksforschung*, 2. Bd. 1938, S. 260—267.

Schmidt-Rohr, Georg: Methodisches und Logisches zum Problem der Umvolkung. In: *U.V.* 1938, S. 373—381.

Schmid-Burgl, E. M.: Volksrecht im Schatten von Genf? Ein prüfender Querschnitt. In: *U.V.* 1938, S. 381—396.

Grimm, Hans: Anthropologie in der Volksforschung. In: *U.V.* 1938, S. 396 bis 414. Reiches Schriftumsverzeichnis.

Schier, Bruno: Die Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Slaven in volkskundlicher Sicht. In: *Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung*, 2. Jg. 1938, S. 1, S. 1—22. Mit 8 Karten, 6 Abb. im Text und 1 Bildtafel.

Lehmann, Emil: Zur Grenzlandvolkskunde. In: *D.Arch.f.L.u.V.* 2. Jg. 1938, S. 3, S. 529 bis 542. Zeigt den Einfluß der Grenzlage auf die Volksgüter und das Volkstum.

Wüller, H.: Bevölkerungsbewegung in Deutschland. In: *Fortschritte der Erbpäthologie, Rassenhygiene und ihrer Grenzgebiete*, 2. Jg., S. 4, Dez. 1938. Enthält auf S. 339 f. auch eine kurze Übersicht über die Geburtenzahlen im Grenz- und Auslandsdeutschum.

Mahn, Hannshubert: Die Wirkung alter deutscher Kunst ins Ausland. In: *Vergangenheit und Gegenwart*, 29. Jg. 1939, S. 1. Behandelt das gesamtdeutsche Kunstschaffen auf fremdem Volkstiedelboden.

Zillich, Heinrich: Auslandsdeutsche Kulturpolitik. 1. Teil. Ortsnamen im Volkstums-kampf. In: *Die Erziehung*, 14. Jg., S. 4, Jan. 1939. Aufruf zum Gebrauch deutscher Ortsnamen.

Zillich, Heinrich: Die Volksbedeutung des auslandsdeutschen Lehrers. In: *Wille und Macht*. Jg. 1938, S. 24.

Nothacker, Gottfried: Der Lehrer im Dorf an der Grenze. In: *Die Deutsche Schule, Zeitschrift der Reichsfachschaft 4 des N.S.-Lehrerbundes*, Jg. 42, S. 7/8, S. 249—252.

Langersfeld, H.: Die Aufgaben der deutschen Auslandsschulen mit gemischtsprachiger Schülerschaft. In: *Die Deutsche Schule im Ausland*, September 1938.

Linde, Werner: „Rufe über Grenzen“. Ein Literaturbericht über den volksdeutschen Roman der Gegenwart. In: *Aus Unterricht und Forschung*. Jg. 1938, S. 5/6.

Fittbogen, Gottfried: Literaturbericht über das Auslandsdeutschum. In: *Vergangenheit und Gegenwart*, Jg. 28, 1938, S. 9, S. 527 bis 538.

Pleher, Kleo: Ein Standbild aller Deutschen. In: *Historische Zeitschrift*. Bd. 158, S. 541—549. Eingehende Würdigung des Handwörterbuchs des Grenz- und Auslandsdeutschums.

Deutsche kirchliche Kunst im Ausland und in der Diaspora. Erfahrungen und Erfordernisse des Kirchenbaues in der Diaspora u. a. m. In: *Kunst und Kirche*, Jg. 15, September 1938.

Hapler, Friedrich: Deutsche Bergleute des 16. Jahrh. im Ausland. In: *Forschungen und Fortschritte*, Jg. 14, Nr. 19.

II. Südoften

Klebel, Ernst: Forschungswege zur mittelalterlichen Siedlungsgeschichte des Deutschums im Südoften. In: *Südoftendeutsche Forschungen*, 3. Jg., S. 1, S. 1—43. Historisch-geogr. Untersuchung des geschlossenen deutschen Volkstiedelbodens, ohne Berücksichtigung der Volksinseln.

Müller-Langenthal, Friedrich: Die geschichtlichen Rechtsgrundlagen der „Sächsischen Nationsuniversität“ in Siebenbürgen und ihres Vermögens. In: *S.F.* 3. Jg., S. 1, S. 44—68.

Bonomi, Eugen: Tod und Begräbnis bei den Deutschen im Ofener Bergland. In: *S.F.* 31. Jg., S. 1, S. 168—201.

Böllid, Bruno: Namensverzeichnis der Ofener Bürgerfamilien, 1686—1789. In: *S.F.* 3. Jg., S. 1, S. 241—253.

Valjavec, Fritz: Die Anfänge der deutschen Widerstandsbewegung in Neufaz. In: *S.F.* 3. Jg., S. 1, S. 254 f.

Burkard, Werner: Die hygienischen Verhältnisse in dem Dorfe Butin (Südb. Banat). In: *S.F.* 3. Jg., S. 1, S. 256—260.

Bernadsky, George: Goten und Anten in Südrußland. In: *S.F.* 3. Jg., S. 2, S. 265 bis 279.

Weinelt, Herbert: Die untergegangene Deutschumsgruppe der Liptau. In: *S.F.* 3. Jg., S. 2, S. 335—351. Mit Bildern und Urkunden aus dieser verschwundenen deutschen Volkstiefe in der Slowakei.

Valjavec, Fritz: Das deutsche Bürgertum und die Anfänge der deutschen Bewegung in Ungarn. In: *S.F.* 3. Jg., S. 2, S. 376 bis 394.

Moor, Elemer: Die ehemaligen Sachsenorte an der oberen Theiß. In: *E.F. 3. Jg., S. 2, S. 395—399.* Es handelt sich um mittelalterliche deutsche Siedlungen, die heute vollständig im Majarentum aufgegangen sind.

Grimm, Hans: Beitrag zur Anthropologie der Deutschen an der unteren Donau. Farbmerkmale von 228 Deutschen nach einer „Zählung am Wege“. In: *E.F. 3. Jg., S. 2, S. 402—411.* Anthropologische Notizen aus 30 Ortschaften.

Glanert, Günter: Landschaftsbild und Siedlungsgang in einem Abschnitt der südöstlichen Kalkalpen (Ostkarawanken und Steiner Alpen) und seinen Randgebieten. In: *E.F. 3. Jg., S. 3, S. 457—521.*

Sattler, Wilhelm: Unvollständigkeit des Deutschen beim Deutschstum in Slawonien. In: *E.F. 3. Jg., S. 3, S. 525—562.* Nachweis großer deutscher Volksverluste an die Kroaten an Hand der Bevölkerungsentwicklung einzelner deutscher Siedlungen.

Müller, R. W.: Die Bedeutung des deutschen Blutes in Südosteuropa. In: *E.F. 3. Jg., S. 3, S. 582—623.* Untersucht vor allem die Verpölung in Galizien, die Majjariisierung; Hinweis auf Fischjisierung.

Pendl, Egon: Die siedlungsgeographische Forschung in den südöstlichen Volksinseln. In: *D. Archiv f. l.u. v. 2. Jg. 1938, S. 2, S. 452—470.*

Kallbrunner, Josef: Deutsche Wanderungen nach Siebenbürgen in neuerer Zeit. In: *D. Archiv f. l.u. v. 2. Jg. 1938, S. 3, S. 668 bis 736.*

Pesch, Karl L. und Schürmann, W.: Gnadenfeld. Ein Bericht über bevölkerungsbiologische, hygienische und gesundheitliche Untersuchungen in einer deutschen Siedlung in Bessarabien (Rumänien). In: *Auslandsd. Volksf. 2. Bd. 1938, S. 169—218.* Mit 12 Abb. auf Tafeln.

Hoffmann, Max: Völkische Mischungen im Banat. Ein Beitrag zur Frage der Unvollständigkeit. In: *l.u. v. 2. Bd. 1938, S. 219—227.*

Gallner, Alfred: Die Mischungen in den siebenbürgisch-sächsischen Städten und Märkten. In: *l.u. v. 2. Bd. 1938, S. 227—260.* Behandelt diesmal Hermannstadt in Fortsetzung früherer Aufsätze.

Weinelt, Herbert: Völkstumsverschiebungen in Währen und Südbanatschlesien. In: *l.u. v. 2. Bd. 1938, S. 321—343.*

Luh, Andreas: Das slawonische Haus der Freih. Hillebrand v. Prandau und die Entstehungszeit der deutschen Niederlassungen in der Walpacher Herrschaft. Ein kritischer Beitrag zur Abgrenzung und Siedlungsgeschichte. In: *l.u. v. 2. Bd. 1938, S. 343—358.*

Hoffman, Max: Der Streit um Ignaz Philipp Sammelweis. In: *l.u. v. 2. Bd. 1938, S. 513—522.* Nachweis der deutschen Abstammung dieses Banater Arztes.

Bajsch, Franz: Deutscher Ausbruch in Ungarn. In: *Nation und Staat, 12. Jg., S. 4, Jan. 1939, S. 204—211.*

Karmasin, Franz, Staatssekretär: Deutsche in der Slowakei und der Karpathenukraine. In: *Nation und Staat, 12. Jg., S. 4, S. 212 bis 216.*

Leibrock, Otto: Großdeutschland und der Südostraum. In: *Volk und Reich, 15. Jg. 1939, S. 1, S. 1—22.* Das ganze Heft ist dem Donauwirtschaftsraum gewidmet.

Balsaver, Fritz: Das älteste Zeugnis für das völlige Erwachen des Donaudeutschstums. In: *Historische Zeitschrift, Bd. 159, S. 2, S. 315—325.* Stützt sich auf einige Briefe aus dem Jahre 1809.

Wiedermann, F.: Das judetendische Laubenhaus. In: *Völkstum und Heimat, Jg. 48, Nr. 1, Jan. 1939.* Mit zahlreichen guten Bildern.

Wittold, Oskar: Der siebenbürgische Sprachkampf. In: *Leipz. Vierteljahrschr. f. Südosteuropa, 2. Jg. Nr. 3, S. 159—180.* Betont die Wichtigkeit der Muttersprache für den Völkstumskampf.

Hanse, Helmuth: Methode und Einsatz der Dorfforschung in Rumänien. In: *Zeitschr. f. Volkskunde 9. Jg. 1938, S. 4, S. 300—307.* Beschäftigt sich mit den Arbeiten des rumänischen Soziologen Guffi und seiner Schule.

Schneider, Wilhelm: Deutsche Siedlungen im Südbanats. Das Ergebnis einer hundertjährigen Schwebenarbeit. In: *Deutsche Arbeit 39. Jg., S. 1, Jan. 1939.* Mit einer Karte.

Gallner, Alfred: Die völkbiologische Forschung unter den Siebenbürger Sachsen und ihre Auswirkung auf das Leben dieser Volksgruppe. In: *D. Archiv f. l.u. v. 2. Bd. 1938, S. 3, S. 736.*

Ronneberger, Franz: Volk und Staat in Südosteuropa. In: *Geist der Zeit, November 1938, S. 731—743.*

Pagel, Karl: Deutschland und der Südosten. In: *Deutsche Rundschau, Aug. 1938.* Erwähnt des öfteren das Volksdeutschstum.

Martini, E.: Einiges über die Seuchenlage in Südosteuropa. In: *Leipziger Vierteljahrschrift für Südosteuropa, Jg. 2, Nr. 2, S. 102—118.* Von großer Bedeutung auch für die dort lebenden Deutschen.

Fochler-Haute, Gustav: Gefahren für das Deutschstum im Südosten. In: *Zeitschrift für Geopolitik, Jg. 15, 1938, Heft 8, S. 613—621.*

Wüsch, Johann: Wesen und Grundlagen der natürlichen Bevölkerungsbewegung in Jugoslawien. In: *Archiv für Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik, Jg. 8, Heft 3, S. 164—180.* Einleitend zu einer Abhandlung über die biologische Lage des Deutschstums.

Franges, Otto von: Die treibenden Kräfte der wirtschaftlichen Strukturwandlungen in

Zugoslawien. In: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 48, 1938, S. 309—340.

Werner, Arnold: Rumäniens Volksgruppenpolitik von den Karlsburger Beschlüssen 1918 bis zur Gegenwart. In: Monatshefte für auswärtige Politik, Jg. 5, S. 11. Bespricht ausführlich die Dienstordnung des Generalkommissariats für Minderheiten.

Endriß, Gerhard: Das Allemannendorf Saderlach im Banat. Die Entwicklung eines deutschen Kolonistendorfes im Südosten. In: Rasse, Jg. 5, 1938, S. 9. Eine Zusammenfassung der Heimatbücher.

Hauße, Helmut: Die Bevölkerungsentwicklung Rumäniens im 19. und 20. Jahrhundert. In: Archiv für Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik, Jg. 8, S. 3, S. 145—163.

Rödel, S.: Bessarabien. In: Zeitschrift für Politik, Bd. 28, S. 9, S. 563—573. Allgemeine Übersicht.

Noth, Hermann: Heinrich Jillick. In: Die Neue Literatur, Juli 1938. Ausführliche Würdigung der Persönlichkeit und des Schaffens. Mit Bibliographie.

Wahlen, Arno: Deutsche Bauernröfser in Bulgarien. In: Deutschlands Erneuerung, Jg. 22, S. 7, S. 376—381. Gute Schilderung der zwei deutschen Siedlungen Endje und Wardiski-Geran.

Bargel, Ernst: Deutsche Holzfäller in den Walddarpaten. In: Atlantis, Jg. 10, S. 12, S. 698—704. Zahlreiche gute Bilder.

Gierach, Erich: Germanen in den Sudetendländern. In: Nationalsozialistische Monatshefte, Aug. 1938. Sehr wichtig.

Wiehl, Mag: Nach der Sudetendeutschen Heimkehr ins Reich. In: Wirtschaftsdienst, Okt. 1938. Bespricht die Umschaltung der produktiven Kräfte hüben und drüben der neuen Grenze.

Casper, Karl: Die Entwicklung der tschechoslowakischen Textilindustrie und die Abtretung der sudetendeutschen Textilwirtschaft. In: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 48, S. 3, 1938, Eingehender Bericht mit vielen Tabellen.

III. Nordosten

Birke, Ernst: Fragen und Aufgaben der gemeinschlesischen Forschung. In: Auslandsd. Volkst., 2. Bd., 1938, S. 267—275.

Hopf, Hans: Zur Frage der Assimilation der Deutschen Mittelpolens (unter Berücksichtigung ihrer sozialen Struktur). In: A.B. 2. Bd. 1938, S. 487—499.

Wahholz-Krafau, L.: Johann Nep. Philip Rust. Ein Beitrag zur Geschichte der medizinischen Fakultät in Krafau. In: Sudhoffs Archiv für Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften, Bd. 31, S. 1 und 2. Rust stammte aus Österreich-Schlesien.

Weinelt, Herbert: Sprache und Siedlung der obereschlesischen Sprachinsel Rostenthal. In: D. Archiv f.L.u.B., 2. Bd. 1938, S. 2, S. 386—403. Untersucht vor allem die Mundart.

Wolner, Margarete: Die rußlanddeutsche Forschung 1934—1937. In: D. Archiv f.L.u.B., 2. Bd. 1938, S. 2, S. 471—495.

Walter, Eginhard: Die Struktur der Landwirtschaft diesseits und jenseits der Memel. Mit 7 Textabb. und zwei Bildtafeln. In: D. Archiv f.L.u.B., 2. Bd. 1938, S. 3, S. 541 bis 554.

Sahn, Richard: Die Arbeitslosigkeit der deutschen Volksgruppe in Ostoberschlesien. In: D. Archiv f.L.u.B., 2. Bd. 1938, S. 3, S. 555—574.

Dopiewitsch, Helene: Die Presse im lettischbaltischen Gebiet 1918/1919. In: D. Archiv f.L.u.B., 2. Bd. 1938, S. 3, S. 737—764. Bespricht die deutsch-baltischen Zeitungen an erster Stelle.

Sappol, Gerhard: Veit - Stof - Legenden und ihre Entstehung. In: Somsburg, 2. Jg. 1938, S. 3, S. 355—379.

Doubel, Hans: Die zahlenmäßige Verbreitung des Deutschtums in Mittelpolen. Bemerkungen zu der anliegenden Karte. In: Somsb., 2. Jg. 1938, S. 3.

von Rügelgen, Carlo: Kulturleistungen der Deutschbaltten. In: Nationalsozialistische Monatshefte, 10. Jg., Nr. 106, Jan. 1939. Nennt kurz die kulturellen Schöpfungen der Baltendeutschen und ihre hauptsächlichsten Träger.

Hartmann, Waldemar: Deutsch-baltische Kunst der Neuzeit. In: Nationalsoz. Monatsb., Jan. 1939, Nr. 106. Protest gegen Behinderung deutscher Kunstausübung.

von Holst, Nils: Die deutsche Kunst des Baltlandes. In: NS-Monatshefte, Jan. 1939, Nr. 106. Kunstgeschichtlicher Abriss. Zu allen drei Aufsätzen zahlreiche vorzügliche Bilder.

Zeiß, Heinz: Deutsche Ärzte in Rußland. 1. Johann Peter Frand. 2. Christian Wilhelm Schmidt. In: Sudhoffs Archiv für Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften, Bd. 31, S. 4/5, S. 219—246.

Fenzlau, W.: Grundrissliches zur Mundart- und Ortsnamensforschung des Memelgebietes. In: Zeitschrift für Mundartforschung, Jg. 14, S. 3, 1938, S. 139—149.

Moras, Wilhelm: Sowjetrußische Kulturpolitik in der deutschen Wolgarepublik. In: Volk im Werden. Aug. 1938, S. 385—392.

IV. übriges Europa

Schmithüßen, J.: Die Entwicklung der luxemburgischen Landwirtschaft in geographischer Sicht. In: D. Archiv f.L.u.B., 2. Bd.

1938, S. 1, S. 41—58. Mit zwei Bildtafeln und drei Textarten.

Müller-Blattau, Josef: Das deutsche Volkslied in Lothringen. In: D. Archiv f. L. u. V., 2. Bd. 1938, S. 1, S. 128—170. Mit zahlreichen Notenwiedergaben.

Petri, Franz: Die Volksgeschichte der Niederlande als germanisch-deutsche Forschungsaufgabe. In: D. Archiv f. L. u. V., 2. Bd. 1938, S. 2, S. 310—325.

Egli, Emil: Das Schweizervolk. Eine Gesamtschau seiner ethnischen Eigenart. In: Zeitschrift für Erdkunde, 7. Jg. 1939, S. 1, S. 40—45. Für unsere Betrachtung ist dieser Aufsatz aus dem Sonderheft Schweiz der Zf. E. am wichtigsten. E. betont die Mischung der verschiedenen schweizerischen Volksstämme. H. Schrepfer hat dazu ein kurzes Nachwort geschrieben.

Schröder, Ernst: Nordschleswig. In: Volk und Reich, 1938, S. 7, S. 472—479. Das ganze Heft ist fast ausschließlich Schleswig-Holstein gewidmet. Der genannte Aufsatz zeigt die eigenartige völkische Lage besonders deutlich.

Koopmann, Paul: Das deutsche Gesicht der nordschleswigschen Städte. In: Zeitschrift für Erdkunde, Jg. 6, 1938, S. 15—16, S. 615—622. Auch die übrigen Aufsätze desselben Heftes sind Schleswig-Holstein gewidmet.

Karten und Atlanten

Besprochen von Professor Dr. E. Wunderlich

1. Politische Weltkarte. 1 : 20 000 000; bearb. von Prof. Haack (Großer Geographischer Wandatlas); Kartenspiegel 125×122 cm. Gotha: Perthes; 1938. RM. 45.—.

Neuaufgabe, mit grundsätzlich ungeänderter Ausführung. Nach wie vor mit Flächen- bzw. Grenzcolorit für die einzelnen Länder und Gebiete. Nur die inzwischen eingetretenen Grenzverschiebungen sind berücksichtigt. Zu wünschen wäre eine Änderung der Projektion, damit die Verzerrungen der nördlichen Gebiete beseitigt werden, und stellenweise auch eine Änderung der Farbwahl. Im übrigen bietet die Karte eine gute Gesamtübersicht für Unterricht und Schulungszwecke.

2. Deutschland (phys.). 1 : 750 000; bearb. v. Prof. Haack; Kartenspiegel 210×210 cm; Mehrfarbenbdruck; Gotha: Perthes; 1938. RM. 45.—.

V. Übersee

Steinhoff, Ilse: Bei deutschen Kolonisten in Afrika. In: Atlantis, Jg. 10, S. 7, S. 361 bis 371. Ein Bildbericht mit 22 guten Aufnahmen aus Deutsch-Südwest- und Südafrika.

Schulze, Joachim-Henrich: Ausichten deutscher Siedlung in Südwestafrrika. In: Der deutsche Erzieher: Der Ostpreussische Erzieher, 1938, S. 5, S. 104—107.

Quelle, Otto: Das Deutschtum im brasilianischen Amazonengebiet im 17. und 18. Jahrhundert. In: Ibero-Amerikanisches Archiv, Jg. 12, S. 3, S. 417—419.

Grube, Otto: Otto Philipp Braun, Divisionsgeneral der Heere von Peru und Bolivien, Großmarschall von Montenegro. Lebensbild eines Deutschen. In: Ibero-Amerikanisches Archiv, Jg. 12, S. 3, S. 372 bis 384. Mit Wiedergabe zahlreicher Briefe.

Der deutsche Anteil an der Erschließung und Erforschung Ibero-Amerikas in den Jahren nach dem Weltkrieg. In: Deutsche Kultur im Leben der Völker. Mitteilungen der Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung und Pflege des Deutschtums, Jg. 13, S. 2, S. 241—260. Reiche Literaturangabe.

Sprangel, Rolf: Die deutsche Nordamerikawanderung. In: Geist der Zeit, Nov. 1938. S. 756—764. Zeigt die völkischen Triebkräfte ihrer schöpferischen Leistung.

Nachdem der Verlag erst kürzlich eine neue Ausgabe unter Berücksichtigung der Eingliederung der Ostmark vorgenommen hatte, ist auf der nunmehr vorgelegten Ausgabe auch der Einbeziehung des Sudetlandes Rechnung getragen. Auf dem Hintergrund des sehr klar wiedergegebenen Landschaftsbildes sind die neuen Grenzen des Reiches mit Rot besonders hervorgehoben, bei gleichzeitiger teilweiser Angabe der ehemaligen Grenzen von 1914. Bei der neuen Ausgabe ist übrigens auch die Farbtonung geändert; das hat namentlich zu einer schärferen Kenntlichmachung der Geländeeinheiten geführt. Hauptsächlich Unterrichts-Wandkarte.

3. Harms, Einheitsliches Unterrichtswerk: Deutschland. 1 : 700 000, bearb. von Dr. W. Eggers; Mehrfarbenbdruck, Kartenspiegel 180×200 cm. 16. Aufl. Leipzig:

List & v. Bressensdorf; 1939. RM. 40.—, mit Nachstück RM. 43.—.

Neben einer farbigen physischen Darstellung — mit wesentlich verbesserter Geländewiedergabe gegenüber den älteren Auflagen —, die auch die Waldverbreitung in großen Zügen, allerdings ohne Fernwirkung enthält, bietet die Karte noch eine Übersicht der politischen Grenzen nach dem neuesten Stand, unter besonderer Hervorhebung der Reichsgrenze. Außerdem sind noch die größeren Siedlungen durch Rot plastisch hervorgehoben. Hauptsächlich für den Schulunterricht.

4. Deutschland (pol.). 1 : 750 000; bearb. von Prof. Haack; Kartenspiegel 165×216 cm; Mehrfarbendruck; Gotha: Perthes; 1938. RM. 45.—

Auch von dieser Karte sind 2 neue Ausgaben unmittelbar aufeinander gefolgt. Die ältere stellt die Rückgewinnung der Ostmark, die letzte Neuausgabe die Eingliederung des deutschen Sudetenlandes mit dar. — Mit politisch-geographischem Flächen- bzw. Grenzcolorit für die einzelnen Staaten und Länder, unter besonderer Hervorhebung der deutschen Grenze und vergleichsweiser Angabe der deutschen Grenze von 1914. Hauptsächlich Unterrichts-Wandkarte.

5. Berendt, E. F. & B. Carlberg: Deutsche Landschaft und Kultur. Wandkarte mit 4 Teilkarten, Kartenspiegel: 165×225 cm; Gotha: Perthes. Aufzsg. RM. 45.—.

Auf vier Teilkarten ist mittels farbiger Flächen- bzw. Linien- oder Ortssignaturen die Verbreitung der Mundarten und Hausformen, der Dorfformen und der Siedlungsdichte, der Bodendeckung und Bodennutzung einschließlich der Großarbeitsvorhaben des Reichsarbeitsdienstes, sowie die politische Gliederung des Reiches und das Hauptverkehrsnetz dargestellt, meistens in sehr vereinfachter und dadurch manchmal sehr umstreitbarer Form. Für den Unterricht und vor allem für Schulungszwecke weiterer Kreise.

6. Carte Linguistique de l'Europe Centrale—L'Allemagne et L'Europe de Demain Selon le Plan de Hitler 1 : 4 250 000. Kartenspiegel: 65×100 cm. Mehrfarbendruck. Editions du Comité Thaelmann: Paris; 1939. Fr. 8.— = RM. 1.— (etwa).

Antideutsches Propagandamaterial des kommunistischen Komitees Thaelmann in Paris. Abdruck der bekannten Langeschen Sprachenkarte von Mitteleuropa, mit französischen Randbemerkungen zur Methode und vor allem zu der angeblich politischen

Zielfestlegung der Karte: „La confusion entre langues et peuples est crée tendancieusement“ ... „Ainsi, cette carte nous révèle, avec une grande précision, les divers territoires sur lesquels s'étendent les visées de conquête hitlériennes“ (!).

7. Das Großdeutsche Reich mit den sudeten-deutschen Gebieten. 1 : 2 000 000; Mehrfarbendruck; Kartenspiegel: 63×61 cm; Bielefeld und Leipzig: Velhagen & Klasing; 1938. RM. 1.20.

Politisch-geographische Hand- und Bürokarte für weitere Kreise, mit Flächencolorit, unter Berücksichtigung der Grenzen nach dem Münchner bzw. Wiener Abkommen. Ferner mit farbiger Eintragung der Hauptverkehrswege sowie Angabe der Reichsstatthalterbezirke.

8. Die neue E. Opitz-Verkehrskarte des Großdeutschen Reiches. 1 : 2 500 000 mit Nebenkarten: Die von Deutschland in Afrika gegründeten Kolonien; bearb. von E. Starke; Mehrfarbendruck; Kartenspiegel: 51×44 cm, 2. Aufl.; Leipzig: Moritz Ruhl; 1938. Im Umschlag RM. 0.80.

Kleine politisch-geographische Handkarte für den Gebrauch weiterer Kreise, mit Flächencolorit für die einzelnen Staaten. Das deutsche Sudetengebiet ist noch mit besonderer Farbe versehen und teilweise noch ohne die letzten Grenzberichtigungen eingetragen. Außerdem sind die Hauptteisenbahnen farblich hervorgehoben. Drei kleine Nebenkarten zeigen die deutschen Kolonien in Afrika.

9. Ravensteins-Karte von Deutschland mit den Gaugrenzen der NSDAP. 1 : 2 Mill. Format: 72×65,5 cm. Mehrfarbendruck. Frankfurt a. M.: Ravenstein; 1938. RM. 1.10 bzw. 0.72.

Politisch-geographische Hand- und Bürokarte für weitere Kreise, mit Flächen- bzw. Grenzcolorit für die einzelnen Staaten und Gebiete, einschließlich der Gaue der NSDAP, jedoch noch ohne Berücksichtigung der Eingliederung des deutschen Sudetenlandes. Mit verschiedenen kleinen Nebenkarten für wichtige Teilgebiete sowie einer tabellarischen Übersicht über Fläche und Bevölkerung der damaligen Reichsteile.

10. Deutsches Reich. 1 : 4 000 000. Mehrfarbendruck; Format: 44 : 28 cm. Ergänzungskarte zu Diercke: Schulatlas; doppelseitig, 1 Nebenkarte. Braunschweig: G. Westermann; 1938. RM. 0.23.

Seine physisch- bzw. politisch-geographische Schulatlas-Ergänzungskarte des Deutschen Reiches und der unmittelbaren

Nachbargebiete, jedoch noch ohne Berücksichtigung des deutschen Sudetenlandes. Eine kleine Nebenkarte zeigt ferner die administrative Gliederung des Reiches.

11. **Umrisskarte des Deutschen Reiches vom 13. März 1938** (Nr. 234 a) nach einem Originalentwurf des Prakt. Schulmann. Maßstab etwa 1 : 2 Millionen. Blau-Weißdruck. Format 85×58 cm. Mit Erläuterungsheft; Stuttgart: Der Praktische Schulmann. 5 Stück = RM. 2.40.

Stumme Karte für Eintragungszwecke aller Art, hauptsächlich für den Geographie- und Geschichtsunterricht, aber auch für praktische Zwecke. Enthält jeweils in Blau- bzw. Graudruck außer den Grenzen des Reiches (noch ohne Sudetenland) die Hauptströme und die Lage der wichtigsten Großstädte.

12. **Deutscher Kulturatlas**. Hrsg. von Gerhard Lüdtke und Luz Madensen. 83./87. Lieferung. 4^o. Abschluß des III. Bandes. Berlin: Walter de Gruyter & Co.; 1938. Je Lieferung RM. 2.—.

Die neue 83. und 84. Lieferung des — trotz der inzwischen eingetretenen Veralterung mancher älterer Teilblätter — sehr verdienstvollen Atlaswerkes enthält verhältnismäßig wenig Karten. Besonders hervorgehoben sei jedoch die Übersicht der Barock- und Rokoko-bauten in Mitteleuropa, da sie auch für die kulturellen Beziehungen des Grenz- und Auslandsdeutschums wichtig ist. Auch in den letzten drei Lieferungen (85—87) sind unter diesem Gesichtspunkt einige ähnliche Karten zu nennen. Mit den vorliegenden Lieferungen schließt übrigens das Atlaswerk ab.

13. **D.A.B. - Auto-Atlas von Deutschland**, für Auto-, Motor- und Radfahrer von Deutschland, Schweiz und Italien mit Reiseführer. 480 Seiten. 100 Karten. Mehrfarbendruck; 18×26 cm. Berlin-Lichterfelde, Deutscher Autokartenverlag, Dr. P. Hstergaard; 1938. RM. 5.80.

Autoatlas mit 52 farbigen Teilkarten, die im wesentlichen das Gebiet des Deutschen Reiches, ferner die Schweiz, die Tschechien und Italien mit den unmittelbar angrenzenden Gebieten umfassen. Auf jeder Karte sind die Wälder, Gewässer sowie besonders die Straßen farbig hervorgehoben. Ein ausführlicher Fernteil enthält ein alphabetisch geordnetes Ortsverzeichnis mit ausführlichen praktischen Angaben für den Autofahrer.

14. **B3-Karte: Deutschland und Nachbargebiete**, 1 : 500 000. Mit den Reichsautobahnen, Reichs- und Touristenstraßen. Mehrfarbendruck, Format: 82×77 cm. Berlin: Deutscher Verlag. 1938. RM. 1.80.

Verkehrsgeographische Büro- u. Handkarte für das Gebiet des Deutschen Reiches und die unmittelbar anschließenden Teile Mitteleuropas, mit leichter Andeutung des Geländes, ferner mit Grenzfärbung und farbiger Hervorhebung der Gewässer und namentlich des Straßennetzes. Im Gebiet der Tschechoslowakei sind außerdem die verschiedenen Volksstammgebiete farbig eingetragen; die letzten dortigen Grenzänderungen sind jedoch noch nicht berücksichtigt. Besonders für rasche Gesamtübersichten.

15. **Straßenverwaltungskarte 1 : 300 000**; Blatt 0 53, Frankfurt a. O. Blatt 54, Bromberg. Stand 1936. Bearb. nach Unterlagen des Generalinspektors f. d. deutsche Straßenwesen. Kartenspiegel: 46×37 cm, Dreifarbendruck. Hrsg. vom Reichsamt für Landesaufnahme, Berlin (amtliche Hauptvertriebsstelle R. Eisen Schmidt); 1937. Pro Blatt RM. 1.80.

Neue Teilblätter mit der Darstellung des Straßennetzes nach dem Stande von 1936, mit der üblichen klaren farbigen Kennzeichnung der einzelnen Straßenzüge. Die Darstellung beschränkt sich, wie vorgesehen, auf das Reichsgebiet.

16. **Der Nationalitätenkampf im Grenzland Schleswig**. Stand vom 1. August 1938, 1 : 160 000. 3. Aufl. Mehrfarbendruck, Kartenspiegel: 69×90 cm. Begleitheft von Franz Baagt, Flensburg. Hrsg. vom Wohlfahrts- und Schulverein; 1939.

Weitere Neuauflage dieser wichtigen Volksstammkarte (vgl. AD. 1937, S. 3, Nr. 11), in etwas vergrößertem Maßstab, der eine bessere Übersicht der Einzelheiten erlaubt. Zu beachten sind die Fortschritte der dänischen Kulturarbeit, die in verschiedenen Teilen des Kartengebietes zu verfolgen sind.

17. **Heimatatlas von Bremen**; bearb. von W. Bartels und E. Burgdorf. Hrsg. unter Mitwirkung von Dr. W. Eggers. 4^o. Leipzig: List & v. Bressensdorf; 1938. RM. 1.80.

Bietet neben einer Gesamtübersicht von Niedersachsen vor allem verschiedene Landschaftsausschnitte aus der weiteren Umgebung Bremens (einschließlich des Weserberglandes), ferner gut ausgewählte Darstellungen der unmittelbaren Umgebung der Stadt, nebst verschiedenen Stadtplänen. Hauptsächlich für den Schulunterricht.

18. **Harms: Heimatatlas für Pommern**, 4^o, 16 S. Hrsg. im Auftrag d. Pomm. Lehrervereins von E. Gohrbandt und R. Reinke. Leipzig: List & v. Bressensdorf; 1937. RM. 2.—.

Neuaufgabe des bereits früher an dieser Stelle (M., 1928, Nr. 104) gewürdigten Heimatatlases von Pommern, der namentlich auch für die Kenntnis der Grenzgebiete von Ostpommern von unserem Arbeitsgebiet aus zu beachten ist. Die Neuaufgabe zeigt einige Erweiterungen, die das Wirtschaftsgeographische noch etwas stärker betonen.

19. Reichskarte, Einheitsblatt Nr. 16 a: Gumbinnen - Insterburg - Goldap; Einheitsblatt Nr. 30 a: Rastenburg-Löben-Arg. Zusammendruck aus der Karte des Deutschen Reiches, Kartenspiegel: 64,5 × 55,5 cm, einfarb. Hrsg. v. Reichsamt f. Landesaufnahme (amtl. Hauptvertriebsstelle R. Eifenschmidt), Berlin; 1938. Je Blatt RM. 1.20.

Neuausgaben der beiden wichtigen Grenzgebiets-Blätter, teilweise mit Nachträgen bis 1936, in der üblichen Ausführung. Für Studien- und Wandierzwecke.

20. Neue Ortsnamenskarte der Provinz Ostpreußen mit den alten und neuen Ortsnamen; 1 : 200 000; bearb. v. S. Anger; Dreifarbenbrudr.; Kartenspiegel: 135,5 × 105 cm; Königsberg (Pr.); Gräfe & Anger; 1938. Anaufgez. RM. 6.—; auf Lw. m. Stb. RM. 16.—.

Schwarz-Weiß-Bürokarte von Ostpreußen, mit Eintragung der geänderten Ortsnamen. Die Angaben sind jedoch nicht vollständig. (Man vergleiche die Neuausgaben der 1 : 100 000-Karte von Ostpreußen.)

21. Karte des Deutschen Reiches; Umdruckausgabe Nr. 19 Wischell; Nr. 51 Wehlau; Nr. 77 Goldap; Nr. 135 Sensburg; Nr. 167 Passenheim; Nr. 169 Johannisburg; Nr. 137 Arg.; Nr. 165 Deutsch Eylau; Nr. 170 Bialla; Nr. 171 Proskau. Zweifarbenbrudr. Kartenspiegel: 33 × 28 cm. Berlin: Reichsamt für Landesaufnahme (Hauptvertriebsstelle R. Eifenschmidt), Berlin; 1938. Je Blatt RM. —.30.

Neuausgaben mit Nachträgen und Berichtigungen, vor allem mit zuverlässiger Eintragung aller geänderten Ortsnamen in Ostpreußen in Rot. Für Studien-, Wander- und Nachschlagezwecke.

22. Neue Ortsnamenskarte des Kreises Schloßberg (Pillkallen) mit den alten und neuen Ortsnamen, auf Grund der im Sommer 1938 getroffenen Ortsnamensänderungen v. Hellmuth Anger, 1 : 100 000. Dreifarbig. Kartenspiegel: 52 × 38 cm. Königsberg (Pr.): Gräfe & Anger; 1938. RM. —.90.

Schwarz-Weiß-Überficht der Siedlungen des Kreises Schloßberg (Pillkallen) mit Eintragung der 1938 getroffenen Ortsnamensänderungen in Rot. Angegeben ist zur Erleichterung der Orientierung das Netz der Nehtischblätter mit ihrer alten und neuen Nummerierung. Hauptsächlich für praktische Nachschlagezwecke.

23. Reinhold-Mittelbach-Karte Nr. 5 = Ostpreußen, 1 : 300 000. Mehrfarbenbrudr. Kartenspiegel: 104 × 73 cm. Dresden: Reinhold-Mittelbach; 1938. RM. 2.45.

Ausgesprochene Autokarte für Ostpreußen und die unmittelbar angrenzenden Gebiete, mit farbiger Angabe der Wälder, des Gewässernetzes und der Grenzen, sowie übersichtlich farbiger Hervorhebung und Charakterisierung des Straßennetzes.

24. Iro-Straßenkarte Nr. 24, Sonderblatt Rheinprovinz, 1 : 250 000, bearb. von C. Kremling, 8°. Farbenbrudr. Kartenspiegel: 79 × 74,5 cm. München: Iro-Verlag; 1938. RM. 1.50.

Reine Verkehrskarte, mit farbiger Angabe der Waldgebiete, Flüsse und Grenzen, sowie farbiger Hervorhebung und Charakterisierung des Straßennetzes, für das Gebiet von Cleve bis Mannheim.

25. Die Geburten der Schweiz im Jahre 1935. Der Geburtenüberschuß der Schweiz im Jahre 1935. Beide Karten im Maßstab etwa 1 : 1 500 000. Kartenspiegel: 29,5 × 18,5 cm. Zweifarbenbrudr. Kartenbeilage zum Auffass von A. Durlardt im Deutschen Archiv für Landes- und Volksforschung, Heft 1; 1938. Leipzig: G. Hirzel.

Willkommene bevölkerungsstatistische Überfichtskarten mit Eintragung der Geburten, bzw. des Geburtenüberschusses nach der Zählung von 1935, in Prozentstufen für die verschiedenen, zum Teil farblich bezeichneten Sprachgebiete der Schweiz. Zu beachten ist die volksbiologische Stellung des Deutschstums.

26. Flemmings Generalkarte: Nr. 26: Deutsch-Österreich; 1 : 750 000. 3. Auflg. Mehrfarbenbrudr. Kartenspiegel: 79,5 × 59,5 cm. Braunschweig: G. Westermann; 1938. RM. 1.80.

Politisch-geographische Hand- und Büro-karte, mit Grenzcolorit und farbiger Hervorhebung der Haupteisenbahnwege, ferner mit farbigem Gelände und Gewässernetz. Die neuen Grenzgestaltungen sind noch nicht berücksichtigt. Für den Gebrauch weiterer Kreise.

27. **Tro - Straßenkarte Nr. 57: Ostalpen**, 1 : 500 000, Mehrfarbenbdruck. Kartenpiegel: 116,5×75,5 cm. München: Tro-Verlag; 1938. RM. 2.50.

Ausgesprochene Verkehrskarte, für den Raum vom Bodensee bis Triest, Ugram und Preßburg, mit leichter Andeutung des Geländes, farbiger Eintragung des Gewässernezes und der Grenzen sowie namentlich mit farbiger Hervorhebung und Charakterisierung der Straßen und ihrer Steigungsverhältnisse.

28. **Karte der Verwaltungsbezirke Glüßing und Jennerdorf**, 1 : 50 000, bearb. von S. Wimmer. Farbendruck, Kartenpiegel: 105×115,5 cm. Einz. a. d. Donau: S. Wimmer, Wilmböckstr. 23. 1938. Auf Zw. m. Stb. RM. 32.—.

Wandkarte mit farbiger physisch- und politisch-geographischer Darstellung der beiden an Ungarn bzw. Jugoslawien angrenzenden Verwaltungsbezirke, für den Schulunterricht und praktische Zwecke.

29. **Die deutschen Siedlungen in Slawonien nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 31. 3. 31** von W. Sattler; 1 : 750 000 mit Deckblatt. Kartenpiegel: 32×23 cm. Karte zum Auffass in der Zeitschrift: *Auslandsdeutsche Volksforschung*. Jahrgang 2, Heft 1; 1938.

Bevölkerungs- und siedlungsgeographische Übersicht in Schwarz-Weiß, mit genauer Angabe des Prozentanteiles der deutschen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung Slawoniens nach Orten bzw. Gemeinden, sowie mit genauer Eintragung der deutschen Siedlungen, nach dem Stande von 1931.

30. **Freitag & Berndt: Die Neugestaltung der Tschecho-Slowakei**. Neue Ausgabe mit einer neuen ungarischen Grenze, 1 : 2 000 000. Format: 30×50 cm. Wien: Freitag & Berndt. 1938. RM. —.40.

Kleine farbige politisch-geographische Hand- bzw. Atlas-Ergänzungskarte der Tschecho-Slowakei und der angrenzenden Gebiete, mit den letzten Grenzen. Die Teile, die ihre politische Zugehörigkeit gewechselt haben, sind mit besonderem Flächenkolorit bezeichnet.

31. **Handkarte: Sudetenland**, 1 : 600 000. Kartenpiegel: 70×90 cm, in 7 Farben. Wien: Freitag & Berndt; 1938. RM. 1.60.

Politisch-geographische Hand- und Büro-karte des Sudetenlandes, mit Flächen- bzw. Grenzkolorit und Angabe der Grenzen. Das mit dem Deutschen Reich vereinigte sudetendeutsche Gebiet ist besonders

farbig hervorgehoben. Die verschiedenen Grenzänderungen dieses Gebietes sind gut erkennbar.

32. **Karte der Tschecho-Slowakei** (Topografické mapy). 1 : 25 000. Umgebung von Prag. Blatt Nr. 3952/2, 3952/4, 3953/1, 3953/3. Mehrfarbenbdruck; Kartenpiegel: 71×55 cm. Hrsg. Voj. Zemapisny Ustav V Praze. Prag; 1938. Je Blatt RM. 3.—.

Vier Teilblätter der amtlichen tschechischen Karte 1 : 25 000, in Schwarz-Weiß, aber mit braunen Isohypsen, die Prag und seine nähere Umgebung darstellen.

33. **Karte der Zips mit derzeit oder ehemals gebrauchten deutschen Namen**. 1 : 380 000. Bearb. von J. Polisch. 2. Aufl. Kartenpiegel: 20×23 cm. Hrsg. v. d. Arbeitsgemeinschaft Zipser Heimat, Reßmark. Druck: Paul Sauter, Reßmark; 1939.

Kleine verdienstliche Schwarz-Weiß-Übersicht der Zips, vor allem mit Angabe der deutschen Ortsnamen usw. Für Studien- und Wandierzwecke. In neuer Auflage.

34. **A. Stocki: Polska Mapa Administracyjna, Polityczna Post Kosciscina Sadowa**. 1 : 750 000. Mehrfarbenbdruck. 4 Blätter. Kartenpiegel: 68×87 cm je Blatt. Hrsg. Centrala Sprzedazy Map Koziej Olszewski Filipowicz Warszawa. Warschau 1939. RM. 27.50.

Politisch- und verkehrsgeographische Wand- bzw. Büro-karte, mit Flächenkolorit für die verschiedenen Staats- und Verwaltungsgebiete (noch ohne das polnisch gewordene Ostgebiet) und mit Linienkolorit für das Eisenbahnnetz. Verschiedene kleine Nebenkarten zeigen Ausschnitte wichtiger Teilgebiete; ferner geben sie historisch-geographische Übersichten, Darstellungen der Bevölkerungsverteilung, sowie Übersichten über die kirchliche, gerichtliche und administrative Gliederung Polens und seiner Bevölkerung. Ausschließlich polnische Beschriftung. Hauptsächlich für den praktischen Gebrauch.

35. **Mapa Sieci Kolojowo Rzecyzospolitej** (Eisenbahnnetz von Polen). 1 : 1 500 000. Kartenpiegel: 59×68 cm. Zweifarbenbdruck. Bearb. v. Wladyslaw Groszek. Foto-offset Zakt. Graf Straszewiczów. 1938. RM. 1.50.

Hand- und Büro-karte, mit Schwarz-Weiß-Darstellung sämtlicher polnischer Eisenbahnen und ihres Stationsnetzes sowie verschiedenen Nebenkarten für wichtige Teilgebiete, ferner mit den Hauptanschlüssen in die Nachbarstaaten. Ausschließlich polnische Beschriftung für das Gebiet von Polen.

36. **Latvijas Karte.** 1:450 000. Mehrfarben-
druck. Kartenspiegel: 162×67 cm. Let-
tische Beschriftung. Riga: P. Mantnietā,
Kartografijas Instituta izdevums. 1938.
RM. 5.—.

Politisch- und verkehrsgeographische
Büro- und Handkarte, mit farbiger Hervor-
hebung der Waldgebiete, des Gewässer-
netzes und der Grenzen sowie vor allem des
Straßennetzes, mittels Flächen- bzw. Linien-
kolorit. Die anschließenden Teile von Litauen
u. s. w. sind nur in großen Zügen wieder-
gegeben. Mit Ortsverzeichnis. Ausschließlich
lettische Beschriftung.

37. **Eesti Maantee Kaart** (Autokarte).
1:300 000. Mehrfarben- und Kartens-
piegel: 127,5×182 cm. Reval (Tallinn).
Maantee Valitsuse Väljaanne. 1938.
RM. 5.50.

Hauptsächlich politisch- und verkehrs-
geographische Büro- und Handkarte, mit
farbiger Hervorhebung und Charakterisie-
rung der Straßen, ferner mit farbiger Kenn-
zeichnung der Waldgebiete, des Gewässer-
netzes und der Grenzen. Die anschließenden
Teile von Lettland und Rußland sind nur
roh angedeutet. Ausschließlich estnische Be-
schriftung.

38. **Mittelschile.** 10 Umrißkarten zur Landes-
kunde v. Dr. E. Weber. Heft 1. Schwarz-
Weiß-Druck. 4°, etwa 1:1 600 000. Hrsg.
v. d. Deutschen Oberrealschule zu Bal-
paraiso, Chile 1938.

Heft mit 10 gleichen stummen Schwarz-
Weiß-Kartenskizzen von Mittelschile, mit An-
gabe des Flußnetzes, der Eisenbahnen und
der größeren Siedlungen, zur handschrift-
lichen Eintragung geographischer und son-
stiger Gegebenheiten, z. B. auch von Deutsch-
tumsangaben.

39. **Standford's Map of the Far East &
Pacific Ocean to Illustrate the Inter-
national Situation.** Mehrfarben- und Kartens-
piegel: 63×48 cm. London: Ed-
ward Stanford; 1938. RM. 3.60.

Politisch-geographische Büro- bzw.
Atlas-Ergänzungskarte, mit Flächen- oder
Grenzkolorit für die einzelnen Staaten und
ihre Kolonialbesitzungen im Bereich des
Pazifischen Ozeans und seiner Randgebiete.

40. **Map of New Britain.** 1:500 000. Kartens-
piegel: 104×60 cm. Einfarbig. Hrsg.
v. Department of Lands, Mines and
Forests. 1937. RM. 7.50.

Einfache erste topographische Übersicht
Neuvorpommerns, für den Hand- und Büro-
gebrauch.

*

Unsere Toten

Otto Leyer †

In dem deutschen Musterdorf Kobadin
in der Dobrußtscha starb, erst 45 Jahre alt,
am 10. März 1939 der deutsche Bauer Otto
Leyer.

Leyers Vater, Michael Leyer, hat 1892
gemeinsam mit einer Reihe deutscher Volks-
genossen das bekannte Musterdorf Kobadin
mitbegründet. Otto Leyer hat diesen Grün-
dern seiner deutschen Heimat im Ausland in
der „Geschichte des deutschen
Dorfes Kobadin“ und weiter in der
Bauerngeschichte „Die Ersagwahl“ (die

in der Novembernummer unserer Zeitschrift
erschien) ein würdiges Denkmal gesetzt.

Leyer hat sich in diesen Schriften, die in
jedem Hause seiner Heimatgemeinde zu fin-
den sind, und noch mehr in seiner Arbeit für
seine Volksgenossen als Lehrer und Bauer
eingesetzt. Er war ein Deutscher, der seine
Pflichten und Aufgaben kannte und auf
seinem Platz erfüllte in dem Bewußtsein,
damit nicht zuletzt dem deutschen Vaterlande,
der alten Heimat, einen Dienst zu erweisen.

Aus der Stadt der Auslandsdeutschen

Preisermäßigung für volks- und auslandsdeutsche Besucher der Reichsgartenschau

Wegen einer Eintrittspreisermäßigung für volks- und auslandsdeutsche Besucher der Reichsgartenschau in Stuttgart wurde folgende Regelung festgesetzt:

1. In das an auslands- oder volksdeutsche Besucher zur Ausgabe kommende Gutschein-

heft wird je ein Gutschein über RM. —40 eingeklebt.

2. Dieser Gutschein wird bei Lösung einer Eintrittskarte an der Kasse der Reichsgartenschau in Zahlung genommen.

Mitteilungen des D.M.

Der Reichsjugendführer im D.M.

Am 25. März besuchte der Reichsjugendführer Baldur von Schirach, der aus Anlaß der ersten Hallensportkämpfe der HJ. in Stuttgart weilte, das Deutsche Auslands-Institut und das Ehrenmal der deutschen Leistung im Ausland. Er wurde vom Leiter des Instituts, Dr. Esaki, willkommen geheiß, der dem Reichsjugendführer im Auftrage des Präsidenten D.M. Dr. Strölin die Goldene Ehrenplakette des D.M.

für Verdienste um das Deutschtum im Ausland überreichte. Daran schloß sich eine eingehende Besichtigung der einzelnen Abteilungen des Hauses sowie des Ehrenmals. Eine zum Besuch des Reichsjugendführers vorbereitete Sonderausstellung, die in einzelnen Querschnitten das im Institut vorhandene Material über volks- und auslandsdeutsche Jugendfragen zeigte, fand dabei sein besonderes Interesse.

Gauleiter im Ehrenmal

Im Rahmen einer Arbeitstagung des Reichskommissars für Preisbildung besichtigten am 16. März unter Führung von Dr. Esaki der Reichskommissar für Preisbildung, Gauleiter J. Wagner-Breslau,

und Gauleiter Reichsstatthalter Murr zusammen mit einer Reihe von Tagungsteilnehmern das Ehrenmal der deutschen Leistung im Ausland.

Glückwünsche des Präsidenten Oberbürgermeister Dr. Strölin

Oberbürgermeister Dr. Strölin hat dem Ehrenbürger der Stadt der Auslandsdeutschen Stuttgart, Reichsminister Freiherr von Neurath, zu seiner Ernennung zum Reichsprotector in Böhmen und Mähren telegraphisch herzlichste Wünsche überfandt und ihn der treuen Verbundenheit der schwäbischen Gauhauptstadt mit ihm versichert.

Gleichzeitig hat Oberbürgermeister Dr. Strölin namens der Stadt der Auslandsdeutschen und des Deutschen Auslands-Instituts dem Führer der Memeldeutschen, Dr. Neumann, und allen memeldeutschen Volksgenossen zur Heimkehr ins Großdeutsche Reich telegraphisch herzlichste Grüße übermittelt.

Reichsjugendführer Baldur von Schirach

befichtigte am 25. März das D.A. Unsere Aufnahme zeigt ihn bei der Befichtigung der Sonderausstellung über die völkische und auslandsdeutsche Jugendarbeit.



Lehrbeauftragungen zweier Mitarbeiter des Deutschen Ausland-Instituts

Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung hat der Dozenten Dr. phil. habil. Wahrhold Drascher beauftragt, ab 1. April 1939 die Pro-

fessur für Weltpolitische Auslandskunde und Kolonialwissenschaft an der Universität Tübingen vertretungsweise zu übernehmen.

Der Leiter der Kartenabteilung des Deutschen Ausland-Instituts, Prof. Wunderlich, wurde beauftragt, an der Technischen

Hochschule in Hannover im Sommersemester 1939 geographische Vorlesungen abzuhalten.

Sonderausstellung deutsche Kunst in Böhmen und Mähren

Das Deutsche Ausland-Institut veranstaltete im Ehrenmal der deutschen Leistung im Ausland eine Sonderschau über die deutsche Kunst in Böhmen und Mähren, in der eine Fülle von neuem Bildmaterial und eine Reihe sehr eindrucksvoller Aufnahmen des Marburger Kunstinstituts, unter besonderer Berücksichtigung der Baumeister Peter Parler und Balthasar Neumann, ge-

zeigt wurde. Im Zusammenhang mit dieser Ausstellung fand am 30. März im Rahmen der Vortragsabende des Deutschen Ausland-Instituts ein Lichtbildervortrag des sudetendeutschen Kunsthistorikers Dr. habil. Otto Kiesel von der Universität Marburg über "Deutsche Kunst in den böhmischen Ländern" statt.

Forschungsstelle Badener in der Welt

Am 30. März wurde in Karlsruhe die Forschungsstelle Badener in der Welt gegründet. Nach Begrüßungsworten des Landesleiters M. Schmid überbrachte der Leiter des Deutschen Ausland-Instituts, Dr. C s a k i, die Grüße der Stadt der Auslandsdeutschen, um anschließend ein Bild der vielgestaltigen Aufgaben des Instituts zu

geben. Der Leiter der Hauptstelle für Sippenkunde, M. G r i s e b a c h, umriß das Arbeitsgebiet der stammesgebundenen Sippen- und Auswanderungsforschung und stellte fest, daß in Baden durch den verstorbenen Direktor des Generallandesarchivs, Dr. B a i e r, und andere Wissenschaftler schon fruchtbringende Arbeit geleistet wurde.

Neues Bestandsverzeichnis des volksdeutschen Buchdienstes

Der Volksdeutsche Buchdienst, der der Bücherei des Deutschtums im Ausland im D.A.G. angegliedert ist, legt ein neues Bestandsverzeichnis der nunmehr rund 3000 Bände umfassenden Leihbücherei vor. Es enthält in sorgfältiger Ausstattung, nach Ländern geordnet, eine Zusammenstellung des zuverlässigen und zur Schulung besonders geeigneten Schrifttums über alle volksdeutschen Fragen und die wichtigen kolonialen Probleme. Daneben bringt es die grundlegenden zeitnahen Darstellungen über

Grenzprobleme, ferner volkstümliche Bücher beschreibender und erzählender Art über die einzelnen Volksgruppen, sowie Material zur Gestaltung volksdeutscher Abende und Sonderdrucke von wichtigen Aufsätzen aus Zeitschriften und Sammelwerken.

Das Bestandsverzeichnis, dem auch eine Benutzungsordnung beigegeben ist, wird zu dem Preise von RM. — 50 durch den Volksdeutschen Buchdienst im Deutschen Ausland-Institut, Stuttgart, Danziger Freiheit 17, abgegeben.

Gesellschaftsreisen nach Südosteuropa

Scherls Reisebüro (Berlin SW 68, am Dönhofsplatz) veranstaltet in den nächsten Monaten drei Gesellschaftsreisen durch Südosteuropa. Die Vorbereitung und Durchführung erfolgt in kultureller Zusammenarbeit mit dem Deutschen Ausland-Institut. An jeder dieser Reisen nimmt ein Vertreter des

Instituts teil und hält während der Fahrt einführende Vorträge. Die Reisen, die über Wien, Belgrad, Sofia, Bukarest und Siebenbürgen führen, finden jeweils statt in der Zeit vom 11. bis 25. Mai, 15. bis 29. Juni und 25. bis 29. Juli.

Marke



Elefant

Auslandsdeutsche trinkt
deutschen Marken-Likör

Carl Mamepe AG., Berlin

Das Originalhaus für Mamepe - Halb u. Halb

Zu beziehen durch alle namhaften Auslands-Importeure

**Vorm. Württ. Hofapotheke
Stuttgart**

Adolf Hieslerstr. u. Schillerplatz / Begr. 1861

**Fachmännische Ausrüstung
von Tropenapotheken
Auswanderer- u. Siedlerapotheken
Haus-, Luftschutz- und
Taschenapotheken**

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Hermann Rüdiger, Stuttgart-S., Danziger Freiheit 17. Verantwortlich für die Anzeigen: Otto Röhm, Stuttgart-S., D.M. I. Bj. 89: 4857. Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 10. Herausgeber: Deutsches Ausland-Institut, Stuttgart. Druck und Verlag: R. Rothhammer, Stuttgart-S., Urbanstraße 12—16. Zuschriften, welche die Schriftleitung betreffen, sind an diese zu richten, alle übrigen an den Verlag.

Lange mit Ischias behaftet

„Schon nach wenigen Tagen wesentliche Besserung erzielt“

Herr Rudolf Böllner, Werkmeister, Saarhölzbach-Saar, Adolf-Hitler-Straße 218a, berichtet uns am 15. September 1938: „Seit langem war ich mit Ischias behaftet und was ich infolge dieses aufreibenden Leidens mitgemacht habe, vermag ich nicht in Worte zu fassen. Meine Freunde rieten mir es einmal mit Togonal zu versuchen, wovon ich eigentlich nichts wissen wollte. Trotzdem griff ich doch noch zu Togonal und was ich hier erlebte, war erstaunlich. Schon nach wenigen Tagen verspürte ich eine wesentliche Besserung, die solche Fortschritte machte, daß ich sagen kann, daß ich diesen Erfolg nur Togonal verdanke. Allen Ischiaskranken empfehle ich im Interesse ihrer Gesundheit es unbedingt sogleich mit Togonal zu versuchen.“

Die Erfahrungen anderer sind wertvoll! Der Bericht von Herrn Böllner ist einer von vielen, der uns unaufgefordert aus Dankbarkeit zugegangen ist. In der Tat haben Togonal-Tabletten Unzähligen bei Rheuma, Gicht, Ischias, Gelenkschmerz, Nerven- und Kopfschmerzen sowie Erkältungskrankheiten, Grippe und Influenza rasche Hilfe gebracht. Keine schädlichen Nebenerscheinungen! Die hervorragende Wirkung des Togonal wurde von Ärzten und Kliniken seit Jahren bestätigt. Haben auch Sie Vertrauen und machen Sie noch heute einen Versuch — aber nehmen Sie nur Togonal! In allen Apotheken. M. 1.24.

Lesen Sie das Buch „Der Kampf gegen den Schmerz“! Es ist mit interessanten, farbigen Illustrationen ausgestattet und für Gesunde und Kranke ein guter Begleiter. Sie erhalten es auf Wunsch kostenfrei und unverbindlich vom Togonalwerk, München 27w 475

Seht, das ist Deutschland!

Ein buntes Kartenbilderbuch

zusammengestellt u. herausgegeben

von Bernhard Klaffke,

gezeichnet von Günter Liebske

und Wilhelm Plünnecke.

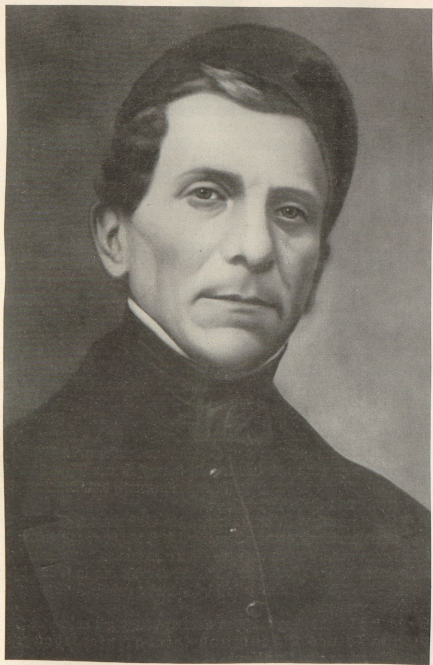
Format 17,9 × 24,3 cm, 118 Seiten

Kartonierte M. 3.—

Stets vorrätig bei

Dienst am Buch, Stuttgart Olgastr. 53

Dieses Buch zeigt das deutsche Land und seine Schätze, das deutsche Volk und seine kulturellen Leistungen in neuartigen, malerisch gestalteten bunten Kartenbildern über Deutschlands Städte, Burgen, Flüsse, Seen, Bodenschätze, Landwirtschaft, Wertarbeit, Bauernhäuser, Trachten, Sport, Leib- und Wagensgerichte. Die bunten Kartenbilder werden ergänzt durch Duzende von Schwarzweißzeichnungen und viele übersichtliche Zusammenstellungen wissenschaftlicher Angaben wie: 300 Kurzbiographien, 100 Städtebeschreibungen, Kochrezepte, Volkslieder mit Noten, Wirtschaftsangaben, deutsche Völkchen, Gesandtschaften und Konsulate, Verkehrsbeziehungen und vieles andere mehr. Wenn Sie dieses entsündende Buch, das übrigens als Geschenk für jeden Zweck besonders reizvoll ist, durchblättern, lernen Sie gleichsam spielend eine Menge wichtiger Tatsachen, und werden nie müde, darin zu lesen und die farbensönen Karten zu betrachten, die in ihrer Art kleine Kunstwerke sind.



Stephan Ludwig Roth
zu seinem 90. Todestag am 11. Mai 1939

Stephan Ludwig Roth zum Gedächtnis

Am 11. Mai 1849 wurde zu Klausenburg in Siebenbürgen Stephan Ludwig Roth von dem Gericht der magyarischen Revolutionsarmee zum Tode verurteilt und nach einigen Stunden standrechtlich erschossen.

Stephan Ludwig Roth, dessen Leben und Tod wahrhaft heldische Züge aufweist, ist so mit Recht der Volksheld und Märtyrer der Siebenbürger Sachsen geworden. Aber noch mehr: Im geistigen Blickfeld der Zeit erscheint er uns auch heute noch als kühner Erneuerer, der viele tragende Gedanken späterer Entwicklung, aber auch vorahnend Zielsetzungen unserer großen Gegenwartsbewegung ankündigte.

Stephan Ludwig Roth hat sämtliche Grundfragen des außendeutschen Volkstumskampfes, die in der Folge des 19. und 20. Jahrhunderts brennend wurden, vorausgesehen und in seinen Schriften, Reden und auch durch praktische Versuche aufgeworfen: die Notwendigkeit, durch Siedlung und Hebung der Landwirtschaft den deutschen Lebensraum zu weiten und zu festigen, die Lebenswichtigkeit eines hochstehenden Lehrerstandes, die zwangsläufige Herbeiführung eines friedlichen Zusammenlebens mit dem rumänischen Mehrheitsvolk — um nur einige seiner in die erstarrte Zeit der ersten Hälfte des Jahrhunderts kühn hineinleuchtenden Pläne zu nennen —, all diese Gedanken gehen vom Volkstum und den Möglichkeiten nicht nur seiner Erhaltung an und für sich, sondern von seiner Mehrung und seinem Hineinstellen in größere politische, wirtschaftliche, geistige Zusammenhänge aus. Man hatte sich im außendeutschen Bereich auch noch lange Jahrzehnte nach Stephan Ludwig Roths Opfertod daran gewöhnt, das Schicksal der deutschen Volksgruppe in der Vereinzelung zu sehen und das überall sprunghaft vor sich gehende Abbröckeln der Menschenzahl, der geschaffenen Kulturwerte, des Volksbodens als eine unabwendbare Tatsache hinzunehmen.

Es ist ein eigenartiges Zusammentreffen der Gedankenwelt Stephan Ludwig Roths und der Strebungen unserer Tage, daß wir heute wieder den mutvollen Gedanken und dazu nun auch die allgemeine Tatkraft gewonnen haben, daß unser bodenständiges Volkstum im Ausland nicht nur in seinem jetzigen Bestand erhalten, sondern weiter gekräftigt, gemehrt und in Zielsetzungen auf weite Sicht erzogen werde.

So wird der 90. Todestag Stephan Ludwig Roths mit vollem Recht als Erfüllung seines Lebens und seines Opfertodes gefeiert — als ein Gedenktag aller Deutschen!

R. Csafi